

Nr. **7** '89
 Juli
 Postver-
 triebsstück
G 7426 E
 Erscheint
 monatlich
 20. Jahrgang
 Jahresabo
 33,- DM
 Einzelpreis
 3,- DM

AIB
DRITTE
WELT
 ZEITSCHRIFT

**Krise in
 CHINA**



PAHL-RUG, GOTTESW. 54 5000 KÖLN
 G 7426 E 504691 423
 FORUM
 LINGENSTR. 9 - HINTERHAUS -
 4400 MÜNSTER



Gipfel China-UdSSR

■ Die Französische Revolution und die Sklaverei ■ Kriegsdienstverweigerer in Südafrika ■ Panama: Annullierung der Wahlen

Kommentar

- Keine Mark für Nicaragua 3

China

- Demokratisierungsgegner behalten
die Oberhand 5

China-UdSSR

- Versöhnung auf neuer Basis 7
Gemeinsames sowjetisch-chinesisches
Kommuniqué 8
Pressekonferenz Michail Gorbatschows 10

Panama

- Regierung annullierte Wahlen 12
Das Tauziehen um den Panamakanal 15

Argentinien

- Der Peronismus kehrt zurück 17

Libanon

- Bürgerkrieg ohne Ende? 19

BRD-Dritte Welt

- Bundesdeutsche Drahtzieher agieren
gegen die SWAPO 22
Die Traditionslinie der IGfM 24

Südafrika

- Interview mit Kriegsdienstverweigerer
Rob Goldman 27

Geschichte

- Die Französische Revolution und
die Sklaven 30

Solidarität

13. BUKO: Kultur und Widerstand 34

Kultur

- Nicaragua: kultureller Aufbruch
ohne große Mittel 36

Stichwort

- Whisky 39

Rezension

- Angola und andere Frontstaaten
im Visier Südafrikas 40

Infos zur Solidarität

- Buchtip: Klimakollaps, Ausländer: Kongresse,
Südafrika: Bankenaktionstag,
Sportboykott 41

Kurzinformationenn

- Namibia, Äthiopien, Bolivien
Neukaledonien, Israel-Palästina,
USA-Dritte Welt, Ökologie 42


Panama

Als sich bei den Präsidentschaftswahlen vom 7. Mai d.J. ein Sieg für die von den USA unterstützte Opposition abzeichnete, ließ die Regierung sie kurzerhand annullieren. Damit scheiterte ein erneuter Versuch, den Chef der Streitkräfte, General Noriega,

loszuwerden

Seite 12


I M P R E S S U M

DRITTE-WELT-Zeitschrift. Gegr. 1970 als Antimperialistisches Informationsbulletin (AIB). Erscheint monatlich. ISSN-Nr. 0936-1405
Anschrift der Redaktion: DRITTE WELT, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, Tel. 0 64 21-2 46 72.
Herausgeber: Prof. Dieter Boris, Wolfram Brönnner, Prof. Günter Giesenfeld, Thomas Harms, Mechthild Jansen, Herbert Lederer, Heinz-Jürgen Nieth, Birgit Radow, Peter Wahl, Prof. Erich Wulff.
Redaktion: Wolfram Brönnner (Chefredakteur), Nico Biver (stellvertretender Chefredakteur), Heidi Czapek, Hanne Denk, Georg Diederichs, Ingrid el-Masry, Peter Imbusch, Marianne Kolter, Andreas Krajczek, Ulrich Rupp.
Ständige Mitarbeiter: Joachim Becker, Frank Braßel, Rainer Falk, Klaus D. Fischer, Peter Garcia, Alfonso Gonzales, Dr. Lothar A. Heinrich, Ute Kampmann, Ivesa Lübben-Pistofidis, Jürgen Ostrowsky, Charles Pauli, Rolf Radke, Ricardo Ribera, Günter Schucher, Peter Schütt, Petra Sittig, Christoph Sodemann, Dr. Rainer Werning.
Weitere MitarbeiterInnen dieser Ausgabe: AutorInnenkollektiv CoCoPiranhas, Helmut Groschup, Edith Laudowicz, Monika Mauter, Peter Niggel, Peter Schröder.
Redaktionsschluss: 1. Juni 1989
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Titel, Zwischenüberschriften und Vorspanne stammen in der Regel von der Redaktion.
Titel: Gestaltung Udo Tremmel

China-UdSSR

Tausende von Menschen wurden getötet, als die chinesische Armee am 3. Juni d.J. begann, die Massenaktionen für eine Demokratisierung des Landes niederzuschlagen. Die Proteste rückten den Staatsbesuch Michail Gorbatschows Mitte Mai und damit die Wiederannäherung zwischen der Sowjetunion und China in den Hintergrund.

Seite 5


Französische Revolution

Die Sklaverei und der Sklavenhandel hatten zum Aufstieg der französischen Bourgeoisie entscheidend beigetragen. Deshalb stand ihre Abschaffung auch nicht auf der Tagesordnung, als vor 200 Jahren die Französische Revolution siegte.

Seite 30

Nachdruck von Beiträgen bei Quellenangabe und Zusendung von zwei Belegexemplaren gestattet.
Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag GmbH, Postfach 51 08 68, 5000 Köln 51, Teletex 2 214 284 pahl.
Vertrieb: Telefon 02 21-3 60 02/0.
Adressenänderungen bitte rechtzeitig dem Verlag bekanntgeben.
Jahresabonnement: Inland 29 DM (zzgl. 4 DM Porto); Ausland normal 29 DM (zzgl. 10 DM Porto); Luftpost 29 DM (zzgl. 25 DM Porto); Förderabos 50 DM oder mehr. Einzelheft 3 DM. Doppelheft 5 DM. Bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33 % Ermäßigung. Bestellung unter 10 DM nur gegen Vorauszahlung (möglichst in Briefmarken), zuzüglich 0,60 DM Porto je Heft.
Kündigungen: Wenn das Abonnement nicht spätestens 6 Wochen vor Ende des Bezugszeitraumes gekündigt wird, verlängert es sich um 1 Jahr.
Anzeigenleitung: Wolfgang Pitzer, Tel. 02 11-1 60 01 37.
Satz: Die Feder, Wetzlar
Druck: Plambeck & Co, Neuss.
Konten: Postgiro Köln 6514-503 (BLZ 370 100 50), Stadtparkasse Köln 10 652 238 (BLZ 370 501 98).
Anzeigen: EPK, ASK, Vorwärts, Agphi, iz3w, Volksblatt Verlag, Horlemann Verlag, Deutsche Welthungerhilfe
Fotonachweis: Newsweek, Time, El Pais, Barricada, Storz/Graffiti, SYGMA, P. Schröder, IDAF, DRITTE-WELT Archiv.

Keine Mark für Nicaragua



NICO BIVER
stellvertretender
Chefredakteur von DRITTE WELT

Seit 1982 muß Nicaragua auf Entwicklungshilfe aus der Bundesrepublik verzichten. Schuld daran soll nicht etwa die Bonner Wenderegierung sein, sondern Managua. Nicaragua habe es selbst in der Hand, die Voraussetzungen für eine Wiederaufnahme der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit zu schaffen, belehrte Kanzler Kohl am 9. Mai d.J. den nicaraguanischen Präsidenten Daniel Ortega, der zu einem Arbeitsbesuch in der Bundesrepublik weilte.

Wie die Sandinisten dies bewerkstelligen sollen, ist nach Kohls Aussagen denkbar einfach: „Wenn Nicaragua seine Verpflichtungen aus dem Esquipulas-Abkommen voll erfüllt, wird die Bundesregierung bereit sein, ihren Beitrag zur wirtschaftlichen Absicherung des Friedensprozesses in Nicaragua zu leisten.“

Mit einem tiefen Griff in die Mottenkiste der verblichenen Reagan-Administration erläuterte der entwicklungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Winfried Pinger, die Bonner Vorwürfe an Nicaragua. Er behauptete, in den Gefängnissen Nicaraguas warteten noch 6000 politische Gefangene auf ihre Freilassung gemäß den Bestimmungen des Abkommens von Esquipulas. Die Pressezensur sei nur wenig gelockert worden. Die neue Wahlgesetzgebung sichere den Sandinisten auch künftig das Machtmonopol. Und überhaupt hätten die Sandinisten mit der Demokratie wenig im Sinn.

Der nicaraguanischen Regierung dürfte es schwerfallen, es Bonn recht zu machen, denn die Vorwürfe stellen die Tatsachen auf den Kopf. Vor der Abreise Ortegas nach Westeuropa, wo er Ende April/Anfang Juni d.J. insgesamt 10 Staaten besuchte, hatte das nicaraguanische Parlament fast 1900 ehemalige Nationalgardisten amnestiert. Lediglich 39 von ihnen, die besonders grausame Verbrechen begangen hatten, wurden nicht freigelassen. Eine Amnestie für die restlichen „politischen“ Gefangenen, wie Kohl und Pinger sie zu nennen pflegen, nämlich für 1600 Contras, ist beschlossene Sache, wenn die Contra entwaffnet wird. Dies verhindern aber bisher die USA.

Im April d.J. wurden außerdem neue Wahl- und Mediengesetze verabschiedet. Entgegen etwa hiesigen Bestimmungen sieht das neue Wahlgesetz keine Sperrklausel vor und erhalten alle Parteien gleiche Sendezeit in den Massenmedien. Mit gutem Grund hatte der Präsident der „Musterdemokratie“ Costa Rica, Oscar Arias, das Angebot der nicaraguanischen Regierung abgelehnt, das costarikanische

Wahlgesetz zu übernehmen, um damit die Diskussion über den angeblichen Demokratisierungsunwillen der Sandinisten zu beenden. Die Wahlchancen der oppositionellen Kleinparteien wären dadurch geschmälert worden. Auch das neue Mediengesetz ist liberaler als in anderen mittelamerikanischen Staaten.

Bonn geht es also nicht um die Demokratisierung Nicaraguas. Mit der Verweigerung der seit 1982 gesperrten Entwicklungshilfe in Höhe von 40 Mio DM wollen vor allem CDU und CSU, entsprechend den Vorgaben aus Washington, die Bedingungen für einen Sturz der Sandinisten verbessern. Diesem Zweck dient auch die Unterstützung der inneren Front der rechten Prateien und Organisationen mit Millionenbeträgen. Es soll verhindert werden, daß durch Finanzhilfe aus dem Ausland die Maßnahmen Nicaraguas, um die Wirtschaftskrise in den Griff zu bekommen, zum Erfolg führen und damit die Wahlchancen der Opposition sinken.

Die Westeuropareise Ortegas hatte u.a. zum Ziel, Hilfszusagen über 250 Mio \$ an frei verfügbaren Mitteln zu bekommen. Auf einer Geberkonferenz in Schweden, an der 16 Staaten und viele Finanzorganisationen teilnahmen, sagten lediglich Italien, Spanien und die nordeuropäischen Länder eine Soforthilfe von insgesamt 50 Mio \$ zu. Aufrufe Washingtons und des nicaraguanischen Unternehmerverbandes COSEP, keine Wirtschaftshilfe zu gewähren, waren zumindest in Bonn und London auf offene Ohren gestoßen. Beide Länder lehnten außerdem Ortegas Ansinnen ab, zwischen Managua und Washington zu vermitteln.

Während die GRÜNEN und die SPD eine sofortige Freigabe der gesperrten Mit-

tel gefordert hatten, will die Regierung Kohl erst nach den Wahlen vom Februar 1990 über eine Freigabe mit sich reden lassen. Und das auch nur, wenn eine Regelung über die Rückzahlung von 85 Mio DM nicaraguanischer Schulden gefunden wird. Die Bedingungen hierfür soll der neue Entwicklungshilfeminister Jürgen Warnke (CSU) vor Ort erkunden.

Anfang d.J. hatte sich noch eine Änderung der Bonner Politik abgezeichnet. Die Bundesregierung verdoppelte im Februar ihre Hilfe für die Opfer der Hurrikankatastrophe vom Herbst 1988 von mageren 3 Mio DM auf 6 Mio DM und der damalige Entwicklungshilfeminister Hans Klein kündigte für Juni d.J. eine Reise nach Nicaragua an. Positiv ist ferner zu bewerten: Vertreter der Bundesregierung haben sich dafür ausgesprochen, daß sich die Bundesrepublik – wie von den mittelamerikanischen Staaten und der UNO gewünscht – an einer Beobachtergruppe beteiligt, die die Einhaltung der Esquipulas-Abkommen überprüfen soll.

Nachdem sich jedoch die Bush-Administration im März d.J. für eine Fortsetzung der Contra-Hilfe bis zu den Wahlen in Nicaragua ausgesprochen hatte, war auch ein Kurswechsel in Bonn nicht mehr zu erwarten. Die Position der Hardliner in der Bundesregierung dürfte zudem durch den Raketenstreit mit Washington gestärkt worden sein, konnten sie doch in der Nicaragua-Frage ihre Bündnistreue unter Beweis stellen.

Noch wollen Washington und Bonn alles daransetzen, einen Wahlsieg der Sandinisten im kommenden Februar zu verhindern oder den Unrengang zumindest als Betrug zu diskreditieren. Erst wenn dies nicht gelingt, werden sie sich mit den Sandinisten arrangieren müssen.

Ob, in welcher Höhe und unter welchen Bedingungen dann Wirtschaftshilfe geleistet wird, hängt auch weiterhin vom Druck der Solidaritätsbewegung ab. Klar dürfte bereits jetzt sein, daß diese Hilfe nicht die ökonomische Unabhängigkeit Nicaraguas, sondern die Privatwirtschaft stärken soll. Angesichts der tiefen Krise und einer offiziellen Politik der Sandinisten, die die Förderung der Privatunternehmen zur Ankurbelung der Wirtschaft einschließt, dürfte jedoch mittelfristig der neokolonialistische Charakter dieser Hilfe eine untergeordnete Rolle spielen.

Entscheidend wird bleiben, wer in Nicaragua die Macht ausübt. Und das werden aller Voraussicht nach im Februar 1990 weiterhin die Sandinisten sein.

SONDERHEFTE

- SH 3/85 – Krise in Mittelamerika.
Nicaragua, El Salvador, Guatemala. 2 DM
- SH 4/85 – Rüstung im All.
Gefahr für die Dritte Welt. 2,50 DM
- SH 3/86 – Iran-Irak. Krieg ohne Ende? 2 DM
- SH 1/87 – Nicaragua.
Die Kunst des Überlebens. 2,50 DM
- SH 3-4/87 – Frontstaaten im südlichen Afrika.
Destabilisierung und Widerstand. 2,50 DM
- SH 1/88 – Mittelamerika. Endlich Frieden? 2,50 DM
- SH 2/88 – Olympialand Korea. 2,50 DM
- SH 3/88 – Schuldenkrise. Bezahlt wird nicht. 2,50 DM
- SH 1/89 – Von der Intifada zum Palästina-Staat. 2,50 DM

Bei Bestellung unter 10 DM bitte V-Scheck
oder Briefmarken beilegen.
Bei der Abnahme von mindestens 10 Exemplaren
gewähren wir 33% Rabatt.

BESTELLCOUPON

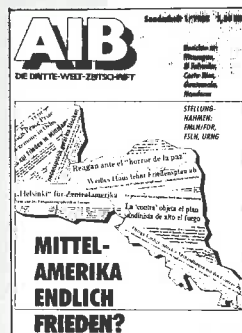
Einsenden an Dritte Welt Leserservice, Gottesweg 54, 5000 Köln 51

Ich/Wir bestellen:

.... Expl. Sonderhefte

.... Expl. Sonderhefte

.... Expl. Sonderhefte



Sonderheft 1/1988
MITTELAMERIKA
Friedensprozeß ● Abkommen von Esquipulas ● Sandinisten unterwerfen sich nicht ● Wirtschaft ● Friedensstifter Costa Rica? ● Hinhaltepolitik Honduras' ● Duarte laviert ● Dialogchance in Guatemala? ● Kampagnen, Materialien



Sonderheft 3/1988
SCHULDENKRISE und IWF-KAMPAGNE
Die Verschuldung ist kein Modethema ● Exemplarisch: Afrika und Lateinamerika ● Die Metropolen bleiben nicht verschont ● Alternativen zur Verschuldung ● Dokumentation von Lösungsansätzen ● Aufruf der IWF/Weltbank-Kampagne



Sonderheft 1/1989
PALÄSTINA
Ein Jahr Intifada ● Die Proklamation des Palästina-Staates ● US-Nahostpolitik und die Haltung der EG ● Die BRD-Politik und das Sonderverhältnis zu Israel ● UNO-Resolutionen, Interviews, Kultur

Name/Vorname

Straße/Nr.

PLZ/Wohnort

Datum/Unterschrift

Vertrauensgarantie: Mir ist bekannt, daß ich diese Bestellung ohne Angabe von Gründen innerhalb von 14 Tagen beim DRITTE-WELT-Leserservice, Postfach 510 868, 5000 Köln 51, schriftlich widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs. Ich bestätige dies durch meine 2. Unterschrift.

Datum/Unterschrift



Die friedlichen Proteste auf dem Tiananmen-Platz (L.) wurden blutig erstickt: Getötete StudentInnen neben ihren Fahrrädern



GÜNTER SCHUCHER

Militäreinsatz gegen Massenproteste

Gegner der Demokratisierung behalten die Oberhand

Tausende von Menschen wurden getötet, als die chinesische Regierung am 3. Juni d.J. damit begann, durch den Einsatz der Armee die wochenlangen Massenaktionen für eine Demokratisierung des Landes zu beenden. Der Sinologe Günter Schucher geht im folgenden Beitrag, der vor diesen Ereignissen verfaßt wurde, den Ursachen für die Proteste der StudentInnen nach, denen sich in den Städten immer größere Teile der Bevölkerung angeschlossen hatten.

Das Ubelste ist“, sagt Xiao Chen, „daß Wan Li umgekippt ist.“ Wie seine demonstrierenden KommilitonInnen in Nanjing, Shanghai und anderen Städten, vor allem aber in Beijing, hatte auch er noch gehofft, der Vorsitzende des Nationalen Volkskongresses (NVK) würde dieses chinesische Parlament einberufen, um den Sturz Li Pengs zu fördern. Aber Wan Li hat sich auf die Seite des Ministerpräsidenten und Deng Xiaopings gestellt. An deren Sieg im innerparteilichen Machtkampf besteht kein Zweifel mehr.

Er deutete sich bereits am 25. Mai d.J. an, als sich alle sieben Militärbezirke für die Ausübung des Kriegsrechts, das am 20. Mai über Teile Beijings verhängt worden war, aussprachen und Li im Fernsehen erklärte, Deng Xiaoping sei nach wie vor der entscheidende Mann für die Reformen. Parteichef Zhao Ziyang ist gestürzt und soll dem Vernehmen nach bereits „konterrevolutionärer“ Aktivitäten bezichtigt worden sein. In der Presse lief – wie 1987 – eine Kampagne gegen „bürgerlichen Liberalismus“ an.

Die Protestaktionen der Studenten flauen allmählich ab. Nach über einmonatiger Dauer von Demonstrationen und Hungerstreik konnte zwar ein Einsatz des Militärs verhindert werden, aber Resignation und wohl bald auch Repression werden zunächst einmal Ruhe einkehren lassen. Eine relative Ruhe, denn mit der machtpolitischen Entscheidung ist noch keines der Probleme gelöst, an de-

nen sich der studentische Protest entzündete und die ihre Forderungen so populär machten. Die wirtschaftliche und politische Krise, in der die Reformpolitik steckt, der es an einem zusammenhängenden Konzept mangelt, ist eher größer geworden, da die Partei ihr Ansehen nun endgültig verspielt hat.

Nur vor dem Hintergrund dieser Krise ist zu verstehen, daß sich die spontanen Trauerkundgebungen für den früheren Parteichef Hu Yaobang vom 15. April d.J. schließlich zur Volksbewegung auswuchsen. Vor allem die Inflation, die 1988 nach offiziellen Angaben 18,7 % und im Februar 1989 bereits 27 % erreichte (inoffiziell spricht man/frau vom Doppelten), führte zur Verunsicherung der Bevölkerung.

Die Warenpreise stiegen faktisch über die ganze Breite und das Vertrauen in die wirtschaftlichen Fähigkeiten der Regierung Li, die im September 1988 die Reformbremse gezogen und einen Sparsamkeitskurs eingeschlagen hatte, schwand. Panikkäufe im August/September 1988 hatten die Schere zwischen Angebot und Nachfrage noch weiter geöffnet und neue Preisschübe ausgelöst. Chinas Bevölkerung hatte bis dahin die Reform immer nur als materiellen Segen erlebt und war nun auf die Probleme nicht vorbereitet.

Betroffen sind vor allem die Gruppen, die ihr Gehalt nicht durch Leistungszulagen aufbessern können. Die Intelligenz gehört dazu, theoretisch auch die Beamten. Doch die haben längst die Schlupflö-



Staatspräsident Li Peng, dessen Rücktritt die DemonstrantInnen forderten (l.) setzte sich gegen den kompromißbereiten Parteichef Zhao Ziyang durch (r., bei einem Besuch von Hungerstreikenden).

Nach anfänglichen Verbrüderungsszenen (l.) kam es am 3. Juni zu einem brutalen Militäreinsatz. Ein verzweifelter Student wird von seinen Kommilitonen zurückgehalten.

cher im Mischsystem zwischen Plan und Markt gefunden.

Unter Verwertung ihrer Kenntnisse und Stellung in der Rohstoff- und Warenverteilung betätigen sie sich eifrig im Zwischenhandel, wo ihnen ein „zweigleisiges Preissystem“ mit festen staatlichen und freien Marktpreisen riesige Gewinne verschafft. Neben den Privathändlern werden vor allem die „Beamten-Händler“ zu den Neureichen gezählt. Man spricht bereits von „100 000-“ und „1-Mio-Yuan-Haushalten“ (1 Yuan = 0,50 DM).

Die zunehmende soziale Polarisierung ist unübersehbar. Auf der Verliererseite steht die Intelligenz. „Arm wie ein Professor“ heißt es hier oder: „Studieren bringt kein Geld, studieren ist nutzlos“. Den Universitäten fällt es immer schwerer, den akademischen Nachwuchs zu sichern. Für Unruhe sorgt auch die Abkehr von der Praxis, den ausgebildeten StudentInnen Arbeitsplätze zuzuweisen. Konkurrenz und eigenständige Jobsuche begünstigen diejenigen mit „Beziehungen“ noch mehr als vorher. Wer keine hat, dem droht die Arbeitslosigkeit. Allerdings nicht nur den StudentInnen.

Die Zunahme von Arbeitskämpfmaßnahmen und sogar Streiks im letzten Jahr ließ aufhorchen. Durch Rationalisierungen in den Industriebetrieben sollen überschüssige Arbeitskräfte aussortiert werden. Sie bleiben zwar vorläufig im Betrieb, müssen aber mit Lohneinbußen rechnen. „Draußen“, genauer auf den Bahnhofsvorplätzen der großen Städte, sitzen bereits Hunderttausende „Gastarbeiter“, die auf dem Lande nicht mehr gebraucht werden, deren Arbeitsplätze in der Stadt aber dem Sparsamkeitsprogramm Lis zum Opfer fielen.

Angesichts dieser massiven sozialen Unsicherheit, mit der sich die VR China erstmals seit ihrer Gründung konfrontiert sah, mußte Ministerpräsident Li auf dem Nationalen Volkskongreß im März d.J. Fehler in der Wirtschafts- und Bildungspolitik eingestehen. Sie seien, so Li gedämpft selbstkritisch, von der kollektiven Führung gemeinsam zu verantworten. Eine offene Diskussion über die Politik der Regierung blieb jedoch – nach vielversprechenden Ansätzen im Vorjahr – diesmal aus. Niemand wagte sich vor, nachdem ein ZK-Plenum, das den Regierungsbericht vordiskutieren sollte, auf den April verschoben worden war.

Gerade von politischer Transparenz hatten sich aber viele einen Beitrag zur Lösung erhofft – vor allem die Intelligenz, deren Unmündigkeit im totalen Widerspruch zu der Rolle steht, die ihr offiziell für die Modernisierung des Landes zugewiesen wurde. Mehr Kontrollrechte für die Bevölkerung, so ist die Hoffnung, würden auch den Ministerien Macht und Privilegien nehmen und korrupte Beamte stoppen.

Li aber ließ keinen Zweifel an seiner Haltung. Eine Petition für die Freilassung des Protagonisten der „Mauer der Demokratie“ von 1979, Wei Jingsheng, wurde brüsk zurückgewiesen. Und auf der abschließenden Pressekonferenz stellte Li eindeutig klar, Glasnost sei nicht zu kopieren, demokratische Reformen müßten zugunsten ökonomischer und sozialer Stabilität zurücktreten.

Die Probleme lastete er dem Generalsekretär der KP Chinas (KPCh), Zhao Ziyang, an. Dessen Vorpreschen in der Preisreform, so Li, hätte in das Schlamassel geführt. Die Hongkonger Zeitschrift „Die 90er“ kommentierte: Lis Bericht ist ein „Todesurteil für Zhaos Wirtschaftsreformkurs“.

Das eigentliche Urteil war aber bereits im September 1988 im Zentralkomitee der KPCh gesprochen worden, als dieses auf Drängen Lis die Reformbremse zog, die Preisreform auf Eis legte, wirtschaftliche Entscheidungen zentralisierte und der überhitzten Wirtschaft eine Sparsamkeitskur verordnete. Nur der Absetzung Zhaos, die Li ebenfalls forderte, hatten Deng Xiaoping und das Zentralkomitee damals noch die Zustimmung versagt.

Jetzt sieht es Deng als seine größten Fehler an, Hu Yaobang und Zhao eingesetzt zu haben. Beide waren bzw. sind entschiedene Befürworter einer wirtschaftlichen und politischen Liberalisierung. Bis zu den gegenwärtigen Auseinandersetzungen konnte Zhao allerdings das Ansehen Hus, dem er nach dessen Absetzung im Januar 1987 als Generalsekretär nachfolgte, nicht erlangen.

So war es denn auch der Tod Hus, der die StudentInnen auf die Straße gehen und unter dem Transparent „Die Seele Chinas“ die vorenthaltenen Reformen einklagen ließ. Nichts anderes verbirgt sich hinter ihren Forderungen nach Rehabilitierung Hus als Demokratie, Pressefreiheit und Bekämpfung der Korruption. Für diese Forderungen waren sie auch zur Jahreswende 1986/87 und im Juni 1988 auf die Straße gegangen.

Schon im letzten Jahr konnte ihr Engagement für die Demokratie und ihre Kritik am sinkenden Lebensstandard und an der Kaderkorruption mit der Sympathie der städtischen Bevölkerung rechnen. Umso schneller schlug die Partei, die ihren Führungsanspruch in Frage gestellt sah, zurück.

Diesmal gelang es ihr nicht, die Protestbewegung zu stoppen. Auch die Etikettierung als „Verschwörung“, die die Konservativen in einem Kommentar der „Volkszeitung“ am 26. April vornahmen, konnte nicht verhindern, daß sich JournalistInnen, ArbeiterInnen und schließlich ganz Beijing dem Protest anschlossen.

Auf die Hauptursache wies Liu Binyan, einst Redakteur der Parteizeitung und wegen Unterstützung der 86er Bewegung aus der

Partei ausgeschlossen, schon frühzeitig hin: „Zudem sind dem Regime die Hände durch einen Machtkampf in der Chefetage gebunden. Weder der gefährdete Parteichef Zhao Ziyang noch die alte Garde, die ihn loswerden möchte, wollen für eine Unterdrückung der studentischen Maßnahmen die Verantwortung übernehmen. Durch dies Abwarten ist ein Machtvakuum entstanden . . .“

Noch ist dieses Vakuum nicht gefüllt, wenn der Machtkampf auch vorläufig entschieden ist. Daß das Militär das Beijinger Stahlwerk besetzt halten muß, um die ArbeiterInnen im Betrieb zu halten, zeigt nur allzu deutlich, welche Sprengkraft die soziale Situation mit sich bringt.

Indiz dafür ist auch, daß die StudentInnen nicht mehr in toto dif-

famiert werden. Ihre Motive seien patriotisch, erläuterte Li Peng am 19. Mai vor Kadern aus Partei, Regierung und Armee, aber die Entwicklung habe unter dem Einfluß weniger, die die Führung der KPCh und das sozialistische System ablehnten, eine Entwicklung genommen, die sie nicht wollten und nicht überblicken konnten. Mag diese Taktik auch vorläufig aufgehen, die soziale Unruhe bleibt.

„Große Worte – kleine Taten“ war unter Anspielung auf die sich verschlechternden Arbeits- und Lebensbedingungen im Juni 1988 eine Wandzeitung überschrieben. Die nächsten Taten der Regierung werden darüber entscheiden, wann der studentische Zorn wieder ausbricht.

CHINA-UDSSR

GÜNTER SCHUCHER

Chinesisch-sowjetischer Gipfel

Versöhnung auf neuer Basis

Erstmals nach 30 Jahren kam es im Mai d.J. mit dem Besuch Michail Gorbatschows in Beijing zu einem „Gipfeltreffen China-UdSSR. Die Veränderungen in der Wirtschafts- und Außenpolitik der beiden größten sozialistischen Staaten machten eine Wiederannäherung möglich.

Mit einem „wahrhaft historischen Händedruck“ – so die einhellige Meinung aller KommentatorInnen – besiegelten Deng Xiaoping, Mentor der chinesischen Reformen, und Michail Gorbatschow am 16. Mai d.J. nach 30 Jahren „Eiszeit“ die Normalisierung der Staats- und Parteibeziehungen zwischen China und der Sowjetunion.

Wenn dies zugleich einem „Akt geradezu profaner Routine“ (Die Zeit) glich, so nicht zuletzt deshalb, weil die entscheidenden Weichenstellungen, die das Treffen ermöglichten, bereits vorher erfolgten und schon die Bekanntgabe des beabsichtigten Gipfels Ende

1988 eigentlich keine Überraschung mehr darstellte. Dennoch: Die Überwindung des „Schismas des Weltkommunismus“ ist weit mehr als nur eine bilaterale Verständigung. Der Gipfel in Beijing – selbst Ergebnis einer realistischeren Sichtweise der von globalen Problemen geprägten Weltlage – hat den Frieden im asiatisch-pazifischen Raum und auch global stabiler gemacht.

Es ist müßig zu spekulieren, ob Gorbatschow den „größten Erfolg seiner Asienpolitik“ erzielte oder Deng ihm „mehr Konzessionen abgerungen hat, als er selbst zugestand“. Fakt ist, daß keine der beiden Seiten beabsichtigt, wie etwa 1972 Nixon und Mao, ein

Gemeinsames sowjetisch-chinesisches Kommuniqué

2. Die führenden Repräsentanten der UdSSR und der VR China sind der Ansicht, daß der Meinungsaustausch zu Fragen der sowjetisch-chinesischen Beziehungen nützlich gewesen ist. Beide Seiten äußerten übereinstimmend die Meinung, daß das sowjetisch-chinesische Gipfeltreffen die Normalisierung der zwischenstaatlichen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und China bedeutet. Das entspricht den ureigenen Interessen und Wünschen der Völker beider Länder, fördert die Bewahrung von Frieden und Stabilität in der gesamten Welt. Die Normalisierung der sowjetisch-chinesischen Beziehungen richtet sich nicht gegen Drittländer und beeinträchtigt nicht die Interessen von Drittländern.

3. Beide Seiten erklären, daß die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und die Volksrepublik China ihre gegenseitigen Beziehungen aufgrund der universellen Prinzipien des zwischenstaatlichen Umgangs entwickeln werden, als da sind: gegenseitige Achtung der Souveränität und territorialen Integrität, Nichtangriff, Nichteinmischung in die beiderseitigen inneren Angelegenheiten, Gleichheit und gegenseitiger Vorteil, friedliche Koexistenz.

4. Die sowjetische und die chinesische Seite sind bereit, alle strittigen Fragen zwischen den beiden Ländern durch friedliche Verhandlungen beizulegen und werden in keinerlei Form zu Gewalt oder Gewaltandrohung gegeneinander greifen, auch nicht durch die Nutzung des Territoriums, der Hoheitsgewässer und des Luftraums dritter, an die andere Seite angrenzender Länder.

Die UdSSR und die VR China glauben, daß die strikte Einhaltung der genannten Punkte zur Festigung des gegenseitigen Vertrauens und zur Herstellung freundschaftlicher, gut nachbarlicher Beziehungen zwischen beiden Ländern beitragen wird.

5. Die führenden Repräsentanten der UdSSR und der VR China bekräftigten die am 6. Februar 1989 abgegebene Erklärung der Außenminister ihrer beiden Länder zum Kampuchea-Problem und haben unter Berücksichtigung der weiteren Entwicklung einen allseitigen und gründlichen Meinungsaustausch hinsichtlich der Regelung des Kampuchea-Problems geführt.

Die Seiten beachten die Entscheidung über den vollständigen Abzug der vietnamesischen Truppen aus Kampuchea bis Ende September 1989 unter wirksamer internationaler Kontrolle.

Die sowjetische und die chinesische Seite bringen ihr Interesse und ihren Glauben an die Notwendigkeit zum Ausdruck, daß nach dem vollständigen Abzug der vietnamesischen Truppen in Kampuchea kein Bürgerkrieg ausbrechen dürfe. Sie gehen davon aus, daß Kampuchea ein unabhängiges, friedliches, neutrales und nichtpaktgebundenes Land wird. Deshalb plädieren die Seiten für die nationale Versöhnung in Kampuchea unter Teilnahme der vier kampucheanischen Seiten.

Die sowjetische Seite vertritt den Standpunkt, daß die inneren Probleme Kampuchegas, einschließlich der Vorbereitung und Abhaltung allgemeiner Wahlen unter internationaler Kontrolle, von den Bewohnern Kampuchegas selbst entschieden werden sollten. Sie begrüßt die Intensivierung des Dialogs zwischen den Khmer und bekundet ihre Bereitschaft, jegliche von den kampucheanischen Seiten erarbeitete Vereinbarung

zu den verschiedenen Aspekten einer Regelung zu unterstützen.

Die chinesische Seite plädiert dafür, in der Übergangsperiode nach dem vollständigen Abzug der vietnamesischen Truppen und bis zum Abschluß allgemeiner Wahlen in Kampuchea eine provisorische vierseitige Koalitionsregierung unter Prinz Sihanouk zu bilden.

Beide Seiten werden die Ergebnisse der vom kampucheanischen Volk unter internationaler Kontrolle abgehaltenen allgemeinen Wahlen respektieren. Sie sind der Meinung, daß in dem Maße, in dem die vietnamesischen Truppen aus Kampuchea abgezogen werden, alle interessierten Staaten eine allmähliche Kürzung der militärischen Hilfe an eine beliebige kampucheanische Seite bis zu deren vollständiger Einstellung vornehmen sollten.

Die UdSSR und die VR China plädieren für eine baldige Einberufung einer internationalen Konferenz zum Kampuchea-Problem. Die sowjetische und die chinesische Seite bekräftigen, daß sie auch weiterhin Anstrengungen unternehmen werden, um eine baldige gerechte und zweckmäßige Regelung des Kampuchea-Problems mit politischen Mitteln zu fördern. Sie kamen überein, die Erörterung von Fragen einer Kampuchea-Regelung fortzusetzen, darunter solcher, bei denen zwischen ihnen weiterhin Meinungsverschiedenheiten bestehen.

6. Beide Seiten kamen überein, Maßnahmen zu ergreifen, um die Streitkräfte im Raum der sowjetisch-chinesischen Grenze auf einen Mindeststand zu reduzieren, der normalen gutnachbarlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern entspräche, sowie Anstrengungen zur Festigung des Vertrauens und zur Aufrechterhaltung der Ruhe in den Grenzgebieten zu unternehmen.

Die chinesische Seite begrüßt den von der sowjetischen Seite bekanntgegebenen Abzug von 75 Prozent ihrer in der Mongolischen Volksrepublik stationierten Truppen und verleiht ihrer Hoffnung Ausdruck, daß die restlichen sowjetischen Truppen in relativ kurzer Frist aus der Mongolei vollständig abgezogen werden.

7. Beide Seiten plädieren dafür, daß die von der Geschichte hinterlassenen Grenzfragen zwischen der Sowjetunion und China gerecht und zweckmäßig auf der Grundlage der Verträge über die jetzige sowjetisch-chinesische Grenze, der allgemein üblichen völkerrechtlichen Normen, im Geiste gleichberechtigter Konsultationen, gegenseitigen Verständnisses und gegenseitiger Nachgiebigkeit gelöst werden. (. . .)

8. Die Sowjetunion und China werden aufgrund des Prinzips der Gleichheit und des gegenseitigen Vorteils auf dem Gebiet der Wirtschaft, des Handels, der Wissenschaft und Technik, der Kultur und auf anderen Gebieten die gegenseitigen Verbindungen tatkräftig und planmäßig ausbauen, zur Vertiefung des gegenseitigen Verständnisses und der Kontakte zwischen den Völkern beider Länder beitragen.

9. Die Seiten halten den Austausch von Informationen und Erfahrungen auf dem Gebiet des sozialistischen Aufbaus, der Umgestaltung und der Reform zwischen beiden Ländern sowie den Meinungsaustausch über beiderseits interessierende Fragen der bilateralen Beziehungen und der internationalen Lage für nützlich. Meinungsverschiedenheiten in den einen oder anderen Fragen dür-

fen den Ausbau der Beziehungen zwischen beiden Staaten nicht behindern.

10. Die sowjetische und die chinesische Seite kamen überein, daß die Kommunistische Partei der Sowjetunion und die Kommunistische Partei Chinas gemäß den Prinzipien der Unabhängigkeit und der Selbständigkeit, der vollen Gleichberechtigung, der gegenseitigen Achtung und der Nichteinmischung in die beiderseitigen inneren Angelegenheiten Kontakte und Austausch verwirklichen werden.

11. Die chinesische Seite bekräftigt: Taiwan ist ein integrierender Teil des Territoriums der VR China. Sie wendet sich entschieden gegen beliebige Versuche, die auf die Schaffung von „zwei Chinas“, „einem China und einem Taiwan“ oder einem „unabhängigen Taiwan“ gerichtet sind.

Die sowjetische Seite unterstützt diese Haltung der Regierung der VR China. (. . .)

13. Beide Seiten erklären, daß keine von ihnen – weder die Sowjetunion noch China – die Hegemonie in welcher Form auch immer in der asiatisch-pazifischen Region oder in anderen Gebieten der Welt beansprucht. Die internationalen Beziehungen müssen von Handlungen und Versuchen jeglicher Staaten frei sein, anderen ihren Willen aufzuzwingen und die Hegemonie in jeglicher Form und wo auch immer zu erstreben.

14. Beide Seiten meinen, daß der Frieden und die Entwicklung zwei überaus wichtige Fragen der Gegenwart geworden sind. Sie begrüßen die begonnene Entspannung in der internationalen Lage, die lange Zeit angespannt war, bewerten Schritte verschiedener Länder zur Reduzierung von Rüstungen und zur Minderung der militärischen Konfrontation sowie den Fortschritt, der bei der Regelung regionaler Konflikte erzielt worden ist, positiv. Die Sowjetunion und China bekundeten ihre Bereitschaft, jeweils weitere Anstrengungen auf diesen Gebieten zu unternehmen.

Die sowjetische und die chinesische Seite sprechen sich für die Erhöhung der Autorität der Organisation der Vereinten Nationen und dafür aus, daß sie in den internationalen Angelegenheiten, bei der Abrüstung, der Lösung von Fragen globalen Charakters und bei der Regelung der regionalen Konflikte eine aktivere Rolle spielt. Alle Staaten der Welt – ob groß oder klein, stark oder schwach – haben das Recht, am internationalen Leben auf gleichberechtigter Grundlage teilzunehmen.

15. Beide Seiten bekunden die Besorgnis um die ökonomische Situation in der Welt, vor allem im Zusammenhang mit der Verschlechterung der ökonomischen Lage der Entwicklungsländer, der Vergrößerung der Diskrepanz zwischen Süd und Nord und einer immer größeren Zuspitzung des Problems der finanziellen Verschuldung. Sie halten die Herstellung einer neuen Weltwirtschaftsordnung auf der Grundlage der Berücksichtigung der Interessen der Völker verschiedener Länder, der Gleichheit und des gegenseitigen Vorteils für aktuell.

16. Nach Meinung der Seiten ist die Lösung globaler ökonomischer, sozialer, demographischer und ökologischer Probleme für die Erhaltung und Entwicklung der Weltzivilisation, für die Lebensqualität der Menschheit von großer Bedeutung. (. . .)

18. Beide Seiten messen den Kontakten und dem Dialog zwischen den führenden Repräsentanten beider Länder große Bedeutung bei und sind gewillt, sie auch künftig fortzusetzen.

Peking, 18. Mai 1989

(QUELLE: Prawda, Moskau 19.5.1989)



Gorbatschow, der erstmals mit Deng Xiaoping zusammentraf (l.), wurde von Studenten begrüßt: „Ein Ehrengruß an den Gesandten der Demokratie“



Bündnis gegen einen Dritten (damals den „sowjetischen Hegemonismus“) zu schmieden. Die USA werden ihre Rolle in Asien überdenken müssen, aber das Hauptziel der neuen Partner ist vor allem, für die Reformen im eigenen Land eine stabile Umwelt zu schaffen. Dafür mußte die chinesische Außenpolitik allerdings weit dramatischere Wendungen vollziehen als die sowjetische, hat sie doch eine Konstante aufgeben müssen, die seit Ende der 50er Jahre jeden Kurswechsel überdauerte: ihre unversöhnliche Haltung zur Sowjetunion.

Anders als in der Sowjetunion, wo das „neue Denken“ den Beginn der Ära Gorbatschow markiert, gehörte in China die „Modernisierung der Außenpolitik“ nicht zu den „vier Modernisierungen“, mit deren Umsetzung Ende 1978 begonnen wurde. Doch sie fand statt, und die chinesische Außenpolitik ist, wie Deng jetzt stolz verkündete, ein Schlüssel für gleichberechtigte staatliche Beziehungen geworden.

Die Doktrin von der „Unvermeidbarkeit eines dritten Weltkrieges“ wurde aufgegeben. China bekennt sich zum Frieden und zur weltweiten Friedensbewegung. Zwar gilt nach wie vor die „Rivalität der Supermächte“ USA und UdSSR als Hauptursache von Spannungen und regionalen Konflikten, doch wird auch wirtschaftlichen Disparitäten friedensbedrohende Potenz beigemessen. Und vor allem gilt: „Wir sehen, daß die Kräfte des Friedens diejenigen des Kriegs überholen. Ein neuer Trend ist sichtbar geworden: Konfrontation wird durch Dialog ersetzt. Es ist jetzt an der Tagesordnung, Konflikte in der Welt auf friedlichem Wege zu lösen.“ (Deng im Mai 1988)

„Friede und Entwicklung“ wurden zu den „zwei Hauptthemen“ der neuen Außenpolitik erklärt, die sich gegenseitig bedingen. Die Schuldenkrise der Dritten Welt z.B. zeigt besonders kraß die Irrationalität der internationalen Wirtschaftsbeziehungen: „Alle Länder der Erde (sitzen) in demselben Boot und alle an Bord sind deshalb in ihrem Schicksal von den gemeinsamen Bemühungen abhängig. Wenn alle vom Schuldenproblem betroffenen Länder der Welt, insbesondere die Gläubigerländer, in diesem Sinne arbeiten, wird es nicht schwierig sein, eine Lösung zu finden.“ (Beijing Rundschau, Nr. 13/1987)

Die Forderung nach totaler Abrüstung ist kein Propagandamittel zur Entlarvung des Hegemonismus mehr. Beijing klinkte sich ernsthaft in die Abrüstungsbemühungen ein, legte im Oktober 1987 der UNO erstmals drei Resolutionsentwürfe vor und leitete eigene Abrüstungsmaßnahmen ein.

Das Spiel mit der „amerikanischen Karte“ wurde beendet und

die gegen die UdSSR gerichtete „Drei-Welten-Theorie“ ad acta gelegt. Die „Multipolarisierung“ des internationalen Systems ist zu einer „unumkehrbaren historischen Strömung“ geworden.

Kern der neuen Außenpolitik ist die „Unabhängigkeit“: Eine Allianz oder „strategische Beziehung“ mit irgendeiner Supermacht soll es nicht mehr geben. Und das Angebot zur Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem, wissenschaftlichem und technologischem Gebiet gilt für jedermann.

Schon diese wenigen Stichworte lassen erkennen, daß es verschiedenste Anknüpfungspunkte für eine Normalisierung der Beziehungen zur Sowjetunion gab, die von Beijing auch wieder als sozialistisches Land anerkannt wurde.

Seit Beginn der 80er Jahre ist eine Belebung des bilateralen Handels, der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit und des kulturellen Austauschs zu verzeichnen. Wird auch zu Recht darauf verwiesen, daß diese Zusammenarbeit im Vergleich mit den chinesisch-„westlichen“ Beziehungen gering ist – der grenzüberschreitende Handel beträgt derzeit nur knapp 2 % des Gesamthandels beider Länder –, so sind deren Potenzen, z.B. für die gemeinsame Erschließung Sibiriens, jedoch nicht zu unterschätzen.

Auch wirtschaftliche Überlegungen ließen die Chinesen ihre lange Zeit anhaltende Reserviertheit einer politischen Normalisierung gegenüber schließlich aufgeben. „Die Territorien . . . grenzen aneinander, sie verfügen über weite Flächen, reiche Ressourcen, eine große Bevölkerung, breite Märkte, erzeugen verschiedene Industrie- und Agrarprodukte und haben damit eine Basis der Zusammenarbeit.“ (Beijing Rundschau, Nr. 19/1989)

Diese Normalisierung ließ lange auf sich warten. Neue Vorschläge Gorbatschows für ein asiatisch-pazifisches Sicherheitssystem, wie er sie im Juni 1986 in Wladiwostok vortrug, wurden weiterhin als Versuch der Einkreisung Chinas zurückgewiesen. Da nützte es auch nichts, wenn sich Gorbatschow zu Gesprächen „auf jeder Ebene“ bereiterklärte. Die Chinesen waren nur bereit, „Schritt für Schritt“ auf die Sowjetunion zuzugehen.

Nach der Aufnahme politischer Konsultationen im Oktober 1982 fanden 20 Gesprächsrunden auf der Ebene stellvertretender Außenminister statt. Und auch diese Schritte werden für Deng nicht leicht gewesen sein, der persönlich 1963 als Generalsekretär der KP Chinas in Moskau den Bruch besiegelte und 1974 die Drei-Welten-Theorie formulierte. Nicht ohne Grund mag man/frau daher vermuten, daß es die Furcht vor der Normalisierung war, die ihn die drei Hindernisse formulieren ließen, die zunächst unüberwindlich schienen: die Präsenz sowjetischer Truppen in Afghani-

stan, an der chinesisch-sowjetischen Grenze und die Truppen Vietnams in Kambodscha.

Deng konnte nicht umhin, gleich zu Beginn seiner Begegnung mit Gorbatschow daran zu erinnern: „Vor drei Jahren bat ich Ceausescu, eine Botschaft zu übermitteln, daß wir uns treffen und die drei Hindernisse beseitigen.“ Wohl auch für ihn unerwartet, begann die Sowjetunion die Hindernisse abzubauen. Pünktlich zum Gipfel zogen die ersten sowjetischen Soldaten aus der Mongolei ab.

So hob Deng nun das neue Denken Gorbatschows als einen Neuanfang hervor und nannte ihn einen „Anreger neuer Theorien“. Dies spiegelt die eigentliche Dimension des Wandels wider, dessen letzter Schritt nahezu unbemerkt seit dem 13. Parteitag der chinesischen Kommunisten im Oktober 1987 vollzogen wurde. Hier wurden die „unabhängige Außenpolitik“ bestätigt und die „fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz“ (zu deren Urheber sich China seit dem Wandel stolz bekennt) für die Beziehungen zu sämtlichen Ländern, also auch zur UdSSR, als gültig definiert. Die Kampagne gegen den „Hegemonismus“ wurde praktisch beendet.

Nicht unwesentlich für diese Modifizierung war das konsequente Bemühen Gorbatschows um die Fixierung von Abrüstungsvereinbarungen mit den USA und für die Lösung regionaler Konflikte, für das er schließlich auch offenen Beifall aus Beijing erhielt. Augenfällige Begleiterscheinung war, daß die Artikel zu Afghanistan und Kambodscha, die zum täglichen Repertoire der Auslandsseite der Parteizeitung „Renmin Ribao“ gehörten, allmählich verschwanden.

Die Chinesen werden sich bestätigt gefühlt haben, als Gorbat-



Tiefpunkt der chinesisch-sowjetischen Beziehungen: Auseinandersetzungen am Grenzfluß Ussuri 1969

PRESSEKONFERENZ MIT MICHAEL GORBATSCHOW IN BEIJING

Dem Sozialismus den zweiten Atem verleihen

(. . .) Unsere beiden Länder (. . .) halten den Frieden und die Entwicklung für die zwei wichtigsten Fragen der Gegenwart. Wir verhalten uns mit Hochachtung und Verständnis zum unabhängigen und selbständigen Kurs Chinas auf dem internationalen Schauplatz. Die chinesischen Genossen verhalten sich auf ähnliche Art zu den grundlegenden Prinzipien unserer Außenpolitik.

Ich darf mit Genugtuung sagen, daß wir über zahlreiche Fragen Übereinkommen erzielt haben. Anscheinend wirkte sich dabei die Übereinstimmung der philosophischen Sicht auf die Sachlage in der Welt aus. Ich meine die Idee des Genossen Deng Xiaoping über die neue politische Weltordnung und unser neues politisches Denken. Wir sprachen uns für die Fortsetzung des Dialogs auf verschiedenen Ebenen und in verschiedenen Formen aus. Eigentlich ist der Mechanismus eines solchen Dialogs bereits im Entstehen begriffen. (. . .)

Gegenstand der Erörterung werden in erster Linie so akute Probleme globalen Charakters wie Frieden und Entwicklung, Eindämmung des Wettübens, Verhinderung einer ökologischen Katastrophe sein. Es gibt Berührungspunkte bei regionalen Problemen. Nehmen Sie die Situation auf der Koreanischen Halbinsel. Unsere Position und die der chinesischen Führung bezüglich der Notwendigkeit, die Spannungen auf der Halbinsel und die militärische Konfrontation des Nordens und des Südens abzubauen, sind ähnlich. Dazu würden die Aufnahme eines umfassenden zwischenkoreanischen Dialogs, die Schaffung der Bedingungen zur Normalisierung von Beziehungen der KDVR zu den USA und Japan beitragen. Und zweifellos auch die Rückführung frem-

der Truppen aus Südkorea, für deren Präsenz es keine logischen Argumente gibt.

Wir haben Meinungen über die Perspektiven der Kampuchea-Regelung ausgetauscht. Ich glaube, daß wir im Ergebnis eines recht intensiven Austausches, der im Grunde genommen bei allen Treffen mit den chinesischen Führern der Fall war, die Standpunkte des anderen zu diesem Problem nun besser verstehen. Wir haben vereinbart, den Dialog fortzusetzen.

Es erübrigt sich darüber zu reden, welche Bedeutung für die sowjetisch-chinesischen Beziehungen die Herstellung des Prinzips der guten Nachbarschaft und die Entmilitarisierung der Grenzen zwischen unseren Ländern hat. Wir sind übereingekommen, uns auf die Reduzierung der Streitkräfte in den Gebieten der sowjetisch-chinesischen Grenze bis zu einem Mindestmaß zu orientieren. Es ist beschlossen worden, zu diesem Zweck einen Verhandlungsmechanismus zu schaffen. (. . .)

Erörtert worden ist auch der Verlauf der Arbeit zur Grenzregelung. Wir haben vereinbart, ihr einen neuen Impuls zu geben, und zu diesem Zweck haben wir die Möglichkeit vorgesehen, besonders wichtige Fragen auf der Ebene der Außenminister zu erörtern.

Fast bei allen Gesprächen wurde die Frage nach der Zweckmäßigkeit gestellt, die großen Möglichkeiten sowjetisch-chinesischer Wirtschaftsbeziehungen zu nutzen. Ich und Genosse Li Peng waren der gemeinsamen Ansicht, daß man die Zusammenarbeit auf eine langfristige Grundlage stellen, ihr einen langfristigen Charakter verleihen und umfassender moderne Formen – direkte Kontakte, Kooperation, Gründung

gemeinschaftlicher Betriebe, Entwurfsbüros usw. – anwenden muß. Als perspektivreiche Richtung wurden Energetik, Metallurgie, Transport, Produktion von Massenbedarfsartikeln genannt. (. . .)

Wir waren uns mit den führenden Repräsentanten Chinas darüber einig, daß die Zusammenarbeit auf dem Gebiet von Wissenschaft und Kultur, Gesundheitswesen und Volksbildung wünschenswert ist. (. . .)

Als gewichtiges Ergebnis muß man die Normalisierung der Beziehungen zwischen der KPdSU und der KPCh ansehen. Dies wurde in Gesprächen mit Genossen Deng Xiaoping und Zhao Ziyang hervorgehoben. Unsere Parteien spielen die Rolle der politischen Vorhut in ihren Ländern, deshalb müssen die Beziehungen zwischen ihnen natürlich auch die Entwicklung der sowjetisch-chinesischen Beziehungen im ganzen fördern, weil sie die Regierungsparteien sind. Auf der Grundlage voller Selbständigkeit und Gleichberechtigung können wir die Erfahrungen der Parteiarbeit austauschen und unsere Verhaltensweisen zu Fragen von Theorie und Praxis des Sozialismus vergleichen. (. . .)

Aufrichtig sprachen sowohl die eine als auch die andere Seite von Schwierigkeiten, die auf dem Wege der Erneuerung des Sozialismus in China und in der Sowjetunion entstehen. Unsere gemeinsame Schlußfolgerung lautet: Alle Probleme können im Rahmen tiefgreifender Reformen gelöst werden. Das Wichtigste sind die Suche nach optimalen Formen und Methoden des Wirtschaftens, der Entwicklung der sozialistischen Demokratie und die Entfaltung des humanistischen Potentials des Sozialismus. (. . .)

FRAGE: Trafen Sie sich mit Studenten und was meinen Sie über ihre Forderungen?

M.S. GORBATSCHOW: Ich sah Studenten und sprach sogar mit einigen. Ich erhielt von ihnen einen Brief. Im Interview für das chinesische Fernsehen bedankte ich mich bei allen chinesischen Freunden, die im Vorfeld des Besuchs und in diesen Tagen viele Briefe an meine Adresse und an die Adresse der Delegation geschickt hatten, und

sprach den Studenten herzliche Worte der Dankbarkeit für ihren sehr offenen und inhaltreichen Brief aus.

Sie begrüßen innig den Besuch, der die Beziehungen zwischen unseren beiden großen Völkern und Staaten in eine neue Etappe versetzt. Sie begrüßen das, was das sowjetische Volk auf den Wegen der Umgestaltung, im Rahmen der Demokratisierung und der Transparenz, bei der Lösung der revolutionären Aufgaben zur Erneuerung der sozialistischen Gesellschaft tut.

FRAGE: Durch Ihr Treffen mit Zhao Ziyang wurden die Kontakte zwischen den Parteien wiederhergestellt. Welche werden die Hauptrichtungen der Zusammenarbeit zwischen den kommunistischen Parteien der Sowjetunion und Chinas sein?

M.S. GORBATSCHOW: Wir sind an der Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen unseren Parteien interessiert. Das wird dadurch diktiert, daß das chinesische Volk und das sowjetische Volk historische revolutionäre Aufgaben auf den Wegen der Reformen und der Umgestaltung lösen. Sie sehen sich komplizierten Problemen gegenüber, die in vieler Hinsicht ähnlich sind. Natürlich sind wir daran interessiert, daß sowohl unsere Umgestaltung als auch die Reformen in China ihre Ziele mit geringeren Verlusten und Auswüchsen erreichen. Der Erfahrungsaustausch sollte dazu in bestimmtem Maße beitragen.

In den Vordergrund rücken hier das gemeinsame Erfassen dessen, was erzielt worden ist, und die wissenschaftliche Prognostizierung einer neuen Qualität des Sozialismus, die wir erstreben. Hier gibt es ein großes Betätigungsfeld für unsere Gesellschaftswissenschaftler, und wir kamen überein, daß dies eine erstrangige Aufgabe sein müsse.

Schließlich erachteten wir es für notwendig, daß sich Kontakte im Rahmen der Verbindungen zwischen den Parteien nicht nur auf die oberste Ebene, sondern auch auf Regionen und Parteiorganisationen der Betriebe, wo der Reformprozeß vor sich geht, erstrecken. (. . .)

FRAGE: Sie haben mit Deng Xiaoping das Kampuchea-Problem erörtert. Könnten Sie bitte sagen, welches die wichtigsten Meinungsverschiedenheiten zu diesem Problem waren?

M.S. GORBATSCHOW: Ich glaube nicht, daß im Zuge der jetzigen Verhandlungen das Kampuchea-Problem politisch geregelt werden sollte. Es wurde ernsthaft, verantwortungsvoll, allseitig und unter Berücksichtigung aller Realitäten erörtert. Ich glaube, daß wir bei den Einschätzungen der Situation und sogar in bezug auf ihre Perspektive viele Ähnlichkeiten haben.

Vor allem erkennen wir, daß es nur eine politische Regelung dieses Problems geben kann. Ein anderes Herangehen ist gefährlich und kann die Ereignisse in eine gefährliche Richtung treiben. Ferner ist eine qualitativ neue Situation im Zusammenhang damit entstanden, daß Vietnam eine vollständige Rückführung seiner Truppen bis Ende September dieses Jahres angekündigt hat. Wir waren uns darin einig, daß sich der politische Prozeß in einem neuen Stadium, in einer neuen Situation im Interesse Kampuchreas, aller Länder der Region, der Weltgemeinschaft entwickeln wird, wenn an diesem Prozeß alle Seiten teilnehmen. Wie Sie sehen, liegt eine große Ähnlichkeit der Positionen vor.

Sowohl wir als auch die chinesischen Führer sind der Meinung, daß eine internationale Kontrolle eine wichtige Rolle spielen kann. Das Wichtigste heute ist es, die Möglichkeiten zu realisieren, die die neue Situation bietet. Die richtigste Antwort besteht offensichtlich darin, daß die Frage von den Teilnehmern des Prozesses in Kampuchea selbst endgültig gelöst werden muß. Wie mir scheint, werden die Sowjetunion und China alles in ihren Kräften Stehende tun. Sie können aber nicht die Frage für die Kampucheaner lösen. (. . .)

FRAGE: Mich hat Ihre Antwort auf eine Frage nicht ganz befriedigt. Ich möchte sie wieder aufgreifen. In Peking demonstrieren jetzt ca. 2 Millionen Menschen. Sie selbst sprachen von der sozialistischen Erneuerung, die sich schmerzhaft vollzieht. Wie meinen Sie, werden wir ähnliche

schmerzhaft Ereignisse hier oder in der Sowjetunion erleben?

M.S. GORBATSCHOW: Ich werde auf den zweiten Teil der Frage antworten, auf den ersten habe ich schon eine Antwort gegeben. Und zwar eine erschöpfende Antwort, die allerdings nicht unbedingt nach jedermann Geschmack ist.

Erstens ist das eine Bestätigung dafür, daß Prozesse, die sich in den sozialistischen Ländern vollziehen, tiefgreifenden Charakter tragen. Das sind keine Fassadenkosmetik, sondern Wandlungen, die alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens berühren. Einige erblickten darin eine Krise des Sozialismus, und ich bin überzeugt, daß wir einer ernsthaften Wende in der Entwicklung des Weltsozialismus beiwohnen. Diese Prozesse gehen mit unterschiedlicher Intensität, unter Berücksichtigung der Spezifik dieser oder jener Staaten und mit verschiedener Tiefe der Umgestaltungen vor sich, was durch die konkrete Situation diktiert wird. Aber sie alle sind auf die Entfaltung des Potentials gerichtet, über das diese Ordnung verfügt.

Der Sozialismus – das ist eine Ordnung der Werktätigen. Deshalb ist der Mensch die handelnde Hauptperson der Wandlungen. Die Wirtschaft wendet sich dem Menschen zu, der politische Prozeß entwickelt sich in Richtung auf die weitere Demokratisierung und die Einbeziehung der Menschen in die Erarbeitung und Annahme der Beschlüsse. Das sind vielversprechende Wandlungen. (. . .)

Da dies tiefe Prozesse sind, können sie nicht leicht und einfach verlaufen. Manchmal nehmen sie einen schmerzhaften Charakter an. Aber letzten Endes werden sie uns auf eine neue Entwicklungsstufe bringen und dem Sozialismus den zweiten Atem verleihen. Jedenfalls betraten wir einen Weg tiefgreifender revolutionärer Umgestaltungen, und wir werden diesen Weg sicher und unbeirrt gehen. Wenn jemand denkt, daß dieser Weg uns auf den Müllhaufen der Geschichte führen werde, so bin ich der Auffassung, daß er ein weiteres Mal tief enttäuscht wird. (. . .)

(QUELLE: Prawda, Moskau, 20.5.1989)

HANNE DENK

Die Regierung annullierte die Wahlen

Noriega will nicht weichen

Als sich bei den Präsidentschaftswahlen ein Wahlsieg für die von den USA unterstützte Opposition abzeichnete, ließ die Regierung sie kurzerhand annullieren. Die USA sind mit einem erneuten Versuch, den Chef der Streitkräfte des Landes, General Noriega, loszuwerden, gescheitert.

Drei Tage nach den umstrittenen Präsidentschaftswahlen vom 7. Mai d.J. erklärte die panamaische Regierung diese kurzerhand für null und nichtig. Die Vorsitzende des Wahltribunals, Yolanda Pulice, begründete die Entscheidung mit der Einmischung ausländischer Beobachter, dem Kauf von Wählerstimmen und dem Verschwinden von Urnen und Wählerlisten, die es „absolut unmöglich machen“, einen Wahlsieger auszurufen (1). Ein Termin für Neuwahlen wurde nicht genannt.

Schon wenige Stunden nach Schließung der Abstimmungslokale, ohne ein offizielles Wahlergebn abzuwarten, hatten sich sowohl der Kandidat der regierenden Koalition der Nationalen Befreiung (Colina), der Unternehmer Carlos Duque, als auch sein Gegenspieler, Guillermo Endara von der Demokratischen Allianz der Staatsbürgerlichen Opposition (ADOC), als Gewinner bezeichnet (2). Das von den Streitkräften unterstützte Acht-Parteien-Bündnis Colina stützte sich dabei auf eine Hochrechnung der Regierung und eine Umfrage eines spanischen Meinungsforschungsinstituts vor den Wahllokalen, wonach Duque 48,9 bzw. 50,9 % der Stimmen und Endara 43,9 bzw. 44,7 % der Stimmen erhalten haben sollen. Umfragen und Zählungen der Opposition und der Bischofskonferenz ergaben jedoch, daß um die 70 % für den ADOC-Kandidaten gestimmt haben sollen (3).

Einen 3:1-Sieg für die rechte Allianz behaupteten auch die 279 internationalen Wahlbeobachter. Um den von der Opposition, im Gleichklang mit den USA, bereits zuvor unterstellten Wahlbetrug durch den Chef der Streitkräfte, General Manuel Antonio Noriega, zu vereiteln, waren Delegierte aus verschiedenen politischen Lagern Lateinamerikas, Westeuropas und der USA in das mittelamerikanische Land gekommen. Unter ihnen befanden sich auch die beiden früheren US-Präsidenten Jimmy Carter, Unterzeichner der 1977 mit Noriegas Vorgänger General Torrijos geschlossenen Panama-Kanal-Verträge, und Gerald Ford. Illegal, über die Kanalzone eingereist, war eine vom amtierenden US-Präsidenten Bush gesandte Beobachtergruppe aus 13 Kongreßmitgliedern.

Sie stellten beim Urnengang „Unregelmäßigkeiten“ fest, darunter fehlende Wählerlisten und Mehrfachabstimmungen von Angehörigen der Nationalgarde. Nachdem nächtliche Rollkommandos Wahlprotokolle geraubt hatten, warf Carter der Regierung „Wahlbetrug“ vor (4).

Endaras US-freundliche Allianz sah sich in ihrem seit langem gehegten Verdacht auf Wahlmanipulation bestätigt und forderte ihren vermeintlichen Sieg auf Kundgebungen mit einigen tausend Anhängern ein. Dabei verletzten am 10. Mai Angehörige der „Bataillone der Würde“ – aus ärmeren Schich-

ten rekrutierte freiwillige Bürgermilizen gegen eine drohende US-Intervention –, den Oppositionskandidaten und seine Vizepräsidentschaftskandidaten, den Christdemokraten Ricardo Arias Calderón und den Liberalen Guillermo Ford.

Noch am selben Abend annullierte das Oberste Wahlgericht die Präsidentschaftswahlen. Die ADOC wertete das Vorgehen der Regierung als eindeutiges Eingeständnis der Wahlniederlage. Die Regierungskoalition geißelte indes die US-Einmischung in die inneren Angelegenheiten ihres Landes und die mediale US-Verleumdungskampagne „Noriega will die Wahlen stehlen“ (5). Und sie beschuldigte Washington, auf eine Destabilisierung des Kanalstaates abzuwirken, um eine US-Intervention zu rechtfertigen.

Zum wichtigsten Vorwurf an die Opposition, die auf Druck der USA Endara von der Authentischen Panamenistischen Partei (PPA) zum gemeinsamen Kandidaten nominierte, geriet eine Enthüllung des Magazins US-News & World Report. Danach hatte die ADOC zur Unterstützung ihres Wahlkampfes 10 Mio \$ an CIA-Geldern erhalten (6).

Auch wenn Washington vehement die Einkehr demokratischer Verhältnisse in Panama verlangt, ist die Frage, ob es bei den Wahlen mit rechten Dingen zugegangen ist, zweitrangig. Wie ließe sich sonst erklären, daß Washington bei den Wahlen in Haiti im

letzten Jahr und in Paraguay im Mai d.J., wo es zu massiven Unregelmäßigkeiten kam, beide Augen zudrückte?

Auch 1984, als der von den Streitkräften unterstützte, aber US-freundliche Kandidat Nicolas Ardito Barletta mit etwas über 1000 Stimmen Vorsprung vor dem Oppositionskandidaten zum panamaischen Präsidenten gekürt wurde, hatten die USA nichts einzuwenden, obwohl viel dafür sprach, daß dies nicht mit rechten Dingen zugegangen war.

Washington ging es vielmehr darum, die jetzigen Wahlen zu nutzen, um den eigentlichen Machthaber Panamas, General Noriega, auszuhebeln. Einst langjähriger Verbündeter der Mächtigen im Weißen Haus hatte der 52jährige Armeechef spätestens 1987 ausgedient. Seitdem bemühten sich die Reagan-Administration und danach die Bush-Regierung, ihn auszuschalten.

Bereits 1986 begann in den USA eine Diskreditierungskampagne, die begierig von der rechten Opposition in Panama aufgegriffen wurde. Im Juni 1987 warf der frühere Stabschef der Streitkräfte, Oberst Roberto Diaz Herrera, seinem Ex-Chef vor, die Wahlen von 1984 gefälscht zu haben, für den Flugzeugabsturz verantwortlich zu sein, bei dem der nationalistische Präsident Omar Torrijos 1981 ums Leben kam, und am Rauschgifthandel beteiligt zu sein.

Dies war Anlaß für die panamaische Opposition, eine breite Protestkampagne zu beginnen (siehe: AIB 8/1987, S. 14ff.). Als schließlich Anfang Februar 1988 zwei US-Gerichte den General wegen Drogenhandels anklagten, verfügte der damalige Präsident Arturo Delvalle Noriegas Versetzung in den Ruhestand. Delvalle wurde daraufhin am 25.2.1988 vom panamaischen Parlament kurzerhand abgesetzt und Manuel Solís Palma zum neuen Staatschef bestimmt.

Als neue Protestaktionen der Opposition und ein Putschversuch nicht fruchteten, verkündeten die USA schließlich am 8. April 1988 Wirtschaftssanktionen, erhöhten ihre Truppenzahl in der Kanalzone und versuchten, international die Nichtanerkennung des neuen Präsidenten durchzusetzen (siehe: AIB 4/1988, S. 57 und 5/1988, S. 8f.). Nachdem auch Verhandlungen

gen Noriega nicht zum Rücktritt bewegen konnten, unterbreitete Ronald Reagan schließlich dem Geheimdienstsausschuß des Senats einen Mordplan, der jedoch dort mehrheitlich abgelehnt wurde (7).

Was trieb die USA dazu, ihre einstige Komplizenschaft mit dem General aufzukündigen? Seit 1966 stand Noriega auf der Gehaltsliste des CIA, in guter Gesellschaft mit George Bush, dem damaligen CIA-Chef. Die Partnerschaft zwischen dem Ex-Agenten, dem angeblichen Doppelagenten und dem Weißen Haus überstand auch erste Vorwürfe, daß der Panamase in den Rauschgifthandel verwickelt sei. Der Chef der US-Drogenbehörde DEA, John Lawn, bescheinigte ihm sogar „enge Zusammenarbeit“ bei der Bekämpfung des Drogenschmuggels. Solange Noriega als Washingtons Mann wertvolle Unterstützung im Kampf gegen die Sandinisten leistete, war er gut gelitten.

Dies soll sich jedoch 1985 geändert haben. Nach Recherchen des Journalisten des „The Miami Herald“, Alfonso Chardy, soll sich Noriega bei einem Treffen mit Reagans Sicherheitsberater John Pointdexter Ende 1985 verweigert haben, mit den USA bei der Unterstützung der Contras zusammenzuarbeiten und Panama als Brückenkopf für eine Invasion zur Verfügung zu stellen, was zum Bruch zwischen Washington und dem untreuen Verbündeten führte (8). Zudem mißfiel dem US-Außenministerium Panamas aktive Rolle als Gründungsmitglied der Contadora-Initiative, die sich um eine Beilegung des mittelamerikanischen Konflikts bemüht.

Den Untersuchungen von Chardy, der sich auf Geheimdokumente und Aussagen von US-Beamten stützen konnte, widersprechen jedoch die Aussagen von Oberstleutnant Oliver North, einem ehemaligen Mitarbeiter des Nationalen Sicherheitsrates, der im Mai d.J. wegen seiner Verwicklungen im Iran-Contra-Skandal verurteilt wurde. Im März d.J. erklärte er, ein Vertreter Noriegas habe ihm im August 1986 das Angebot unterbreitet, die sandinistische Führung ermorden zu lassen, wenn die USA sich verpflichten würden, das Image des Generals wieder aufzupolieren. Zweifel an dieser Aussage sind jedoch angebracht, da North sich weigerte, den Namen des Gesandten preiszugeben und sie sich kurz vor den Wahlen als weiteres Mittel zur Diskreditierung Noriegas eignete (9).

Mit dem Publikwerden der Iran-Contra-Affäre glaubten zudem viele US-Strategen, die Zeit sei reif, Noriega auszuringieren, wie Senator John F. Kerry, Mitglied des Senate Foreign Relations Committee und Leiter des Unterkomitees für Drogen und Terrorismus, in einem Interview mit der „International Herald Tribune“ bestätigte (10).

Die Politik der USA wird in Panama als das Bestreben gewertet, eine US-freundliche Regierung an die Macht zu bringen, die bereit sein würde, die 1977 von Carter und Torrijos geschlossenen Kanalverträge zu überdenken. Sie sehen zum Jahr 2000 die vollständige Souveränität Panamas über die

Panama-Daten

Fläche: 77 000 qkm (etwa 1/3 der BRD)
Bevölkerung: 2,3 Mio. Davon sind 50–60 % MetizInnen, 15–20 % Schwarze und MulattInnen, 10–15 % Weiße, 5–10 % IndianerInnen und 2 % AsiatInnen.
Hauptstadt: Panama-Stadt (ca. 1 Mio Einwohner)
Sprache: Spanisch
Religion: 87 % katholisch, 7 % evangelisch
Währung: Balboa; 1 Balboa = 0,52 DM (März 1989)
Politisches System: Präsidialrepublik, wobei die Exekutive und Legislative bei Präsidium (Militärs) und Regierung liegt. Diese wird von der Nationalversammlung gewählt.
Wirtschaft: Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf rangiert mit 2330 \$ (1986) in der oberen Einkommensgruppe der Entwicklungsländer (Costa Rica 1480 \$, Nicaragua 790 \$). Panama fungiert als Bankenschatzplatz. Andere Säulen der Volkswirtschaft sind der Panamakanal, die Landwirtschaft und Fischerei sowie die verarbeitende Industrie. Wichtigste Exportgüter: Erdölprodukte, Bananen, Garnelen, Kaffee, Zucker, Bekleidung. Haupthandelspartner: USA mit einem Anteil von ca. 40 %, Ecuador, Venezuela, BRD (ca. 10 %). Außenverschuldung: 3,9 Mrd \$ (Anfang 1988). Anteile der Wirtschaftszweige am Bruttoinlandsprodukt (1986): Landwirtschaft 9 %, Industrie 18 %, Dienstleistungssektor 73 %. Anteile der Erwerbspersonen (1985): Landwirtschaft 26 %, Industrie 18 %.
Soziales: Die Lebenserwartung liegt bei 72 Jahren, die Analphabetenquote bei 13 %. Die Durchschnittslöhne nehmen mit 425 \$ monatlich einen vorderen Platz im lateinamerikanischen Vergleich ein. Die Arbeitslosigkeit stieg im Zeitraum 1986–88 von 10,2 % auf 23 % an.



Regierungskandidat Duque (l.) und Anhänger seines Gegenkandidaten Endara im Wahlkampf



Kanalzone vor. Mit dem nationalistisch gesinnten General am Ruder, scheint eine Rücknahme bzw. Modifizierung der Kanalverträge, wie sie rechte Kreise in den USA fordern, nicht möglich.

Zwar geht der Kanal erst am 31.12.1999 in die vollständige Hoheit der Republik über, doch bereits zum 1.1.1990 wird die Kanalverwaltung unter panamaischen Vorsitz gestellt. Als Leiter, der von Panama nominiert, von Washington aber bestätigt werden muß, ist der Nationalist Oyden Ortega, bislang Mitglied im Panamakanal-Kommissionsdirektorium, im Gespräch (11). Undenkenbar für die US-Administration, einen Noriega-Vertrauten akzeptieren zu müssen.

Mehr noch als die ökonomische wiegt die strategische Bedeutung der Wasserstraße. Das Hauptquartier des US-Südkommandos in der Kanalzone ist für die militärische Kontrolle ganz Mittel- und Südamerikas zuständig (siehe Kasten).

Einen harten Kurs verfolgen hierbei einige Kongreßmitglieder, wie die beiden Senatoren, der Demokrat Bob Graham und sein republikanischer Kollege Connie Mack, die in Anbetracht der innenpolitischen Lage Pa-

namas im Senat einen Gesetzesentwurf einbringen wollen, der die Aufkündigung der Kanalverträge zum Ziele hat (12). Zustimmung aus dem Reagan-Lager sickerte durch. Warnende Stimmen, Panamas Symbol für volle Unabhängigkeit anzutasten, voran Jimmy Carter, fürchten, eine Aufkündigung der Kanalverträge würde unweigerlich den nationalistischen Kreisen um General Noriega den Rücken stärken und in ganz Lateinamerika einen Entrüstungssturm entfachen.

Mit der Annullierung der Wahlen konnte Bush mit Unterstützung beider Kongreßparteien die „Noriega-muß-weg“-Kampagne weiter verschärfen. „Die USA werden sich weder mit einem Regime arrangieren noch es anerkennen, das sich nur mit Gewalt an der Macht hält.“ (13)

Die Panamakrise paßte sowohl ins Konzept der Demokraten als auch der Republikaner. Letzteren bot sie die Möglichkeit, unter dem Aushängeschild der „Demokratisierung“ eine Annäherung zwischen den USA und Lateinamerika voranzutreiben. Die Demokraten hingegen nutzen sie, um der Kritik zu widersprechen, die Partei würde wie im Falle Nicaraguas US-Interessen aufgeben (14).

Die Regierung Bush antwortete mit einer demonstrativen Truppenentsendung zur Verstärkung des bereits auf Alarmstufe „Charlie“ – der letzten vor dem Einsatz – stehenden 12 000 Mann starken US-Südkommandos. 2000 Soldaten und militärische Ausrüstung trafen bislang auf Howard Base ein, um angeblich US-BürgerInnen und US-Vertragsrechte zu schützen.

Angehörige der Streitkräfte wurden auf Anweisung ihrer Regierung auf US-Hoheitsgebiet am Kanal evakuiert, diplomatisches Personal verringert und Botschafter Arthur Davis auf unbestimmte Zeit zurückgerufen. US-Truppenverbände durchqueren außer dem provokatorisch panamaisches Staatsgebiet, was ihnen vorerst durch die Kanalverträge noch gestattet ist. „Bush hat praktisch einen Kriegszustand beschworen“, erklärte Daniel Espino, Generalsekretär der von Torrijos gegründeten Demokratischen Revolutionären Partei (PRD). (15)

Während einige Kongreßabgeordnete eine Absetzung Noriegas notfalls „auch mit Gewalt“, d.h. mittels einer militärischen Invasion, befürworten, hat der neue US-Präsident gemeinsam mit dem Pentagon bislang weise Zurückhaltung geübt. Zu groß wiegen die Ängste, eine „Grenada-Lösung“ könne die ohnehin gewachsenen Differenzen mit den südlichen Nachbarn weiter vergrößern.

„Wir würden einen schrecklichen politischen Preis zahlen“ (16), warnt das Verteidigungsministerium. Ein Nein zu einer militärischen Lösung kommt auch vom US-Südkommando in der Kanalzone selbst. Eine direkte US-Intervention würde General Noriega unerwünschte Solidarität einbringen und die Hoffnung zunichte machen, eine Spaltung innerhalb der panamaischen Streitkräfte zu bewirken. „Eine US-Inter-

vention wäre“, so selbst der „geprellte“ Präsidentschaftskandidat der Opposition, Endara, „noch schlimmer für das Land als die Diktatur Noriegas.“ (17)

Doch wie weiter, wenn „Alptraum“ Noriega seine Standhaftigkeit weiterhin unter Beweis stellt? „Liebend gerne hätte ich“, appellierte Präsident Bush unverhohlen an die Streitkräfte Panamas, „wenn sie ihn (Noriega) ausschalten würden“. (18) Er schmeichelte dem Ehrgefühl der 15 000 Mann starken Truppe, indem er ihr „eine bedeutende künftige Rolle in Panama“ zuwies. Eine saubere Lösung wäre dies. Und Bush hätte den Erfolg, der seinem Vorgänger versagt blieb.

Ob die unmißverständliche Aufforderung zum Aufstand bei Teilen des Militärs auf Gegenliebe stößt? Die Stärke einer Anti-Noriega-Front läßt sich schwer ausmachen, und nach dem Putschversuch von 1988 war der widerspenstige General klug genug, seinen Mitarbeiterstab gegen loyale Untergetriebene auszutauschen. Nicht zuletzt profitieren die Streitkräfte von den legalen und halblegalen Geschäften, in die der Machtparat verwickelt ist (19).

Lange hat Washington enge Kontakte zur Armee Panamas gepflegt, diese als Garanten ihrer geopolitischen Hinterhof-Interessen akzeptiert. 1969 beendete ein Putsch die Ära einer kleinen US-hörigen Oligarchie. Unter dem Reformgeneral Omar Torrijos entstand ein stabiles Bündnis aus Teilen der Arbeiter- und Bauernschaft, dem Finanzkapital und dem agroindustriellen Bürgertum. Der neue populistische Kurs setzte einige Sozialreformen (Arbeitsrecht, Agrar-

**DIE BUSH-ADMINISTRATION
BEFÜRCHTET, DAß DURCH
EINE DIREKTE INVASION DIE
SOLIDARITÄT MIT NORIEGA
UND DIE DIFFERENZEN MIT
DEN LATEINAMERIKANISCHEN
STAATEN ZUNEHMEN WÜRDEN**

reform) in Gang, verfolgte aber einen kapitalistischen Entwicklungsweg, orientiert am US-Kapital.

Das 2,3 Mio Einwohner zählende Land entwickelte sich zu einem internationalen Finanz-, Handels- und Dienstleistungszentrum. Außenpolitisch trat Torrijos für einen antiimperialistischen Kurs ein und legte die Grundlagen für die Kanalverträge. Die allgemeine Wirtschaftsrezession Anfang der 80er Jahre ließ die Widersprüche im herrschenden Block aufbrechen. Sozialreformen wurden rückgängig gemacht. Der Versuch des aufstrebenden Finanzkapitals, auf Kosten des Industriekapitals stärker an der Macht beteiligt zu werden, scheiterte nach dem Tode Torrijos', als ihr Interessensvertreter, Präsident Ardito Barletta, 1985 seinen Hut nehmen mußte. Die wachsende po-

litische und wirtschaftliche Macht der Militärspitze unter Noriega tat ein übriges, der rechten Opposition neues Leben einzuhauchen. (20)

Als weiteren Schritt erwägt die US-Regierung eine Fortsetzung ihrer Wirtschaftsanktionen, notfalls bis hin zum völligen Handelsembargo. Diese Maßnahmen bleiben in Bushs Umfeld sehr umstritten. „Wir zerstören in Panama durch Sanktionen, was wir erhalten wollen“, klang es aus dem US-Außenministerium (21). Der Wirtschaftsboykott hat die Wirtschaft des mittelamerikanischen Landes durch Kapitalflucht empfindlich getroffen, ohne letztlich den Sturz des ungeliebten Generals zu bewirken.

Die Folgen bekamen vielmehr die mittleren und unteren Einkommensgruppen zu spüren: die Arbeitslosenrate stieg von 11,6 % (1987) auf 23 % (1988). Nach Schätzungen fiel das Bruttoinlandsprodukt um 20–40 %. (22) Die gesunkenen Staatseinnahmen wirkten sich auf öffentliche Einrichtungen aus. In Schulen und Krankenhäusern mangelte es an Material und Medikamenten. Nachteilig zeigte sich in Panama, das selbst seine Währung aus der Notenpresse des großen Nachbarn bezieht, die einseitige Ausrichtung auf den Wirtschaftspol USA.

Doch offenbar setzt Washington jetzt vorrangig auf eine diplomatische Offensive, um den hartnäckigen Widersacher am Kanal loszuwerden. Durch die Annullierung der Wahlen bietet sich für die USA die einmalige Gelegenheit, zu einem Schulter-schluß mit den lateinamerikanischen Staaten zu kommen, um, wie es Außenminister James Baker formulierte, den General „international zu isolieren“. (23)

Unterdessen haben die meisten lateinamerikanischen Länder ebenso wie die EG und Japan die Wahlannullierung und insbesondere die blutigen Übergriffe auf die Opposition verurteilt. Jedoch lehnten sowohl die Gruppe der Acht (Argentinien, Brasilien, Kolumbien, Peru, Mexiko, Uruguay und Venezuela), die einen Ausschuß ihres Mitgliedes Panama in Betracht zogen, als auch die zur Amtseinführung des Präsidenten von Paraguay in Asunción verweilenden Außenminister eine Intervention ab.

Der peruanische Außenminister Guillermo Larco Cox verwies darauf, daß Panama ein lateinamerikanisches Problem sei: „Die Lateinamerikaner müssen lernen, ihre eigenen Probleme zu lösen.“ (24) Gleichzeitig drängten die Minister auf strikte Einhaltung der Kanalverträge seitens Washingtons.

Begrüßt wurde von der Bush-Administration die Vermittlerrolle des venezolanischen Präsidenten Carlos Andrés Pérez, unterstützt von den Regierungen Perus und Costa Ricas. Pérez, dessen Land wie schon Spanien General Noriega Asyl anbot, legte jedoch Wert darauf, daß auch die USA „im Konsens der OAS handeln.“ (25)

Auf seine Initiative hin trafen sich am 17. Mai d.J. die Außenminister der 31 Mitglieder der Organisation Amerikanischer Staa-

Das Tauziehen um den Panamakanal

Der Versuch der USA, General Noriega zu stürzen, hat nicht nur das Ziel, die widerspenstigen panamaischen Militärs zu disziplinieren und der Welt einen neuen Erfolg ihrer angeblichen Demokratisierungspolitik zu präsentieren. Vieles deutet darauf hin, daß Washington daran gelegen ist, eine US-freundliche Regierung an die Macht zu bringen, die es ihnen gestatten würde, auch nach der für Ende 1999 vereinbarten Übergabe des Kanals und der ihn umgebenden Zone, weiterhin im Land präsent zu bleiben.

Nach fünfjährigen zähen Verhandlungen zwischen der Regierung Carter und dem Präsidenten Panamas, General Omar Torrijos, hatten die USA 1977 vertraglich zugesichert, nach 74 Jahren unumschränkter Herrschaft über den Kanal und über eine 8 km breite Zone beiderseits der Wasserstraße eine schrittweise Übertragung von Hoheitsrechten an Panama vorzunehmen. Bis Ende 1999 soll Panamas Souveränität vollständig wiederhergestellt werden. Die Unterzeichnung der Verträge war gegen den Widerstand starker reaktionärer Kräfte in den USA erfolgt. Der spätere US-Präsident Ronald Reagan hatte damals erklärt: „Wir haben ihn gebaut und wir werden ihn behalten.“

Nach Inkrafttreten der Verträge im Jahre 1979 wurden zunächst 70 % der Kanalzone an Panama zurückgegeben. Die USA verpflichteten sich, jährlich 70 Mio \$ Pacht zu zahlen. Die Kanalverwaltung wurde einer gemeinsamen Kommission übertragen, deren Vorsitz ab 1990 bei Panama liegen wird.

Der Kanal war und ist immer mehr gewesen als nur eine Wasserstraße, durch die bei 12 000 Passagen jährlich immerhin 50 % der US-Ölimporte und 45 % ihres Exportes fließen. Die Freihandelszonen im Kanalgebiet zogen durch ihre günstigen Profitmöglichkeiten über 1100 Firmen und 120 Banken hauptsächlich unter US-Kontrolle an. Sie trugen zum Wachstum einer starken US-abhängigen panamaischen Finanz- und Großbourgeoisie bei.

In der Hauptsache diente die Kanalzone allerdings der Stationierung von über 40 000 US-Soldaten. Ihre Zahl mußte nach Inkrafttreten des Vertrages auf 10 000 Mann reduziert und die Anzahl der US-Stützpunkte (Kasernen, Flugplätze, Marineeinrichtungen) zurückgeführt werden. Bis Ende 1999 müssen alle Militärs und Militäreinrichtungen abgezogen sein.

Angesichts der strategischen Lage Panamas ist dies der größte Verlust, den die USA im Ergebnis der Verhandlungen einstecken mußten. Die Kanalzone war Ausgangspunkt für alle Interventionen der USA im mittelamerikanisch-karibischen Raum. Vom hier ansässigen Südkommando der US-Streitkräfte, das für gesamt Lateinamerika zu-

ständig ist, wurden sowohl die Invasion in Grenada 1983 als auch die Aufstandsbekämpfungsprogramme gegen die Guerilla in El Salvador und die Contraaktivitäten gegen Nicaragua organisiert. Während des Malwienkrieges 1982 zwischen Argentinien und Großbritannien erwies das Südkommando Großbritannien direkte Unterstützung. Außerdem hintertrieb es die Friedensgespräche zwischen kolumbianischer Guerilla und Regierung.

Als besonders effizient erwies sich die Ausbildung von über 42 000 lateinamerikanischen Offizieren bis 1984, darunter Anastasio Somoza und Augusto Pinochet.

Die Anwesenheit der US-Truppen in der Kanalzone schafft zudem ideale Bedingungen, um militärisch zu intervenieren. Eine aufwendige Invasion wäre nicht erforderlich und eine Gegenwehr der ohnehin stark unterlegenen panamaischen Streitkräfte kaum möglich. Zudem ist es den US-Einheiten vertraglich gestattet, sich auf dem gesamten panamaischen Territorium zu bewegen, so daß bei einem Eingreifen der Überraschungseffekt einen leichten Sieg ermöglichen würde.

Die USA haben jetzt, wie bereits im April 1988, ihre Truppen in der Zone aufgestockt. Daß es sich dabei nicht nur um eine Drohgebärde handeln könnte, sondern ein militärisches Eingreifen vorbereitet wird, darauf deutet auch die Evakuierung von US-BürgerInnen in die Kanalzone hin. Ähnlich wie bei der Invasion Grenadas wurden diese Maßnahmen mit dem Schutz der US-BürgerInnen begründet.

Vor einem Eingreifen gilt es jedoch, international akzeptable Vorwände zu schaffen. In den Kanalverträgen selbst sind im sog. „Concini-Vorbehalt“ Möglichkeiten einer Invasion festgehalten. Danach können die USA „gegebenenfalls die ihrer Verfassung gemäßen Maßnahmen ergreifen, einschließlich militärischer Gewalt in der Republik Panama, um den Kanal wieder zu öffnen oder sein Funktionieren wieder zu ermöglichen.“

Was das Funktionieren des Kanals behindern könnte – eine innenpolitische Krise, ein Streik u.ä., – bleibt damit eine Frage der Interpretation.

Ulrich Rupp

Patrouille der US-Armee auf dem Kanal



General Noriega (oben), ließ 1988 Milizen – die sog. „Battallione der Würde“ – gründen, um eine mögliche Invasion abzuwehren





Durch den US-Boycott hat die Armut zugenommen: Kinder stehen bei einer Suppenküche der Kirche an

ten (OAS) zu einer Dringlichkeitssitzung in Washington, um die Krise in Panama zu erörtern. In einer Resolution verurteilten die Anwesenden abermals den „Mißbrauch und die Gewaltanwendung“ in der Kanalrepublik, stützten sich aber eindeutig auf das in ihrer Charta verankerte Prinzip der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten ihrer Mitgliedsstaaten.

Trotz allgemeiner Ablehnung der Vorkehrungen fanden die USA in der Region keine Unterstützung ihrer aggressiven Politik gegen Panama. Sorge über ein militärisches Eingreifen äußerten Kuba und Nicaragua, die die Annullierung der Wahlen als eindeutig innenpolitische Angelegenheit des panamaischen Volkes betrachteten. Die Entscheidung für eine Vermittlerrolle der OAS fiel mit 20 Ja-, 2 Nein-Stimmen (Nicaragua und Panama) und 7 Enthaltungen.

Unter Leitung des OAS-Generalsekretärs Joao Baena Soares weilten Ende Mai die Außenminister Ecuadors, Guatemalas und Trinidads und Tobagos vier Tage in Panama, um zwischen Regierung und Opposition zu vermitteln. Sie mußten jedoch unverrichtete Dinge abreisen.

Die Opposition forderte die Anerkennung der Wahlen vom 7. Mai und die Ab-

dankung Noriegas. Dies wiederum wurde sowohl vom General als auch von der Regierung abgelehnt, die außerdem Neuwahlen ausschloß. Präsident Rafael Solís erklärte, er würde auch nach dem 1. September d.J., dem geplanten Termin für den Präsidentenwechsel, im Amt bleiben, wenn es nicht zu einer Verständigung mit der Opposition kommen würde, die auf deren Beteiligung an einer provisorischen Staatsführung hinauslaufen könnte. (26)

Noch lehnt die ADOC dieses Angebot ab. Angesichts ihrer gesunkenen Mobilisierungsfähigkeit könnte dies jedoch die einzige Möglichkeit sein, wenigstens einen Zipfel der Macht zu erreichen.

Parallel zum OAS-Treffen hatte die Bürgerallianz zu einem Generalstreik aufgerufen, der jedoch nur halbherzig befolgt wurde. Präsident Rafael Solís hatte die Arbeitsniederlegung verboten und insbesondere bei Geschäften des öffentlichen Interesses (Lebensmittelläden, Apotheken, Tankstellen) mit Lizenzentzug gedroht. Jedoch spiegelte die geringe Beteiligung vielmehr die fehlende Verankerung des Oppositionsblockes bei der panamaischen Bevölkerung wider.

Eine anhaltende Mobilisierung ihrer aus-

der städtischen „American way of life“-geprägten Mittel- und Oberschicht stammenden Anhängerschaft, das gestanden die Oppositionsführer selbst ein (27), ist kaum aufrechtzuerhalten. Mag die ADOC bei den Wahlen auch kurzfristig von der Unzufriedenheit großer Teile der Bevölkerung profitiert haben, die angesichts der US-Sanktionen und der Verschlechterung des allgemeinen Lebensstandards kurzfristig für Endara gestimmt haben, so bietet das Bündnis langfristig keine sozialen und wirtschaftlichen Alternativen.

Auf der anderen Seite ist auch General Noriega in der Colina nicht unumstritten. Ebenso wenig ist es die Wahllannulierung, wie Handelsminister Mario Rognani, ein enger Mitarbeiter des Generals, zugab. Da das Regierungslager politisch sehr heterogen ist und von der Rechten bis zur Linken reicht, könnte wachsender internationaler Druck zu Brüchen führen.

Da aber die Armee mit Noriega an der Spitze das eigentliche Machtzentrum darstellt, dürfte ein Machtwechsel nur durch eine Spaltung der Streitkräfte zu erreichen sein.

Sollte den USA dies nicht gelingen, steht ihnen weiterhin die militärische Option offen. Sie ist jedoch nur eine gangbare Variante, wenn es durch eine Provokation gelingen sollte, die panamaischen Streitkräfte für den Ausbruch eines militärischen Konflikts verantwortlich zu machen.

Anmerkungen

- 1) Vgl. El País (EP), Madrid, 12.5.1989 und The Guardian International (GI), London, 12.5.1989
- 2) Das Colina-Bündnis umfaßt folgende Parteien: Demokratische Revolutionäre Partei (PRD; sozialdemokratisch), Liberale Partei (PL; Mitte rechts), Partei der Nationalen Aktion (PAN; rechts), Partei des Panamaischen Volkes (PPP; kommunistisch), Demokratische Arbeiterpartei (PDT; Mitte links). Zum oppositionellen ADOC-Bündnis gehören folgende Parteien: Christdemokratische Partei (PDC; rechts), Authentische Liberale Partei (PLA; rechts), Authentische Panamenistische Partei (PPA; populistisch), Nationalistische Republikanische Liberale Bewegung (MOLIRENA; extrem rechts).
- 3) Vgl. Tageszeitung (taz), West-Berlin, 10.5.1989 und EP, 9.5.1989
- 4) Vgl. Financial Times (FT), London, 10.5.1989; Le Monde (LM), Paris, 10.5.1989; EP, 10.5.1989 und Time, New York, 22.5.1989
- 5) Vgl. International Herald Tribune (IHT), Paris, 24.4. und 9.5.1989
- 6) Vgl. Newsweek (NW), New York, 15.5.1989; Time, 8.5.1989; Frankfurter Rundschau (FR), 25.4.1989 und IHT, 24.4.1989
- 7) Vgl. IHT, 25.4.1989
- 8) Vgl. Inforpress Centroamericana (IC), Guatemala-Stadt, 4.6.1987
- 9) Siehe: IC, 13.4.1989
- 10) IHT, 13.2.1989
- 11) NW, 15.5.1989
- 12) GI, 10.5.1989 und Frontline, Oakland, 22.5.1989
- 13) Süddeutsche Zeitung (SZ), München, 13./14./15.5.1989
- 14) Frontline, 22.5.1989
- 15) SZ, 13./14./15.5.1989
- 16) NW, 22.5.1989
- 17) SZ, 17.5.1989
- 18) EP, 15.5.1989 und IHT, 15.5.1989
- 19) Vgl. IHT, 18.5.1989
- 20) Vgl. Lateinamerika. Analysen, Daten, Dokumentation, Hamburg, Beiheft Nr. 4/Juli 1988, Panama: Probleme des Kanals und der politischen Entwicklung; Pensamiento Propio, (PP), Managua, Nr. 58/März 1989; WochenZeitung (WöZ), Basel, 19.5.1989 und IHT, 5.5.1989
- 21) NW, 22.5.1989
- 22) Daten nach: NW, 6.2.1989; PP, a.a.O. und Lateinamerika... a.a.O.
- 23) NW, 22.5.1989
- 24) FR, 17.5.1989
- 25) IHT, 13./14.5.1989
- 26) Vgl. EP, 19.5., 25.5. und 26.5.1989
- 27) Vgl. EP, 18.5.1989



Milizionäre schlagen bei einer Demonstration der Opposition deren Vizepräsidentenkandidaten, Guillermo Ford, blutig

ARGENTINIEN

PETER IMBUSCH

Erster demokratischer Präsidentenwechsel

Der Peronismus kehrt zurück

Mit den Wahlen vom 14. Mai d.J. fand in Argentinien erstmals seit 61 Jahren wieder ein Präsidentenwechsel auf demokratischem Wege statt. Als klarer Wahlsieger wird der peronistische Kandidat Carlos Saul Menem spätestens am 10.12.1989 den jetzigen Präsidenten Raul Alfonsin ablösen.

Menem Presidente“ prangte es in den letzten Monaten fast überall von den Wahlplakaten in Buenos Aires. Daß diese Aufforderung sich erfüllen würde, hatten bereits vor der Wahl die Umfragen deutlich gemacht. Carlos Menem konnte am 14. Mai mit 47,3 % einen überraschend deutlichen Wahlsieg erringen.

1983 waren lediglich 40,2 % auf den peronistischen Kandidaten entfallen. Raul Alfonsin hatte damals 51,8 % der Stimmen erhalten. Der jetzige Kandidat seiner Radikalen Bürgerunion (UCR), Eduardo Angeloz, mußte sich jetzt mit 36,9 % der Stimmen begnügen. Auf Alvaro Alsogaray von der rechten Demokratischen Zentrumsunion (UCeDe) entfielen etwa 7 % und auf Nestor Vicente von der Vereinigten Linken (IU) 2,5 %.

Neben dem Präsidenten wurde außerdem die Hälfte der Abgeordneten, ein Drittel der Senatoren sowie in den Provinzen und Kommunen gewählt. Den Peronisten gelang es sowohl im Parlament als auch im Senat, genau die Hälfte der Sitze zu erobern.

Die eigentliche Wahl des Präsidenten wird durch ein Wahlmännerkollegium erfolgen, das entsprechend den Wahlergebnissen in den einzelnen Provinzen gebildet wird. Da die Anzahl der Wahlmänner der einzelnen Provinzen nicht exakt dem Wähleranteil entspricht, konnte Menem 310 von 600 Wahlmännern gewinnen.

Die Peronisten haben nicht nur die Provinz Buenos Aires, sondern erstmals auch die Stadt Buenos Aires erobert. Diese war bisher eine Bastion der Radikalen und der UCeDe. Dies ist insofern von Bedeutung, als die traditionellen Hochburgen der Peronisten bereits außerhalb der Stadtgrenze liegen und sich in der Stadt selbst der größte Teil der argentinischen Mittelschicht konzentriert.

Der deutliche Wahlsieg Menems spricht dafür, daß es sich um einen „voto de castigo“ (etwa: Bestrafungswahl) handelt und der eigentliche Verlierer nicht Angeloz heißt, sondern Raul Alfonsin. Unter seiner Wirtschaftspolitik ist die Kaufkraft der Löhne seit 1984 um 48 % gesunken und Teile der Mittelschichten sind verarmt. Die Wahlen fanden außerdem unter den Bedingungen der schwersten Wirtschaftskrise statt,

die das Land seit Jahren erlebt hat. Die Chronik der letzten vier Monate beschreibt den Weg ins wirtschaftliche Chaos.

Dieses begann Anfang des Jahres mit einem Energienotstand. Der Grund ist in den jahrelangen niedrigen Investitionsraten im Energiesektor zu suchen. Das führte dazu, daß 1988/89 die Industrie nicht mehr genug Strom produzieren konnte. Anfangs wurde für sechs Stunden, später für drei Stunden täglich der Strom in ganzen Stadtvierteln von Buenos Aires gesperrt. Selbst optimistische Schätzungen gehen davon aus, daß dieser Notstand erst ab 1992 behoben werden kann.

Die Inflation galoppiert außerdem wieder. Bereits im Februar und März d.J. betrug sie 14 bzw. 17 % monatlich. Im April stiegen die Preise um weitere 34 %. Im Mai sollen es etwa 70 % gewesen sein und für Juni wurden 100 % prognostiziert. Damit wird der historische Rekord vom März 1976 mit 37,6 % gebrochen und die Hyperinflation steht wieder vor der Tür (1).

Die Entwicklung des Wechselkurses des Austral zum US-Dollar (\$) spiegelt den Inflationsanstieg wider, wird aber auch stark durch Spekulation bestimmt. In der zweiten Jahreshälfte war der Kurs mit ca. 16 Austral pro \$ stabil. Anfang Februar d.J. stieg der Kurs auf 25 Austral. Ende Mai mußten die ArgentinierInnen bereits 220 Austral für 1 \$ zahlen. Um die vollständige Dollarisierung der Wirtschaft zu vermeiden, sind die Zinssätze auf monatliche Einlagen in Austral auf 160 % gestiegen (2).

Viele Läden in der Hauptstadt zeichnen die Preise nur noch in Dollar aus. Der Handel ist stellenweise paralysiert, weil Geschäfte nur noch in dem Umfang abgewickelt werden, wie sie zur Begleichung der laufenden Forderungen nötig sind. Angesichts der steigenden Dollar-Erwartungen wird vorgezogen, mit Geschäftsabschlüssen zu warten.

Die jeweiligen wirtschaftspolitischen Änderungen und Schwenks der Regierung Alfonsin und des Wirtschaftsministers Sourouille offenbarten die ganze Ratlosigkeit der Regierung angesichts der Krise. Am 5. Februar d.J. wurde zunächst ein dreifacher Wechselkurs eingeführt: zwei Vorzugskurse jeweils für landwirtschaftliche Exporte

und für die Industrie und ein freier Kurs, der sich nach Angebot und Nachfrage richtet.

Als die Vorzugskurse und der freie Kurs schließlich um 130 % auseinanderklafften und die Kritik an der Untätigkeit der Regierung immer lauter wurde, entließ Alfonsin seinen Wirtschaftsminister. Dies geschah auf maßgeblichen Druck von Angeloz, denn die Situation wurde für seinen Wahlkampf immer brenzlicher. Der neue Wirtschaftsminister Pugliese vereinigte die beiden Vorzugskurse und wertete sie ab.

Das Anfang Mai d.J. verkündete Notprogramm sollte wiederum die Inflation und das Haushaltsdefizit bekämpfen. Neue Steuern auf Immobilien und Kraftfahrzeuge, dazu ein sog. „Solidarbeitrag“, der von den Unternehmen „geliehen“ wird, die Anhebung der öffentlichen Tarife um 20 %, der

Wahlsieger Menem vor den Porträts Evita und Juan Perons



Preise für Brennstoffe um 25 % und eine Erhöhung der Exportsteuern um 20 % sollten die Staatskasse füllen. Der Wechselkurs wurde vollständig liberalisiert (3).

Da die Inflation jedoch weiter anstieg, kündigte Alfonsín zwei Wochen nach den Wahlen ein radikales Sparprogramm an, das neben Steuererhöhungen und der Aufhebung des freien Wechselkurses einschneidende Kürzungen der öffentlichen Ausgaben beinhaltet, um über eine Verringerung des Haushaltsdefizits die Inflation in den Griff zu bekommen (4). Daraufhin weiteten sich die zuvor sporadischen Plünderungen von Läden und Supermärkten zu massiven Ausschreitungen aus. Die Regierung verhängte daraufhin am 30. Mai den Belagerungszustand über das ganze Land.

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist im ersten Trimester 1989 gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum um 8,3 % zurückgegangen. Damit ist es bereits vier Trimester lang rückläufig. Die Industrieproduktion sank in den letzten 12 Monaten um 4 %. Das Haushaltsdefizit beträgt 15 % des BIP (5).

Die Kapitalflucht der letzten Monate wird auf 3 Mrd \$ geschätzt. Der US-amerikanische Morgan Guarante Trust gibt das Guthaben von ArgentinierInnen im Ausland auf Privatkonten mit ca. 50 Mrd \$ an, eine Summe, die die Auslandsverschuldung von ca. 60 Mrd \$ fast erreicht (6).

Angesichts dieser Lage ist es nicht verwunderlich, daß wirtschaftliche Themen den Wahlkampf beherrschten und Menems „Produktive Revolution“ und seine „Kultur der Arbeit“ gerade diejenigen erreichten, die in der Vergangenheit immer ärmer wurden.

Plünderung eines Supermarktes in El Rosario



Carlos Menem, der gegenwärtig Gouverneur der kleinen Provinz La Rioja ist und sich in parteiinternen Vorwahlen gegen den Gouverneur der Provinz Buenos Aires, Antonio Cafiero, durchgesetzt hatte, muß zum rechten Flügel des Peronismus gezählt werden. Im Mittelpunkt seines Vorhabens des wirtschaftlichen Wachstums, des Anstiegs der Produktivität und der sozialen Gerechtigkeit steckt das sogenannte „Salario“, was im wesentlichen die Forderung nach einem „gerechten Lohn“ bedeutet. Diese ist in eine völlig unzusammenhängende Wirtschaftspolitik eingebettet.

Einfache Formeln finden sich in Menems Wahlkampfbuch „La Revolucion Productiva“: „Antisalariazio“ bedeutet Inflation, „Salariazio“ Produktion“ oder an anderer Stelle: „Patria financiera“ gegen „Patria productiva“. Die Unterstützung der kleinen und mittleren Gewerbetreibenden soll einhergehen mit der Privatisierung der Massenmedien, mit der Option auf weitere Privatisierungen und den Abbau des Staatsapparates. Die Schuldendienstzahlungen sollen „eventuell“ eingestellt werden, um das Land zu kapitalisieren. Nach der Wahl hat Menem jedoch angekündigt, auf keinen Fall mit dem Internationalen Währungsfonds brechen zu wollen.

Auch Angeloz repräsentiert den rechten Flügel seiner Partei. Seine Vorschläge laufen auf ultraliberale Wirtschaftsformeln hinaus, die rezessive und unter sozialen Gesichtspunkten verheerende Auswirkungen haben würden: Privatisierung von Staatsunternehmen, drastische Kürzungen der öffentlichen Ausgaben und Einfrieren der Löhne. Seine Auseinandersetzung mit Menem beschränkte sich im wesentlichen darauf, ihn mit dem Chaos gleichzusetzen und Angst vor Verhältnissen wie in den letzten Regierungsjahren der Peronisten (1974–76) zu schüren.

Die UCeDe Alsogarays, die die Unterstützung großer Teile der Rechten und der Bourgeoisie genießt, welche den Rückhalt der Militärdiktatur bildeten, vertreten eine noch radikalere Liberalisierung des Marktes. Dazu gehören der Abbau des öffentlichen Dienstes, die Privatisierung sämtlicher Staatsunternehmen, die Reduzierung der Exportsteuern und die Gewährung aller Arten von Garantien, um Auslandskapital anzuziehen. Ihre Hoffnung, mit über 10 % der Stimmen in die Phalanx der beiden großen Parteien einzubrechen, erfüllte sich jedoch nicht.

Die übrigen Parteien und Kandidaten (neun von insgesamt zwölf) spielten nur eine untergeordnete Rolle. Erstmals nach der Rückkehr zur Demokratie gelang es einem Linksbündnis – der IU – ins Parlament einzuziehen. Diese Koalition, die von linken Peronisten über die Kommunisten bis zu Trotzisten reicht, betonte im Wahlkampf vor allem die Notwendigkeit, mit der Einstellung der Zinszahlungen die Schuldknechtschaft zu beenden und die Vorherrschaft des Auslandskapitals zu brechen.

Eine neue Erscheinung im argentinischen

Parteiensystem ist die Grüne Humanistische Front, die vor allem in der Hauptstadt Wahlkampf führte.

Eine vorläufige Bilanz der Präsidentschaft Alfonsíns zeigt, daß die Machtfaktoren der argentinischen Gesellschaft nicht angetastet wurden. Die Privilegien der „Oligarchie“, deren führende Kreise gestärkt aus der Militärdiktatur hervorgingen, bleiben bestehen. Eine Reorganisation und Machtbescheidung des Militärs, dessen Ansehen 1983 bei der Regierungsübernahme Alfonsíns auf den Nullpunkt gesunken war, konnte nicht durchgesetzt werden. Im Gegenteil: Nach der Militärrevolte von Villa Martell (Dezember 1988) und dem Angriff einer bewaffneten linken Gruppe auf die Kaserne La Tablada (Januar 1989), die an der Revolte beteiligt gewesen war, konnte das Militär bedeutsame Privilegien und Begnadigungsgesetze für unter der Diktatur verübte Verbrechen durchsetzen.

Mit dem Angriff auf La Tablada, der vom Militär blutig niedergeschlagen wurde, wollte die bisher unbekannte Volkswiderstandsfront (FRP) einem angeblich geplanten Putsch zuvorkommen. Diese Aktion lieferte den Vorwand für die Schaffung des Nationalen Sicherheitsrats, in dem die obersten Militärs vertreten sind, und womit ihnen neue Befugnisse zur Bekämpfung der „inneren Subversion“ gegeben werden.

Der Zyklus „Krise – neue Regierung – teilweise Stabilisierung – schärfere Krise – neue Regierung ...“ hat sich unter Alfonsín nicht geändert, sondern sogar zuspitzt. Mit der Schaffung des Austral als Währung und der Durchsetzung des gleichnamigen Plans gelang es 1985 zeitweise, die Inflation auf 2 bis 4 % monatlich zu drücken. Da aber die Voraussetzungen für diese Politik fehlten, scheiterte der Plan kurze Zeit später. Die wirtschaftliche Lage verschlechterte sich von Jahr zu Jahr, so daß das Ansehen Alfonsíns in der Bevölkerung am Ende der Amtszeit gegen Null tendiert.

Einzig „Errungenschaft“ nach sechs Jahren Demokratie dürfte es sein, daß ein demokratisch gewählter Präsident nach Ende seiner Amtszeit nicht durch einen Putschisten abgelöst wird. Von den 44 Präsidenten vor Alfonsín konnten nur 15 ihr Mandat beenden. Menem mag zum gegenwärtigen Zeitpunkt für viele ArgentinierInnen unter den aussichtsreichen Kandidaten das kleinere Übel gewesen sein. Aber angesichts seiner wirtschaftspolitischen Konzeptionslosigkeit und der Widersprüchlichkeit der Person Menems dürfte Argentinien längst nicht am Ende seines Krisenzyklus angekommen sein.

Anmerkungen

- 1) Vgl. Uno Mas Uno (UMU), Mexiko-Stadt, 10.5.1989; Frankfurter Rundschau (FR), 30.5.1989 und Financial Times (FT), London, 30.5.1989
- 2) Vgl. UMU, 8.5.1989 und FT, 30.5.1989
- 3) Vgl. La Jornada (LJ), Mexiko-Stadt, 3.5.1989 und UMU, 28.4.1989
- 4) Vgl. FT, 30.5.1989; FR, 30.5.1989 und El Pais, Madrid, 29.5.1989
- 5) Vgl. FR, 30.5.1989 und UMU 19.5.1989
- 6) Vgl. LJ, 13.5.1989

LIBANON

PHYLLIS BENNIS

Eine Regierungskrise führte zu neuer Gewalteskalation

Bürgerkrieg ohne Ende?

Auch der Gipfel der Arabischen Liga Ende Mai d.J. in Casablanca brachte keine Einigung darüber, wie der Bürgerkrieg im Libanon beendet werden könnte. Syriens 40 000 Mann starke Friedenstruppe bleibt vorerst im Lande. Und eine Kommission unter Leitung Hassan II. erhielt den Auftrag, sich auf Lösungssuche zu begeben. Eine erneute Zuspitzung der Kämpfe in und um Beirut steht zu erwarten.

Die Gewalt im seit 14 Jahren andauernden Bürgerkrieg im Libanon ist periodisch aufgeflackert und abgeflaut. Aber der jüngste Kampf, der am 14. März 1989 begann, unterscheidet sich von dem vorausgegangenen hinsichtlich des Ausmaßes und des die ganze Gesellschaft umfassenden Charakters seiner Zerstörung.

Die Kämpfe reflektieren die stark konfessionelle Natur des zersplitterten Staatskörpers im Libanon, mit rivalisierenden Regierungen in einem geteilten Beirut, die für sich beanspruchen, das Land zu regieren. Die seitens der USA unterstützte ultrarechte Maroniten-Armee und Milizen des General Michel Aoun messen sich mit einer Allianz einiger moslemischer Kräfte, der progressiven Nationalen Widerstandsfront, der drusischen Sozialistischen Fortschrittspartei und der syrischen Armee.

Die Schwierigkeit, einen Waffenstillstand zu erreichen, ist auch ein Reflex auf die Beteiligung ausländischer Mächte. Dazu gehören die USA und Israel, die ein Interesse daran haben, den Libanon destabilisiert zu halten. Aber der Libanon ist auch ein Schlachtfeld für innerarabische Rivalitäten, besonders zwischen Syrien und dem Irak.

Die jüngste Runde der Kämpfe begann, als General Aoun in seiner Funktion als Präsident die von der Amal-Miliz, der moslemischen Hauptströmung, und der vorwiegend von der drusischen Sozialistischen Fortschrittspartei kontrollierten Häfen entlang dem Küstenstreifen von Westbeirut blockierte. Aoun war vom scheidenden Präsidenten Amin Gemayel zum Präsidenten ernannt worden, als dessen Amtszeit ohne neue Wahlen im September 1988 zu Ende gegangen war. Die Ernennung war von weiten Kreisen der libanesischen nichtmaronitischen Bevölkerung abgelehnt worden und hatte zur Schaffung eines rivalisierenden Kabinetts, mit Dr. Selim al-Hoss als Premierminister an der Spitze, geführt.

Als Antwort auf Aouns Blockade begannen Hoss' Truppen den maronitisch kontrollierten Hafen in Ostbeirut zu beschießen. Und sie unterbrachen – mit syrischer Unter-



Christlicher Ministerpräsident und General, Michel Aoun: Kampfansage gegen Syrien

stützung – die Straße zur östlichen Hälfte der Stadt. Dies wiederum bahnte den Weg für den massiven Beschuß ziviler Gebiete in beiden Teilen der Stadt und brachte neue Verwüstung in die schon vom Krieg zerstörte und vom Beschuß gezeichnete Hauptstadt.

Bemühungen, die Kämpfe zu beenden und die politische Krise zu bewältigen, konzentrieren sich auf eine Reihe von Treffen, die von der Arabischen Liga einberufen wurden. Sie begannen vier Tage nachdem Aoun die Häfen Westbeiruts blockiert hatte. In jenen Diskussionen verlangten die Regierung Hoss, die moslemischen und drusischen Milizen, die progressiven Kräfte und deren syrische Unterstützer einen sofortigen Waffenstillstand und Verhandlungen über neue nationale Wahlen. Sie stellten keine Vorbedingungen, außer daß die Tür für zukünftige demokratische Veränderungen im Verfassungssystem Libanons offen gehalten werden müsse. Aoun lehnte ab.

Die derzeitigen Konfessionskämpfe wurzeln in der libanesischen Verfassung. Sie ist ein Vermächtnis der französischen Kolonialherrschaft, die das konfessionelle System 1943 institutionalisierte und das Land entlang konfessioneller Grenzen teilte: Im Parlament mußte ein Verhältnis von sechs Christen zu fünf Moslems eingehalten werden. Jedes bedeutende Amt wurde einer bestimmten religiösen Gruppe zugeteilt. Maronitische Christen sollten die Präsidentschaft kontrollieren, sunnitische Moslems das Amt des Premierministers, schiitische Moslems den Sprecher des Parlaments usw. Dieses erzwungene Sektierertum besteht letztlich noch heute.

Das Sektierertum zu beenden und ein säkulares, demokratisches, eine Person/eine Stimme-System einzurichten, ist seit langem das Ziel der progressiven Kräfte im Libanon. Aber diese linken Kräfte sind mit einer Anzahl wirklich instabiler Alliierten verbunden, was vor allem auf die große und

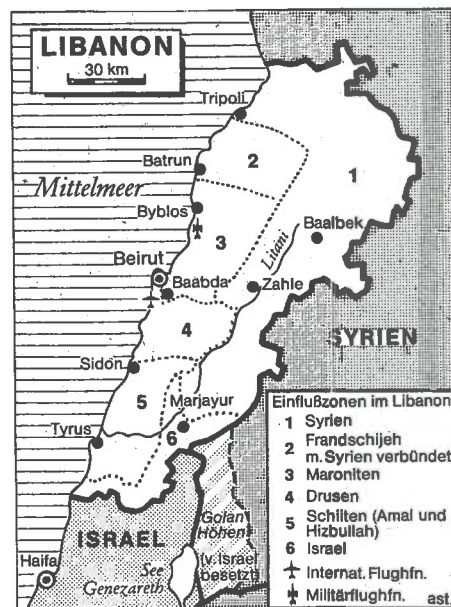
mächtige (schiiitische; d. Red.) Amal-Miliz unter Nabih Berri zutrifft. Die Amal fordert nicht ein Ende des nach religiösen Kategorien geteilten Libanon, sondern nur ein größeres Stück der konfessionellen Torte. Sie spielte nur eine Nebenrolle im Widerstand gegen Aouns jüngste Offensive.

Die christlichen Hintermänner von General Aoun sind selbst gespalten, wobei die Zahl derer wächst, die seinen scharfen Ruf nach einem „Befreiungskrieg“ gegen Syrien herausfordern, um ein Ende der bitteren Kämpfe auf dem Verhandlungswege zu verhindern. Die Maroniten waren in den letzten Monaten ohnehin gespalten aufgrund der Tatsache, daß der Blockade der Westbeiruter Häfen durch Aoun eine frühere Übernahme der Ostbeiruter Häfen durch die Rivalen seiner maronitischen Armee, die Miliz der „Forces Libanaises“, vorausgegangen war.

Die prekäre Einheit der Christen beruht vor allem darauf, daß sie ihre gegenwärtige Teilnahme an der konfessionellen Teilung der Macht absichern wollen und den arabischen Charakter Libanons verleugnen. Sie ziehen es vor, die Nation nach ihrem alten „phönizischen Erbe“ zu definieren. Die Wahlen im September 1988 scheiterten zum Teil daran, daß Aoun sich weigerte, den arabischen Charakter des Libanon anzuerkennen, was Syrien, gemeinsam mit der Opposition gegen Aoun im Libanon, verlangte.

Syriens Vormachtstellung im Libanon reicht weit zurück. Damaskus intervenierte zum ersten Mal 1976 in den Bürgerkrieg seines Nachbarn, als die links-nationalistische Libanesisch-Nationalbewegung 70 %

des Landes kontrollierte. Syrien griff damals auf Seiten der reaktionären maronitischen Kräfte ein, um einen Sieg der Linken zu verhindern. Seitdem blieb Syrien ein bedeutender Machtfaktor im Libanon. Syriens Rolle verstärkte sich Anfang 1987, als es Zehntausende von Truppen aufmarschieren ließ, um die Kämpfe zwischen Amal und



den iranisch orientierten Hezbollah-Milizen in Beirut zu beenden.

Die Rolle Syriens war unausgeglichen und instabil, gekennzeichnet von den von Präsident Hafez al-Assad empfundenen nationalen Interessen. In der Vergangenheit hat dies zu einer Allianz Syriens mit den re-

aktionärsten Kräften des Libanon und seiner aktiven Kollaboration bei einer Anzahl von Angriffen auf progressive libanesisch und palästinensische Kräfte im Land geführt. Heute stellt Syrien eigentlich das alleinige Hindernis für Israels Absicht dar, seine eigene Okkupation eines 10 km breiten Streifens im Südlibanon weiter nördlich Richtung Tyrus auszudehnen. Syrische Truppen rund um Beirut und in der östlichen Bekaa-Ebene dienen auch als ein wichtiges militärisches Hindernis für die zunehmende Kontrolle des von den USA gestützten Generals Aoun.

Aber während Syrien jetzt objektiv die nationalistischen und progressiven Kräfte im Libanon unterstützt, äußerte eine gut unterrichtete libanesisch-Quelle gegenüber „Frontline“, daß Damaskus „seit 1976 immer noch nichts gelernt hat. Das größte Problem ist, daß sie (die Syrer) immer noch nach einer konfessionellen Lösung suchen und sich nicht mit den progressiven Kräften abstimmen (...).“

Außerdem beginnt Syriens alter Rivale Irak erneut eine sichtbare Rolle im Libanon zu spielen. Auftretend als wichtigster arabischer Unterstützer von General Aouns Regierung, scheinen Geld und Waffen aus dem Irak eine bedeutende Rolle bei der Aufrechterhaltung des Ostbeiruter Kabinetts zu spielen. Und Bagdad ist aufgrund eigener Interessen, die in der innerarabischen Konkurrenz begründet sind, ein gewichtiger Faktor in der unruhigen politischen Landschaft des Libanon geworden. (...)

Die USA scheinen mindestens eine Lektion aus ihren früheren Invasionen im Libanon (1958 und 1982; d. Red.) gelernt zu

haben, nämlich daß die Kosten einer direkten militärischen Verwicklung wahrscheinlich weit schwerer wiegen als irgendwelcher Nutzen. Aber diese Zurückhaltung bei der Entsendung von Truppen hat die USA nicht von anderen Anstrengungen, den Einfluß aufrechtzuerhalten, abgeschreckt.

Aoun, in den USA ausgebildet, baut bei seinem antisyrischen Kreuzzug auf die Unterstützung Washingtons. Während die Bush-Administration darauf bedacht ist, Damaskus nicht direkt herauszufordern, hat sie Syriens Angriffe als „über eine angemessene Antwort oder Selbstverteidigung hinausgehend, als wahllosen Beschuß“ verurteilt. Ein vorsichtiger Beamter des State Department ließ verlauten, daß „wir Aouns Bemühungen, die Gesetzlichkeit (seiner Regierung im ganzen Land) auszudehnen, unterstützen, aber nicht mit militärischen Mitteln. Das muß politisch geschehen, mittels einer einheitlichen libanesischen Position. Solange die Syrer den Libanon teilen können, können sie ihn regieren.“ (New York Times, 18.4.1989).

Aus der Sicht unserer libanesischen Quelle „haben die USA Aoun grünes Licht für die Blockade der Häfen gegeben. Aber die USA haben ihre Lektion gelernt und taten dies insgeheim. Aoun wird gesagt: ‚Wenn du versagst, versagst du selbst.‘ Washington liefert Geld, militärische Ausbildung und Ausrüstung.“

Das Ziel der USA, gemäß dieser Sichtweise, „ist, sich mit dem Libanon im Zusammenhang einer regionalen Lösung zu befassen. Und die USA sind noch nicht auf eine umfassende, langfristige Lösung in der Region vorbereitet. Sie wollen sich ihr langsam nähern, hinsichtlich sowohl der PalästinenserInnen als auch des Libanons. Sie wissen, daß das konfessionelle System nicht funktioniert und sich ändern muß. Aber welche Lösung ist möglich? Es gibt jetzt weniger Möglichkeiten für die USA und Israel, aber es ist immer noch schwierig im Libanon, weil die Araber gespalten sind.“

Was Israel betrifft, so bleibt es eine Besatzungsmacht im Südlibanon. Nicht überraschend ist daher, daß die links-nationalistische Allianz im Süden am stärksten ist. Denn dort trotz der verarmten Bevölkerung am direktesten den anhaltenden Angriffen, Vertreibungen und Versuchen der Kolonisierung durch israelische Truppen und durch Tel Avivs Stellvertreter, die Südlibanon-Armee. Allein im Jahr 1989 wurden 92 libanesisch-Zivilisten im Süden von Israel vertrieben, gezwungen, ihre Heimat zu verlassen und Zuflucht im Norden zu suchen. Und „in einer alarmierenden Entwicklung der letzten drei Jahre, hat die israelische Armee (IDF) begonnen, äthiopische Falascha-Juden in mehr als 14 Städten und Landwirtschaftsgemeinden, die mehr als 100 qkm (des südlibanonischen Territoriums) umfassen, anzusiedeln. Die neuen Siedler haben begonnen, das Land zu bebauen, das vorher libanesischen Bauern gehörte in dem Bemühen, eine permanente israelische Anwesenheit im Süden zu etablie-

ren.“

Die Libanesisch-Kommunistische Partei, der Schlüsselfaktor der Nationalen Widerstandsfront (LRF), versucht nun, alle fortschrittlichen Kräfte des Landes um ein breites gemeinsames Programm der Front zu gruppieren. Das Ziel, auf demokratische Reformen des libanesischen politischen Systems zu bauen, wird, laut einem libanesischen Linken, die „Einheit zwischen den demokratischen, nationalistischen Kräften und den fortschrittlichen Kräften erfordern“.

Die gegenwärtige relative Schwäche der linksnationalistischen Allianz Libanons wurzelt im Unvermögen der Amal, vor allem seit 1987, als sie den Verpflichtungen gegenüber ihren Bündnispartnern, gemeinsam mit der LRF zu handeln, nicht nachkam. Stattdessen hat die Linke zunehmend auf syrische Truppen vertraut.

Die libanesisch-Quelle von „Frontline“ deutete an, daß die Amal ihre eigene beträchtliche Größe und ihren Einfluß als ausreichende Basis anzusehen scheint, jedwede Verantwortlichkeit gegenüber den progressiven Kräften abzulehnen. Seit die Amal die Rechtmäßigkeit der anhaltenden konfessionellen Teilung des Landes akzeptiert, hat sie nur wenig zu gewinnen mit ihrer Unterstützung des Rufes der Linken nach einem demokratischen, nichtkonfessionellen Libanon.

Für die Linke muß die Lösung der gegenwärtigen Krise mit einem Ende der israelischen Okkupation des Südens beginnen. Diese Forderung wurde international in der Resolution 508 der UN-Vollversammlung bekräftigt. Als nächstes müssen syrische Truppen abgezogen werden. Ohne israelische Truppen auf libanesischem Boden gibt es keine Legitimität mehr für die syrische Militärpräsenz. Schließlich, möglicherweise der schwierigste und bedeutendste Schritt, müssen die libanesischen reaktionären Kräfte, geschart und den maronitischen Sektor, gezwungen werden, wenigstens erste Reformen im politischen System von Beirut zu akzeptieren.

Die langfristigen Ziele laufen auf einen unabhängigen, demokratischen und säkularen Libanon hinaus. Davon, daß sie alle ausländischen Truppen auffordert, den Libanon zu verlassen, verspricht sich die Linke erhöhten internationalen Druck. Vielleicht wird sogar eine Rolle für die Truppen der Vereinten Nationen erforderlich sein, die Erfüllung dieser Ziele näherzurücken zu lassen.

Aber während die langfristigen Ziele der libanesischen Linken das einzige Potential für ein definitives Ende der Jahre des Aufflackerns und Abflauens der Gewaltspirale bilden, sind die fortschrittlichen Kräfte nicht stark genug, diese Ziele umzusetzen. Und solange die USA nicht bereit sind, ihren verbündeten General Aoun unter Druck zu setzen, um die gegenwärtigen Kämpfe zu beenden, scheinen die Aussichten für eine baldige Behebung der Qual Libanons düster.

(QUELLE: Frontline, Oakland, 8.5.1989)

VORWÄRTS

Sozialistische Wochenzeitung

Geniere dich nicht,
dir deine Fehler
abzugewöhnen

Afghanische Revolution
und
sowjetische Intervention

16 Berichte von Manfred Wibich,
Johanna Roth und Urs Winter

Vorwärts, 1980-1989

Brüderliche Hilfe oder
fremde Einmischung?

Die Autoren haben nicht einfach Behauptungen der einen oder anderen Seite übernommen, sondern versucht, aus Geschichte und gesellschaftlicher Struktur des Landes einige Gegebenheiten zu erklären und damit zur Meinungsbildung beizutragen.
120 Seiten, broschiert, SFR 10,-

VORWÄRTS, Postfach 8701, CH-3001 Bern

Durch Angriffe auf Treibstofflager (hier ein Gastank) wurde die Energieversorgung empfindlich gestört



PETER NIGGL

Von Hassel und die IGFM mischen wieder mit

Bundesdeutsche Drahtzieher agieren gegen die SWAPO

Vor dem Einstieg in den namibischen Unabhängigkeitsprozeß gehörten Bonn und andere bundesdeutsche Apartheidfreunde zu den Stützen des Besatzerregimes und seiner Marionettenregierung in Windhuk. Nun versuchen sie auf zusätzlichen, möglichst undurchsichtigen Wegen Einfluß zu nehmen, um den Machtantritt der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO) zu vereiteln. Der West-Berliner Journalist Peter Niggel ist ihren Spuren nachgegangen.

Namibias Weg in die Unabhängigkeit hat begonnen. Aber nicht nur in Pretoria sitzen Kräfte, die das Land in eine neue Abhängigkeit führen wollen.

Vor 105 Jahren, im April 1884, hatte Reichskanzler Bismarck das südwestafrikanische Land zur deutschen Kolonie erklärt. Noch heute sind die Deutschen eine bedeutende Bevölkerungsgruppe im ehemaligen Südwest. Sie gelten als militante Gegner einer Aufhebung der Rassentrennung. Die moderne Sklavenhaltergesellschaft findet in ihren Kreisen die entschiedensten Verfechter.

Auf dem Rücken der Schwarzen haben sie ihren Wohlstand errichtet. Eine Machtübernahme durch die Südwestafrikanische Volksorganisation (SWAPO) ist ihnen folgerichtig ein Alptraum. Hilfe dagegen kommt aus der immer noch geschätzten „Heimat“.

Da wurde am 6. März 1988 (rechtzeitig in der Vorbereitungsphase der Unabhängigkeit Namibias) in München ein Verein gegründet. Die Gründung mißglückt etwas, deshalb wird am 2. Juni 1988 in Valley, südlich von München, die Gründungsversammlung wieder aufgenommen. Sechs Herren und zwei Damen setzen sich um 10 Uhr vormittags zusammen, um den Verein „Hilfe für SWA/Namibia“ nun endgültig aus der Taufe zu heben. Aktivist des Vereins ist Ekhard Nold aus Valley zusammen mit seiner Frau Christel.

Weitere Anwesende der Gründungsversammlung – die alle aus der unmittelbaren Umgebung von Valley stammen – waren „Fräulein“ Claudia Molitor aus Weyarn, Gunther von Gersdorff aus Otterfing, Alfred Paul aus Holzkirchen, Wolfgang Hübl aus München; der aus Bonn angereiste Rechtsanwalt Ulrich Blume wird auf der Vollversammlung hinter Nold zum 2. Vorsitzenden gemacht. Außerdem ist aus München Stefan Luft nach Valley gekommen. Luft ist Vorstandsmitglied der in Frankfurt

am Main ansässigen Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM). Auch Nold ist IGFM-Mitglied. Am 7. September 1988 wurde dann der illustre Zirkel unter der Nummer 12 497 ins Münchner Vereinsregister eingetragen.

Im §2 seiner Satzung beschließt der Verein, in „Verfolgung seiner Zielsetzung sollen unter anderem Projekte entwickelt und/oder gefördert werden, die der Erziehung und dem Aufbau der Wirtschaft und

Infrastruktur dienen. Staatliche Projekte werden nicht gefördert.“ Damit wird gleich klargestellt, daß die Projekte der SWAPO keine müde Mark zu erwarten haben. Die weißen Unternehmer stehen viel besser da.

Auch das Testament des Vereins steht fest: „Bei Auflösung des Vereins ist das ... verbleibende Vereinsvermögen in seinem vollen Umfang der Deutschen Sektion der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) zuzuwenden.“ Ansonsten



Drahtzieher von Hassel (l.); Erinnerung an deutsche Kolonialherrschaft: „Der Reiter von Südwest“ in Windhuk



versucht sich die Amme IGFM dezent im Hintergrund zu halten.

Am 16. Mai war in Windhuk der entsprechende Partner-Verein zu „Hilfe für SWA/Namibia“ gegründet worden. Von einer „gut besuchten Mitgliederversammlung“ – so das Mitteilungsblättchen des Vereins – sei ein Herr von Garnier zum ersten Vorsitzenden gewählt worden, die Herren Springer und von Wyk zu dessen Stellvertretern. In der deutschsprachigen „Allgemeinen Zeitung“ in Windhuk las sich das ganze so: „Gestern fand eine Gründungsversammlung der Zweigstelle der Hilfsorganisation ‚Hilfe für SWA/Namibia‘ in Windhuk statt, die leider nicht sehr gut besucht war. Ekhard Nold erklärte, daß die Organisation am 6. März in München gegründet und einen Monat später als Verein eingetragen wurde. Er selbst käme seit vielen Jahren nach Südwest und habe unter anderem als Mitglied der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte drei Monate im Lande verbracht.“ Was „gut besucht“ heißt, kann man in dem Blättchen ebenfalls nachlesen. Der Verein hat in Namibia 19 Mitglieder.

Um das Zentralorgan an die richtigen Ansprechpartner zu bringen, wird die Adresskartei des „Namibia Information Office“ in Bonn verwendet. Nold ist bei den Vertretern des rassistischen Windhuk ebenso bekannt wie in der IGFM-Zentrale. Das Bonner Namibia Information Office war in den vergangenen Jahren die mehr oder minder offizielle Vertretung der von Südafrika eingesetzten Windhuker Marionetten-Regierung.

Die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte ihrerseits ist seit langem gegen die SWAPO aktiv. In einer aggressiven Anzeigenkampagne wurde während des Besuchs von SWAPO-Chef Sam Nujoma dessen Organisation der Menschenrechtsverletzung beschuldigt. Die IGFM, die engste Beziehungen zur Antikommunistischen Weltliga besitzt, revidierte ihre Anschuldigungen auch nicht, als Kirchenvertreter der Behauptung widersprachen. Ebenso ungeeignet hatte sich die IGFM gegen Sanktionen gewandt, mit denen das südafrikanische Rassistenregime in die Knie gezwungen werden soll.

Der in Valley versteckte Verein „Hilfe für SWA/Namibia e.V.“ soll für die IGFM der Fuß in der Tür sein, wenn in Windhuk die Kolonialherren nun vielleicht doch an die frische Luft befördert werden.

„Zur Zeit gibt es einen Boom von „Afrika-Komitees“. Und die Fäden laufen in wenigen Händen zusammen. Da gibt es in Amorbach im Odenwald die „Deutsch-Namibische Entwicklungsgesellschaft e.V.“. Zur IGFM-Tarnorganisation gebe es „auch ab und an Berührungspunkte“, bestätigt der Präsident der Gesellschaft, Dr. Hubertus Hausberg. Vorsitzender des Beirates der Entwicklungsgesellschaft: Kai Uwe von Hassel. Am Rheinweg in Bonn hat die „Deutsche Afrika-Stiftung“ ihren Sitz. Stellvertretender Vorsitzender: Kai Uwe von Hassel. Ebenfalls in Bonn wurde Ende April

dieses Jahres das Komitee „Freiheit für Namibia“ gegründet. Vorsitzender: Kai Uwe von Hassel.

Von Hassel, zu dessen sprachlichen Fertigkeiten neben Französisch und Englisch auch Suaheli zählt, hatte bereits eine ganze Reihe von bedeutenden politischen Ämtern in der Bundesrepublik inne. Dazu zählen das Amt des Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein, der Posten des Bundestagspräsidenten und von 1962-69 war er als Verteidigungsminister Chef der Bonner Hardthöhe.

Von Hassel, am 21. April 1913 in Gare (Tanganjika/heute Tansania) als Sohn des Hauptmanns der „Schutztruppe“ und Großwildjägers Theodor von Hassel geboren, sog die Kolonialistenmentalität also schon mit der Muttermilch ein. Bis 1940 blieb Kai Uwe von Hassel in Tanganjika, dann brauchte ihn die Hitler-Wehrmacht.

Jetzt mischt von Hassel wieder mit in Afrika. In dem Aufruf des Komitees „Freiheit für Namibia“ heißt es unter anderem: Das Komitee „ruft die deutsche Bevölkerung, die Kirchen, Stiftungen und andere Organisationen sowie die eigenen Mitarbeiter auf, durch finanzielle Beiträge jene freiheitlichen politischen Kräfte in Namibia zu stärken, die die Menschenrechte achten, der Gewalt eine klare Absage erteilt haben und sich für ein pluralistisches, demokratisches und unabhängiges Namibia einsetzen.“

Der Unterton gegen die Freiheitskämpfer der SWAPO ist nicht zu überhören. Nicht

zuletzt deshalb hat das in Bonn erschienene Blatt „Berichte aus Namibia“, eine Propagandaschrift der Marionettenregierung in Windhuk, in seiner 49. und letzten Ausgabe den Aufruf in einer großen Anzeige abgedruckt.

Obwohl in Windhuk eine Regierung von Pretorias Gnaden sitzt, will von Hassel die Apartheid dort längst überwunden sehen. Auf einer Forumsveranstaltung der Deutsch-Namibischen Entwicklungsgesellschaft am 16. Oktober 1985 meinte der CDU-Politiker: „Man greift Namibia an, wegen der Apartheid in Südafrika, obwohl man weiß, daß Namibia mit der südafrikanischen Apartheid nichts gemein, nichts zu tun hat. Ich wiederhole: In Südwestafrika/Namibia ist die Apartheid seit langem überwunden. ... An der Regierung der Nationalen Einheit sind, wie die offiziellen Vertreter des Westens wissen, alle relevanten Kräfte beteiligt, ausgenommen die SWAPO.“

Daß die SWAPO als einzige Kraft eine Basis im Volk hat und international als Vertretung des namibischen Volkes angesehen wird, unterschlägt der Adlige aus Schleswig-Holstein. Ebenso unterschlägt er, daß Namibia ständig als Hinterland für Überfälle der Rassisten auf Nachbarländer benutzt wurde. Aber militärisch bekamen die Machthaber ja gerade aus von Hassels Bundesland Schleswig Holstein dicke militärische Unterstützung in Form von U-Boot-Plänen aus dem Haus der Howaldtswerke Deutsche Werft AG (HDW).

FREIHEIT FÜR NAMIBIA!

UNTERSTÜTZEN SIE DEN WAHLKAMPFFONDS FÜR DIE SWAPO!

Im November 1989 sollen erstmals freie und demokratische Wahlen in Namibia durchgeführt werden. Die Unabhängigkeit ist zum Greifen nahe.

Aber der demokratische Wahlprozeß ist gefährdet. Südafrika will einen Wahlsieg der Befreiungsbewegung SWAPO mit allen Mitteln verhindern:

- Südafrikanisches Militär bleibt weiter im Land.
- Südafrikanische Polizei kontrolliert weiter das Land.
- Die paramilitärische Spezialeinheit „Koevoet“, die die Bevölkerung jahrelang mit nächtlichen Überfällen, Diebstahl, Vergewaltigungen, Folter und Mord terrorisiert hat, wird Bestandteil der Polizei.
- Südafrika beeinflusst die Wahlvorbereitungen mit Hilfe von Falschinformationen und manipulativen Eingriffen zu seinen Gunsten.

Auch Südafrikas Verbündete, darunter auch die Bundesrepublik Deutschland, greifen in den Wahlkampf ein, um ihre Interessen durchzusetzen. Sie sähen am liebsten die von ihnen geförderten pro-südafrikanischen Parteien als Wahlsieger. Bundestagsabgeordnete, Vertreter von Parteistiftungen und Vertreter von Industrie und Handel betätigen sich in diesem Sinne.

Die SWAPO hat für die Befreiung Namibias bis zu dem Punkt gekämpft, an dem Südafrika an den Verhandlungstisch gezwungen wurde und dem Weg zur Unabhängigkeit zustimmen mußte. Die SWAPO steht für ein demokratisches Namibia ohne Rassendiskriminierung.

Gegen die massive Einmischung Südafrikas und seiner Verbündeten setzen wir unsere Solidarität mit der SWAPO. Für den Wahlkampf braucht die SWAPO Fahrzeuge, Druckmaschinen, Informationsmaterial und anderes.

Wir rufen auf zu Spenden auf das Sonderkonto:

I. Wick, Bank für Gemeinwirtschaft Bonn, Konto-Nr.: 1 206 021 800, BLZ: 38 010 111, Stichwort: „Wahlkampfonds SWAPO“

UnterzeichnerInnen: Anti-Apartheid-Bewegung, Arbeiterwohlfahrt-Bundesjugendwerk, Antimperialistisches Solidaritätskomitee, Jungsozialisten in der SPD, Christliche Initiative „Freiheit für Südafrika und Namibia“, Mainzer Arbeitskreis Südliches Afrika, Deutsche Jungdemokraten, Service Civil International, Arbeitskreis „Kein Geld für Apartheid“, Entwicklungshilfe von Volk zu Volk, Informationsstelle Südliches Afrika, Namibia Projekt an der Universität Bremen, Initiative 435, A. Albrecht, Stellvertretender Vorsitzender der GEW, Demokratische Fraueninitiative, Deutsche Kommunistische Partei, Fraktion Die Grünen im Bundestag, Die Grünen – Bundesvorstand

AUTORINNENKOLLEKTIV CoCo PIRANHAS

Die Traditionslinie der IGFM

„Menschenrechtsarbeit“ gegen Befreiungskämpfer

In den letzten Jahren machte die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) wiederholt von sich reden. Bevorzugte Adressaten ihrer Attacken waren die Befreiungskräfte Südafrikas, Namibias und Nicaraguas. Unter geharnischten Protesten der „Kirche von unten“ wurde die IGFM auf dem evangelischen Kirchentag im Juni d.J. geduldet. Was sich hinter der noblen Gesellschaft verbirgt, untersucht das West-Berliner AutorenInnenkollektiv CoCo Piranhas.

„Die Gesellschaft für Menschenrechte lehnt jede Haftung für die Folgen ihrer Tätigkeit ab.“ (aus einem Formular der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte/IGFM)

„Frei von politischer Einseitigkeit, in Ost und West, in Nord und Süd gleichermaßen tätig, kümmert sie sich immer wieder um bedrohte Gruppen oder mißhandelte Einzelpersonen, die ihr Schicksal jenseits und vergessen von publizistischen Sympathiekundgebungen erleiden: die in Angola und Sambia inhaftierten namibischen Flüchtlinge etwa oder die aus Nicaragua geflüchteten Sumuindianer.“ (so Ex-BMZ-Minister Hans Klein/CSU in seinem Grußwort zur Jahreshauptversammlung der IGFM 1988)

Von der Leitung des evangelischen Kirchentages, der vom 7.-11. Juni 1989 in West-Berlin stattfand, wurde die IGFM-Veranstaltung „Menschenrechte sind unteilbar“ eingeladen. So erhielt die IGFM einmal mehr Raum, um ihre extrem rechtslastige Politik medienwirksam in Szene zu setzen. Denn entgegen der naivruhigen Beschreibung Kleins leistet die Gesellschaft eine nicht zu unterschätzende Öffentlichkeitsarbeit für das rechtsradikale Spektrum.

Bereits beim letzten Kirchentag 1987 in Frankfurt gab der Stand der IGFM innerhalb des Marktes der Möglichkeiten Anlaß zu Auseinandersetzungen. In einer gemeinsamen Erklärung von über 20 Gruppen wurde der Kirchentagsleitung die Blockadeaktion gegen die IGFM-Stände begründet. Dem Aufzeigen von Fakten über die Entstehung und Arbeitsweise der IGFM folgte die Forderung, daß eine Tarnorganisation der historisch kontinuierlich sowie geographisch weltweit operierenden ultrarechten Internationale („schwarze Internationale“) gerade auf dem Kirchentag, der die Tradition pluralistischer Demokratie innerhalb der EKD beispielhaft repräsentiert, nichts verloren habe.

Zwar wurde beim diesjährigen Kirchentag die IGFM vom Markt der Möglichkeiten ausgeschlossen, doch erhielt sie als Trostpflasterchen die erste Sachverständigen-

stimme bei der erwähnten zentralen Podiumsveranstaltung. Was dabei an Hetze vor allem auch gegen die ebenfalls beim Kirchentag anwesenden VertreterInnen von Befreiungsbewegungen aus Ländern des Trikont zu erwarten stand, zeigte die bereits im Vorfeld von der IGFM angelegte Kampagne gegen „Terroristen des ANC, der SWAPO und der nicaraguanischen Regierung“.

Der Vorläufer der IGFM, die Gesellschaft für Menschenrechte (GfM), wurde 1972 von Mitgliedern und Freunden des Bundes russischer Solidaristen (NTS) gegründet. Um den Kommunismus zu stürzen, beteiligte sich der NTS innerhalb der Nazi-Wehrmacht u.a. 1943-45 am Überfall auf die Sowjetunion. Nach Kriegsende gehörten sie, eingebunden in die Strukturen der Nachrichtendienst der westlichen Alliierten, zu den Hauptaktivisten der Politik des Kalten Krieges.

Anfang der 70er Jahre wurde eine Strategieänderung nötig. Der bis dahin in platter Form veräußerte Antikommunismus war nicht mehr möglich. Die GfM wurde gegründet und somit das Thema Menschen-

GEMÄß DER DIKTION
WASHINGTONS WERDEN VON
DER IGFM DIE
BEFREIUNGSORGANISATIONEN
SWAPO, ANC, FMLN UND
FSLN ALS „TERRORISTISCH“
DIFFAMIERT

rechte für die Fortsetzung der antikommunistischen Kampagnen funktionalisiert.

Iwan Agrusow und Leonid Müller, beide NTS Mitglieder, nehmen noch heute Schlüsselpositionen als Geschäftsführer und Schatzmeister innerhalb der IGFM ein. Seit

1977 gibt die GfM/IGFM kontinuierlich die von C. Gerstenmaier (von 1973-78 Vorsitzende der GfM) und I. Agrusow redigierte Zeitschrift „Menschenrechte – Schicksale – Dokumente“ heraus. 1981 fand die Umbenennung in Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) statt.

1988 hatte die IGFM nach eigenen Angaben 3385 Mitglieder, 6000 sporadische Helfer, 70 000 Förderer und Spender. Sie vertreibt sieben periodische Publikationen; Flugblätter und Plakate erreichen fast die 3-Mio-Grenze. In den insgesamt 12 internationalen Sektionen seien 3 596 000 DM ausgegeben worden.

Auf den Jahreshauptversammlungen treffen stets Grußbotschaften rechter Politiker ein: Das reicht vom US-Staatssekretär für Menschenrechtsfragen Elliot Abrams, vorher Staatssekretär für Menschenrechtsfragen (der heute noch bedauert, nicht in Nica-

ragua einmarschiert zu sein), bis zu Kohl, Spranger, Genscher, Stücklen, Wilms, Wafenschmidt. Auch der developmentpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Uwe Holtz, bedauerte, nicht zur Jahreshauptversammlung 1988 erscheinen zu können.

Öffentliche Zuschüsse zahlen die Stadt Frankfurt, das hessische Kultusministerium, das BMZ und die „Stiftung zur Unterstützung der Menschenrechte“ in der EG. Die IGFM trachtet seit langem nach der Anerkennung als offizielles UNO-Organ und verwendet, um sich einen Anstrich von Seriosität zu verleihen, mißbräuchlicherweise das UNO-Emblem in allen ihren Publikationen.

Auf dem gleichzeitig als IGFM-Jahreshauptversammlung dienenden Festakt zum 10-jährigen Bestehen in der Frankfurter Oper/im Jahr 1982 vertrat das Kuratoriumsmitglied Martin Kriele (s.u.) die Auffassung, daß – in Abgrenzung zum Erstarken der Friedensbewegung – „ein unpolitischer Pazifismus ohne den Mut zum Kampf für

Grausamkeiten“ sowie durch „das Vorhandensein eines riesigen Propagandaapparates, der die Verletzung der Menschenrechte als Wohltat darzustellen imstande ist ... Aus dieser Überzeugung heraus exportiert man, mal mit propagandistischen Mitteln, wo dies nicht geht mit Gewalt, sein System in andere Länder ...“

Die Befreiungsbewegungen des Trikonts sind dementsprechend wahlweise Satelliten des internationalen Kommunismus oder Terrororganisationen. Als solche werden FSLN, FMLN, SWAPO und der ANC diffamiert.

3. „Die dritte Staatengruppe könnte man als Despotien bezeichnen“, die die Menschenrechte nur „da, wo es ihnen notwendig erscheint, verletzen“, doch „bedarf es keiner Systematik“ ... „Zu ihnen zählten z.B. Philippinen unter Marcos, Nicaragua unter Somoza. Zum Bedauern der IGFM wandeln sich Despotien überwiegend in „totalitäre Staaten sozialistischen Systems“.

So konzentriert sich die IGFM fast ausschließlich darauf, sozialistische Staaten oder linksgerichtete Nationalstaaten des Trikonts über die Frage der Menschenrechte politisch anzuklagen.

Seit Beginn der 80er Jahre beschäftigen sich die Publikationen der IGFM zunehmend mit den Befreiungsbewegungen des Trikonts. Dies fiel mit dem Amtsantritt Reagans und dem Beginn der sog. „Low Intensity Conflict Strategy“ (LIC, Kriegführungsstrategie niedriger Intensität, ein neues Konzept der Aufstandsbekämpfung; d. Red.) zusammen.

Eine wichtige Komponente des LIC (siehe T. Barry in: AIB 4/1987) ist die psychologische Kriegführung. Um diese zu gewährleisten, wurden in den USA und in der Folge dann auch in Europa verschiedene private Organisationen gegründet, die die nötige Desinformation zu gewährleisten haben, formal unabhängig vom Staat. Doch dieser kann sich deren Argumentation bedienen. Eckpfeiler dieser Desinformationskampagnen sind dabei Terrorismus, Drogenhandel und Menschenrechte des politisch-militärischen Gegners.

Was den Bereich Menschenrechte angeht, leistet die IGFM „hervorragende“ Arbeit im Rahmen des LIC. Ihre Nicaragua-Projekte bzw. Öffentlichkeitsarbeit verdeutlichen dies exemplarisch. Der politische Zusammenhang, aus dem heraus die IGFM diese ihre Aufgabe wahrnimmt, erklärt sich aus den mannigfaltigen Verbindungen ihrer Mitglieder und Sympathisanten innerhalb des internationalen Contra-Netzes und zum amerikanischen Geheimdienst.

„Nicaragua libre – Land ohne Freiheit“ heißt eine von der IGFM in Zusammenarbeit mit der Internationalen Arbeitsgemeinschaft für Freiheit und Demokratie (IAFD) erarbeitete Ausstellung.

Mit ihr wird einerseits die nicaraguansische Regierung einer beständigen Menschenrechtsverletzung angeklagt. Andererseits soll so die Contra in der Bundesrepublik und West-Berlin als politisch ernstzunehmende Kraft aufgebaut werden. Bei der Eröffnung dieser Ausstellung im April 1985 im Westberliner Rathaus Schöneberg präsentierte der damalige Innensenator Heinrich Lummer, den rechtsradikalen Republikanern nahestehend, den damaligen Contra-Chef Arturo Cruz.

An einem europäischen Geheimtreffen der Contras im Februar 1986 in Madrid unter Leitung der drei namhaftesten Führer der Contra, Arturo Cruz, Alfonso Robelo und Adolfo Calero nahmen von deutscher Seite Freiherr Dr. Götz von Houwaldt (IGFM), Miguel Castro Frenzel (in Berlin lebender Contra-Sympathisant) und Edmund Moser (IAFD) teil.

Das Ziel des Treffens war die Initiierung einer breit angelegten, europaweiten, antisandinistischen und contrafreundlichen Medienkampagne. Die ausgesuchten Länder waren Frankreich, Spanien und die BRD. Die notwendigen Mittel hierfür stellte die CIA mit vorerst 1,5 Mio \$ für ein Jahr zur



Gewalteinsätze südafrikanischer Besatzer gegen demonstrierende SWAPO-Anhänger wie hier in Windhuk – für die IGFM kein Thema

Menschenrechte den Frieden gefährdet“.

Die IGFM fordert also einen politischen Pazifismus. Was sich dahinter verbirgt, wird deutlich anhand der ideologischen Vorstellungen des Vorsitzenden Agrusow. Demnach gibt es drei Formen des menschlichen Zusammenlebens:

1. Demokratische, freiheitliche Rechtsstaaten wie: die BRD und El Salvador.
2. Totalitäre Regimes wie: das nazifaschistische Deutschland, die UdSSR, die DDR, Kuba, Nicaragua. Diese weisen sich aus durch „größere Systematik“, schlimmere

Die Schlußfolgerung aus diesem Weltbild der IGFM liegt auf der Hand: Die totalitären Staaten, deren „Satelliten“ und „Terrororganisationen“ müssen die Aufmerksamkeit einer Menschenrechtsorganisation auf sich ziehen (und darunter fiel z.B. Nicaragua nicht unter Somoza, fällt auch nicht das Söldnerheer der Contra, sondern die linksgerichtete sandinistische Regierung). Das Rassenregime in Südafrika muß demgegenüber toleriert werden, um somit auch zu vermeiden, daß es sich in einen „Totalitarismus“ umwandeln könnte.



EL SALVADOR LIBRE SPENDENAKTION

Waffen für El Salvador

Postgiroamt Berlin-West
Sonderkonto
288 59-107
Bankleitzahl 10010010
Freunde der alternativen
Tageszeitung e.V.
1000 Berlin 65



Kontostand 4.4. 1989:
4.205.009,15 DM

Bisherige UnterstützerInnen:
AIB - Dritte Welt Zeitschrift, Arbeiter-
kampf, Cuba Si, Ides, Ila-Info, Inprekorr,
Konkret, Radio Dreyeckland, Radio Z, La-
teinamerika Nachrichten, blätter des iz3w

blätter des iz3w
informationszentrum dritte welt - iz3w

Internationale Gewerkschaften

in Brasilien, Mexiko,
Nicaragua, Peru
Südafrika,
Südostasien

außerdem:
Länderberichte
Nachrichten
Rezensionen
Kultur

Mai 1989
Nr. 157

Be-
zug:
blätter
des iz3w

Postf. 5328
7800 Freiburg
Buchhandel:

Prolit, Pf. 63 Gießen

8 mal im Jahr für 40/30 Mark
Einzelheft 5 DM + 1,80 DM Porto

Unterwegslexikon Entwicklungspolitik

Ein Hand- und Gebrauchsbuch
für Dritte-Welt-Reisende,
120 S., ca. 250 Stichwörter
von ➔ Abfall bis ➔ Zukunft

Bezug: Horlemann Verlag
Lohfelderstr. 14
5340 Bad Honnef,
☎ 02224/5589

DM 10,- (incl. Versand),
ab 20 Exemplaren DM 8,-

Verfügung.

Götz von Houwaldt, Hobbyethnologe und deutscher Botschafter zu Zeiten Somozas (1972-75) ist Mitarbeiter der Nicaragua-Gesellschaft, der IAFD und der IGFM, also der drei wichtigsten Contra-Lobbyisten in der BRD.

Er ist der Ziehvater des Sumu-Flüchtlingsprojektes der IGFM am honduranischen Rio Patuca, unweit der nicaraguanischen Grenze. Dieses Projekt war direkt neben einem von Contra-Chef Bermudez geleiteten Ausbildungslager angesiedelt. 1986 stellte das BMZ unter CSU-Minister Klein generös 450 000 DM bei dreijähriger Laufzeit für dieses Projekt zur Verfügung. Und dies obwohl, wie Houwaldt intern beschreibt, es mit der Entwicklungshilfe für die Sumus nicht zum besten steht.

Der Grund dafür ist laut der internen Darstellung, daß die Sumus überall große Angst vor Zwangsrekrutierungen der Contras haben. Das Projekt dient mit Sicherheit für die Anklage gegen die Sandinisten, denen die Verfolgung ethnischer Minderheiten vorgehalten wird. Die Verwendung von BMZ-Geldern für ein Projekt, in dem laut Houwaldt einzelne Dörfer vollständig von der militärischen Contra kontrolliert waren, wirft allerdings die Frage auf, inwieweit hier mit BMZ-Geldern die Infrastruktur der Contra gestärkt wurde/wird.

In ihren Publikationen widmet sich die IGFM seit Beginn der Konterrevolution sehr ausführlich den Menschenrechten. Als einzige Quelle dafür dient die oppositionelle „Ständige Menschenrechtskommission, CPDH“ in Managua. Diese Organisation wird bezeichnenderweise ausschließlich von der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) finanziert. Deren Berichte werden in Costa Rica ebenfalls auf Kosten der KAS ins Englische und Deutsche übersetzt und dann weltweit verbreitet. Die IGFM und die CPDH bescheinigen sich in ihren Publikationen gegenseitig Seriosität. Dem widersprechen Aussagen von amnesty international und americas watch ganz massiv. Fest steht allerdings, daß sich mit Hilfe dieser Organisation, finanziert durch die KAS, die Bundesregierung permanent die Argumente liefern läßt, die sie von weiteren Entwicklungshilfeforderungen abhält.

Neben der „Menschenrechtsarbeit“ der IGFM zu Nicaragua seien zwei weitere kurz erwähnt:

- Der namibischen Befreiungsbewegung Südwestafrikanische Volksorganisation (SWAPO) warf sie vor, im sambischen Flüchtlingslager Nyango, das finanzielle Unterstützung des Lutherischen Weltbundes erhält, nach KZ-Vorbild Gefängnisse zu unterhalten und zur Zwangsarbeit anzutreiben. Diese in einer Kampagne aufgestellten Behauptungen wurden nach einer Informationsreise von Mitgliedern der Evangelischen Initiative „435 – Namibia“ widerlegt (siehe ausführlich: AIB 4/1986, S. 8; d. Red.).
- Auf der Jahreshauptversammlung der IGFM 1986 wurde der Sekretär der vom

rhodesischen Rassistenregime kreierten und nach dessen Sturz schlüsselfertig an die Sicherheitskräfte Südafrikas übergebenen mosambikanischen Contrabande RNM, Arturo da Fonseca, als Referent eingeladen.

Das umfangreiche Kuratorium der IGFM wartet mit einer Reihe von „Honoratioren“ auf, die bei genauerer Betrachtung im verfilzten Gestrüpp rechtsnationaler, revanchistischer, neofaschistischer Vereine, Bürgerinitiativen oder internationaler Organisationen beheimatet sind oder solchen nahe stehen. Angefangen vom rechten „Hochschulring Tübinger Studenten“ über die „Arbeitsgemeinschaft 13. August“, der „Antikommunistischen Weltliga (WACL)“, der „Konservativen Aktion“ bis hin zur „Resistance International“ bestehen direkte (Mitgliedschaft) und indirekte (Doppelmitgliedschaft der Mitglieder) Verbindungen.

Zur Resistance International gehören u.a. die nicaraguanischen Contragruppen FDN und KISAN, die UNITA (Angola), der RNM (Mosambik) und die afghanischen Mujahedin sowie die IGFM-Mitglieder Gerstenmayer, Löwenthal und Lobkowicz. Sehr eng sind auch die Verbindungen zu den vielfältigen revanchistischen Vertriebenenverbänden.

Quellen

Die Contra Connection. Die internationalen Kontramacher und ihre bundesdeutschen Helfer, Konkret Literatur Verlag, Hamburg 1988; Propagandisten des Krieges – Hintermänner der Contra. IGFM, eine Dokumentation, Arbeitskreis Nicaragua, Frankfurt/M., über Informationsbüro Nicaragua, Wuppertal; Kurzbericht zur JHV 1988, IGFM, Deutsche Sektion, Frankfurt/M.; Inforundbrief Lateinamerika, IGFM, Juni 1988; Christen im Widerstand – Eine Reise zur SWAPO. Initiative 435-Namibia; Die Wahrheit, West-Berlin, 28.12.1988; Für die Menschenrechte, 2/1989; ANN, Nr. 141



Achtung!

Der **DRITTE WELT-LeserInnenservice** ist nicht mehr in Marburg, dem Sitz der Redaktion, sondern in Köln, beim Pahl-Rugenstein Verlag angesiedelt. Bitte in allen Angelegenheiten der Abobetreuung, d. h. Adressenänderungen, Reklamationen, Neuabos oder Kündigungen, und Bestellungen wenden an:

DRITTE WELT-LeserInnenservice, Postfach 510 868, 5000 Köln 51, Tel. 02 21 / 3 60 02-0

SÜDAFRIKA

GESPRÄCH MIT ROB GOLDMAN

Ein südafrikanischer Kriegsdienstverweigerer berichtet

Die Herzen der Menschen gewinnen

Rob Goldman, ein 30-jähriger weißer Südafrikaner, ist Kriegsdienstverweigerer. Zusammen mit zwei anderen Mitgliedern der verbotenen Organisation Kampagne zur Abschaffung der Wehrpflicht (ECC, gegründet 1983) besuchte Rob Goldman auf Einladung der Deutschen Friedensgesellschaft-Verband der Kriegsdienstverweigerer (DFG-VK) unlängst die Bundesrepublik. Mit ihm sprach Dr. Peter Schröder, Vorsitzender der Bochumer Initiative gegen Apartheid.

FRAGE: Wie bist Du selbst zu dieser politischen Arbeit gekommen?

R. GOLDMAN: Ich bin zum ersten Mal politisiert worden, als 1976 die sog. Soweto-Aufstände begannen. Was mich tief beeindruckt hat, war die Zerstörung der schwarzen Slums in Kapstadt, die ich mit anschauen mußte.

Anfang 1980 wurde ich dann zum Militärdienst eingezogen. Ich hätte das Land verlassen können, wollte das aber nicht. Und emotional und psychologisch hätte ich es nicht verkraftet, ins Gefängnis zu gehen. Deshalb bin ich als nicht kämpfender Soldat beim Militär gewesen. Das war zu der Zeit eigentlich nicht möglich, ich mußte deshalb immer ein Metallrohr statt des Gewehrs tragen, das ich nicht anfassen wollte. Ob das so effektiv war für die Verteidigung, weiß ich nicht. Das Tragen dieses Metallrohrs ist so ungefähr das einzige, worauf ich ein bißchen stolz bin in meiner Militärzeit. Als ich die zwei Jahre abgedient hatte, war mir klar, daß ich nie wieder zum Militär gehen könnte.

Einige Jahre später gab es dann auch die legale Möglichkeit eines alternativen Dienstes für einige wenige. Ich gehörte glücklicherweise zu dieser kleinen Gruppe und habe dann den Alternativdienst (Arbeit im Staatsdienst, meist in der Verwaltung; d. Red.) für nochmals zwei Jahre gemacht.

FRAGE: Hat sich Dein persönliches Leben durch Deine Verweigerung verändert?

R. GOLDMAN: Einige Familienmitglieder haben dem nicht zugestimmt, ich treffe sie jetzt seltener. Einige Freunde sind nicht mehr so nett zu mir. Das Schlimmste in Südafrika ist, als ein Kommunist zu gelten. Manche Leute sehen mich als Kommunisten an. Mein Telefon wird abgehört, ich wurde von den Sicherheitskräften fotografiert, ich wurde der subversiven Tätigkeit angeklagt. Das beunruhigt einen natürlich, wenn einem eine Strafe von 10 Jahren Gefängnis oder 50 000 DM droht.

FRAGE: Kannst Du uns etwas zur aktuellen Lage in Südafrika sagen?

R. GOLDMAN: Südafrika befindet sich im Bürgerkrieg. Diesen Krieg führt die südafrikanische Regierung gegen die Menschen meines Landes. Dieser Krieg wird auf verschiedensten Ebenen geführt. Manche sind sehr unauffällig, und ein Besucher des Landes nimmt sie nicht einmal unbedingt wahr. Aber auch sehr brutale, offene Dinge kommen vor. Zum Beispiel 1985: 30 000 Soldaten der rassistischen Armee haben über 90 schwarze Siedlungen brutal besetzt. Und aus der kürzlichen Vergangenheit: Die ECC hat wegen ungerechtfertigter Aktionen gegen uns die Armee verklagt. Die Verteidigung der Armee vor Gericht sah so aus: „Im Bürgerkrieg sind Verfassungsrechte aufgehoben, das Gericht hat kein Recht, die Armee für irgendetwas zu kritisieren.“ Trotzdem haben wir diesen Fall gewonnen.

Der Grund für diesen Bürgerkrieg ist einfach: Die Regierung Südafrikas ist von nur 2 % der Gesamtbevölkerung gewählt worden. Und keine Regierung der Welt könnte demokratisch regieren, wenn nur 2 % der Bevölkerung hinter ihr stehen.

FRAGE: Wieso nur 2 %?

R. GOLDMAN: Es gibt 5 Mio Menschen, die als weiß eingestuft werden. Davon sind bei den letzten Wahlen 1987 2 Mio als Wähler registriert worden. Von diesen hat die Hälfte, 1 Mio, gewählt. 600 000 haben für die nationalistische Regierung gestimmt. Das sind etwas weniger als 2 % der Gesamtbevölkerung.

FRAGE: Wissen die Weißen überhaupt von der Situation der Schwarzen?

R. GOLDMAN: Ein Teil der Tragödie in Südafrika ist der Mangel an Kommunikation zwischen den verschiedenen Bevölkerungsschichten. Es ist möglich für Weiße, jahrelang in ihrem Viertel zu leben, ohne je in einer schwarzen Siedlung gleich nebenan gewesen zu sein. Nur ganz wenige sind je in einem schwarzen Township gewesen.



Südafrikanischer Kriegsdienstverweigerer Rob Goldman

Apartheid hat es verstanden, die Gemeinschaft erfolgreich voneinander zu trennen. Das ist u.a. die Aufgabe für unsere Organisation, hier bessere Kommunikation und größere Offenheit füreinander zu schaffen.

FRAGE: Gibt es Beispiele für enge Kontakte zwischen Schwarz und Weiß trotz Apartheidgesetzen?

R. GOLDMAN: Natürlich, ich will nur zwei nennen: Es gibt sehr viele Beerdigun-



Südafrikanische Armestreife auf Patrouille in schwarzer Vorstadt (oben); Plakat der Kriegsdienstverweigerer-Kampagne ECC, das den Rückzug aus dem besetzten Namibia fordert

gen in der schwarzen Gemeinschaft. Wir Weiße werden oft zu diesen Beerdigungen eingeladen. Einmal, um zu beobachten, wie brutal Armee, Polizei und die Vigilantes (Schlägertruppen, von der Polizei bewaffnet und bezahlt) gegen die Menschen vorgehen, aber auch um durch die Anwesenheiten von Weißen diese Gewalttätigkeiten etwas zu begrenzen.

Als zweites Beispiel kann ich die UDF, die Vereinte Demokratische Front, die größte Anti-Apartheid-Bewegung im Land, nennen. Alle Bevölkerungsgruppen und natürlich alle Rassen sind als Mitglieder in der UDF vertreten.

FRAGE: Warum ist der Kampf gegen die Wehrpflicht in Südafrika so wichtig?

R. GOLDMAN: Die Regierung braucht junge weiße Männer für ihr Überleben. Aber wir wollen nicht, daß diese Regierung bestehen bleibt. Wehrpflicht in Südafrika gibt es nur für weiße Männer. Deshalb ist dies vielleicht das einzige Thema, das die weiße Gemeinschaft unangenehm betrifft.

Hunderte von (weißen) Soldaten sind während der Kämpfe im In- und Ausland schon umgekommen. Die Wehrpflicht ist der einzige Apartheid-Aspekt, der Weiße benachteiligt. Der Militärdienst ist also ein wichtiger Ansatzpunkt, um Weiße gegen die Apartheid mobilisieren zu können.

FRAGE: Wie sieht Euer Kampf im einzelnen aus?

R. GOLDMAN: Ein wichtiger Teil des Bürgerkrieges ist es, die Herzen der Menschen zu gewinnen. Wir versuchen das auch: Die Weißen sollten sich unserer Be-

wegung anschließen, nicht mit Waffen für die Apartheid zu kämpfen, sondern zur Abschaffung der Apartheid beizutragen. Wir benutzen dazu gewaltfreie Strategien innerhalb der bestehenden Gesetze.

Die Regierung Südafrikas fand das sehr bedrohlich, weil für sie die Armee eine Hauptstütze der Gesellschaft ist. Wenn die Streitkräfte geschwächt oder gar abgeschafft würden, bräche die Regierung zusammen.

FRAGE: Die ECC ist jetzt verboten, dafür gibt es neue Organisationen mit gleicher Zielrichtung. Was tut denn die Regierung gegen Eure Bewegung?

R. GOLDMAN: Die Regierung konnte uns nicht vor Gericht bringen, weil wir innerhalb der Gesetze gearbeitet haben. Keiner unserer Hauptamtlichen ist je wegen ir-

gendeines Vergehens verurteilt worden. Deshalb hat die Regierung andere Methoden angewandt, um uns aus dem Weg zu schaffen. Viele Mitglieder sind ohne Gerichtsverfahren und Haftbefehl eingesperrt worden, viele für ein paar Monate oder länger. Irgendwann wurden sie dann wieder freigelassen, keiner wurde je angeklagt.

Unsere Häuser sind von der Sicherheitspolizei verwüstet worden. Einige Häuser sind mit Benzinbomben in Brand gesetzt worden. Die Reifen unserer Autos werden oft nachts aufgeschlitzt. Viele Propagandabroschüren gegen unsere Kampagne wurden hergestellt und verteilt, vom Staatsrundfunk und Staatsfernsehen und auch von rechten Organisationen. Am Ende haben sie zum letzten Mittel gegriffen, sie haben unsere Organisation verboten.

FRAGE: Wie wirkt sich so ein Verbot aus?

R. GOLDMAN: Es bedeutet, daß wir keine Presseerklärungen mehr veröffentlichen, nicht mehr zu aktuellen Fragen Stellung nehmen und unsere Broschüren und Bücher nicht mehr verbreiten dürfen. Einige Mitglieder der Organisation sind noch besonders betroffen: Sie haben zusätzlich einen persönlichen Bann bekommen.

Einer meiner zwei Freunde hier in Westdeutschland hat einen solchen Bann. Er darf nicht zur Presse sprechen, weder für die Organisation noch als Privatmann. Er muß also sehr gefährlich sein. Er darf sich nicht mit mehr als 20 Leuten treffen und darf nicht an Veranstaltungen teilnehmen, auf denen die Regierung kritisiert wird.



Trotzdem wird unsere Bewegung laufend größer.

FRAGE: Welche Optionen gibt es für Leute, die nicht zur Armee wollen?

R. GOLDMAN: Die meisten gehen unfreiwillig und mit Widerwillen zur Armee. Andere tauchen in den Untergrund ab und lassen sich von den Behörden und der Militärpolizei nicht finden. Sie ziehen dauernd um und sind einfach nicht erreichbar. Einige wenige können einen Alternativdienst ableisten. Viele gehen ins Exil, meist in ein anderes Land Afrikas oder nach Europa. Und die ganz Mutigen gehen ins Gefängnis.

FRAGE: Wer kann den Alternativdienst ableisten, von dem Du sprichst?

R. GOLDMAN: Eine Kommission prüft die Anträge ganz genau: ein Richter, Kirchen- und Militärleute. Zwei Bedingungen müssen erfüllt sein: Man muß ein allgemeiner Pazifist sein, das heißt jeden Krieg grundsätzlich ablehnen. Man darf also nicht nur einen rassistischen Krieg ablehnen. Und außerdem muß dieser Pazifismus religiös begründet sein. Einfache moralische und philosophische Gründe sind nicht genug.

FRAGE: Wie sieht der Alternativdienst aus?

R. GOLDMAN: Es gibt nicht viele Möglichkeiten. Man muß im Staatsdienst, meist in der Verwaltung, arbeiten, und zwar ein- einhalb mal so lang wie der Wehrdienst, also 6 Jahre, wenn man keinen Wehrdienst abgeleistet hat.

FRAGE: Wir haben hier von dem Verweigerer David Bruce gehört. Erzähl uns von seinem Fall!

R. GOLDMAN: Ich kenne David Bruce. Seine Familie kam aus Deutschland, aus Theresienstadt. Die Familie floh 1939, als die Nazis die Juden in der Stadt verfolgten. Die Mutter konnte fliehen, 12 Familienangehörige wurden im KZ umgebracht. Sie hat Asyl in Südafrika bekommen.

Vor 25 Jahren wurde dann ihr Sohn David geboren. In seiner Familie lernte David, den Rassismus zu hassen. Seine Familie war vor dem Rassenwahn einmal geflohen, er war nicht noch einmal zu einer Flucht vor dem Rassismus bereit. Vor Gericht sagte er aus, er liebe Südafrika, er sei hier geboren, er wolle nicht das Land verlassen. Er sei aber nicht bereit, für den Rassismus zu kämpfen.

Er wurde zu 6 Jahren Gefängnis verurteilt und ist seit Juli 1988 im Gefängnis.

Der nächste Kriegsdienstverweigerer steht seit 14. Mai 1989 vor Gericht.

FRAGE: Stimmt es, daß Deutsche in der südafrikanischen Armee dienen?

R. GOLDMAN: Ja, das stimmt leider, die Friedensbewegung hier sollte sich mit diesem Thema befassen. Fast 40 000 Deutsche oder Deutschstämmige dienen in der südafrikanischen Armee. Während wir Südafrikaner zum Teil verweigern und dafür jahrelang ins Gefängnis gehen, übernehmen deutsche Staatsbürger diese Aufgabe in der südafrikanischen Armee.

**FAST 40.000 DEUTSCHE
ODER DEUTSCHSTÄMMIGE
DIENEN IN DER
SÜDAFRIKANISCHEN ARMEE,
WAS IN DER BRD AUCH ALS
WEHRDIENSTZEIT
ANGERECHNET WIRD**

Wir finden das unakzeptabel. Außerdem wird diese Zeit für diese Deutschen auch in Deutschland als Wehrdienstzeit angerechnet.

FRAGE: Wie geht es denn nun eigentlich weiter in Südafrika?

R. GOLDMAN: Ein Teil des Kampfes ist gewaltfreier Widerstand auf allen Ebenen. Dann gibt es natürlich einen bewaffneten Kampf gegen das Regime. Und drittens muß international Druck auf das rassistische Regime ausgeübt werden. Es wird zur Zeit schon sehr viel Blut vergossen.

Ich persönlich hoffe, daß durch gewaltfreie Aktionen und internationalen Druck der Wandel schnell und unblutiger geschieht, als das andernfalls passieren würde.

FRAGE: Was sagst Du zum Thema Sanktionen?

R. GOLDMAN: Die internationale Gemeinschaft könnte durch wirksame Sanktionen sehr viel Blutvergießen vermeiden. Speziell die deutsche Regierung unterstützt das rassistische Regime sehr stark militärisch. Dagegen müßt Ihr hier etwas tun.

Die offiziellen Zahlen dazu: Der Militär- export von hier nach Südafrika betrug 5 Mrd DM in den letzten 5 Jahren. Deutsche Firmen bauen Karosserien und Motoren für die südafrikanische Armee, sie liefern sogar Hubschrauber für die Polizei. Das verlängert die Apartheid und das Leiden der Menschen in Südafrika. Mehr Blut wird dadurch vergossen.

FRAGE: Welche Länder unterstützen Südafrika militärisch? Und haben Sanktionen nicht auch den Effekt, daß Südafrika selbst Waffen produziert?

R. GOLDMAN: Die wichtigsten Unterstützerländer und Waffenlieferanten sind Großbritannien, USA, Westdeutschland und Frankreich. Südafrika exportiert inzwischen Waffen, die Rüstungsindustrie ist der zweitgrößte Arbeitgeber im Land. Die Technologie ist aber nicht auf Weltstandard, deshalb braucht die Regierung zum Beispiel weiterhin Elektronik aus dem Ausland für Waffensysteme, zum Beispiel von Siemens.

Einer der Gründe, warum Südafrika den Krieg in Angola verlor und deshalb über die Unabhängigkeit Namibias verhandeln mußte, war die Unterlegenheit im Luftraum, besonders durch Schwächen im Radarsystem. Das ist ein sehr wichtiges Beispiel dafür, daß der Boykott, speziell von Waffenexporten nach Südafrika, die Regierung so empfindlich trifft.

FRAGE: Was wünscht Ihr Euch sonst noch an Unterstützung?

R. GOLDMAN: Wir fordern Euch auf, unsere Kampagne zur Wehrpflicht-Abschaffung in Südafrika zu unterstützen. Die Organisation ECC und alle anderen verbotenen Organisationen müssen wiederzugelassen werden. Die Kriegsdienstverweigerer müssen wie alle anderen politischen Gefangenen aus dem Gefängnis entlassen werden.

Unser Kampf in Südafrika ist sehr hart. Wir alle, die in der demokratischen Bewegung organisiert sind, haben einen Traum, eine Vision, eine Hoffnung: So sicher wie auf den Sonnenuntergang heute ein Sonnenaufgang morgen folgen wird, wird es eine neue demokratische, eine nicht-rassistische und freie Gesellschaftsordnung in Südafrika geben. Ich fordere Euch auf, uns dabei zu helfen. Wenn Ihr mitmacht, wird dieser Tag schneller kommen.

● Fünf **Themenhefte** im Jahr — z.B.:

- 3/88 **Südkorea** (4,- DM)
- 4/88 **Tabak** (4,- DM)
- 5/88 **Seit 500 Jahren Indianer** (6,- DM)
- 1/89 **Berausende Profite Drogen** (5,- DM)

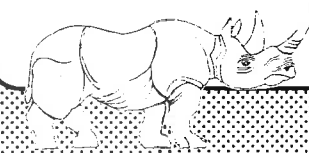
ENTWICKLUNGSPOLITISCHE KORRESPONDENZ
Zeitschrift für Theorie und Praxis der Entwicklungspolitik

- 2/89 **Kamerun** (5,- DM)
- Die EPK-Drucksachen:
Bd.2 **Siemens: Vom Dritten Reich zur Dritten Welt** (9,- DM)
- Bd.3 **Kirchen in Südafrika mit Interviews: A. Boesak und M. Tsele** (9,- DM)

- Bd.4 **Gift und Geld Pestizide und Dritte Welt** (12,- DM)
- Bd.5 **Unterdrückung oder Widerstand? Die Inkatha-Bewegung in Südafrika** (10,- DM)

EPK — die Zeitschrift mit dem Rhino
Postfach 2846 - 2000 Hamburg 20
Tel.: 040/390 52 21

Ein **Jahresabonnement** kostet DM 27,-
(Institutionen DM 40,-)



HELMUT RIZY

Die Französische Revolution und die Sklaven

Eigentum ging vor Freiheit

Die Sklaverei und der Sklavenhandel hatten zum Aufstreben der französischen Bourgeoisie entscheidend beigetragen. Deshalb stand ihre Abschaffung auch nicht auf der Tagesordnung, als vor 200 Jahren die Französische Revolution siegte.

Als „traurige Ironie der menschlichen Geschichte“ bezeichnete der französische Sozialist Jean Jaurès den Umstand, daß jene große Revolution, die unter der Losung „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ antrat, eine ihrer entscheidenden Wurzeln in der extremsten Unfreiheit, der extremsten Ungleichheit und der extremsten Unbrüderlichkeit hatte, wie sie Sklavenhandel und Sklaverei darstellten. Diese brachten jene „ursprüngliche Akkumulation“ mit sich, von der Karl Marx schrieb: „Die Entdeckung der Gold- und Silberländer in Amerika, die Ausrottung, Versklavung und Vergrabung der eingeborenen Bevölkerung in die Bergwerke, die beginnende Eroberung und Ausplünderung von Ostindien, die Verwandlung von Afrika in ein Gehege zur Handelsjagd auf Schwarzhäute bezeichnen die Morgenröte der kapitalistischen Produktionsära.“ (1)

So wird auch klar, daß die Haltung der französischen Bourgeoisie, als sie mit der politischen Macht auch den Kolonialismus und die damit verbundene Sklaverei erbte, in dieser Frage äußerst widersprüchlich reagierte und nie zu einer konsequenten Ablehnung kolonialer Ansprüche und Praktiken fand.

Als am 26. August 1789 im Artikel 1 der „Erklärung der Rechte des Menschen und des Bürgers“ verkündet wurde: „Frei und gleich an Rechten werden die Menschen geboren und bleiben es“, galt das nicht einmal für die freien Mulatten in den französischen Kolonien, geschweige denn für die schwarzen Sklaven.

Bis zum Dekret von 16. Pluviöse des Jahres II (4. Februar 1794) über die Abschaffung der Sklaverei dauerte es noch viereinhalb Jahre – und acht Jahre später wurde mit dem Gesetz vom 30. Floreal des Jahres X auch dieses wieder rückgängig gemacht. Doch hatte der Wahlspruch der Revolution mittlerweile ungewollte Früchte getragen. Unter dem Eindruck der revolutionären Ideen des Mutterlandes war es in der Kolonie Saint-Domingue, dem Westteil der Antilleninsel Haiti, schon Ende Oktober 1790 zu einer Erhebung der freien Mulatten gekommen. Am 22. August 1791 begann schließlich der große Sklavenaufstand, der mit der



Festnahme von Toussaint L'Ouverture durch General Leclerc 1802.

Ausrufung der unabhängigen Republik Haiti am 1. Januar 1804 endete. So kehrten doch nicht alle Schwarzen als „sprechende Werkzeuge“ und „lebende Maschinen“ in den Besitzstand weißer Kolonisten zurück.

Schätzungen besagen, daß allein im 16. Jahrhundert 900 000 schwarze Sklaven nach Amerika verschifft wurden. Im 17. Jahrhundert waren es bereits 2,7 Mio, im 18. Jahrhundert 7 Mio und im 19. Jahrhundert nochmals 4 Mio Menschen (2). Eine Rangliste der wichtigsten Sklavenhandelsnationen im 18. Jahrhundert weist Frankreich mit einem Anteil von 19,2% hinter England (41,3%) und Portugal (29,3%) an dritter Stelle aus (3). Eine königliche Order aus dem Jahr 1670 erlaubte jedem Franzosen, sich am Sklavenhandel zu beteiligen. „Es gibt nichts, was dem Gedeihen dieser Kolonien dienlicher ist, als die Arbeitskraft der Neger“, hieß es dazu.

Der englische Arzt und Publizist John Aikin wies darauf hin, daß der Sklavenhandel „den kommerziellen Unternehmungsgeist bis zur Leidenschaft steigere, famose Seeleute bilde und enormes Geld einbringe“ (4).

Jene Bourgeoisie, die diese enormen Gewinne einstrich, war es, die nun in der Krise des französischen Absolutismus für sich nach der Freiheit des Handels und der Gleichheit gegenüber der Feudalklasse strebte. Und so mußte der bürgerliche Humanismus, Wegbereiter der großen Revolution in Frankreich, in seinen signifikantesten Forderungen auf der Strecke bleiben.

Es hatte schon im vorrevolutionären Frankreich Männer gegeben, die sich mit Vehemenz gegen die Sklaverei aussprachen, Männer wie Mirabeau, Brissot, Pétion, Condorcet, Abbé Gregoire, die in den ersten Jahren der Revolution dann Namen und Gewicht hatten. Sie waren in der „Société des Amis des Noirs“, der „Gesellschaft der Freunde der Schwarzen“, zusammengeschlossen. In der Folge ergaben sich jedoch erhebliche Divergenzen zwischen dem rein philanthropischen Standpunkt, von dem sie als Aufklärer ausgingen, und den ökonomischen Notwendigkeiten, denen sie sich später verpflichtet fühlten.

Dabei hatte schon erheblich früher Baron de Montesquieu mit seinen „Lettres persanes“ (Persische Briefe, 1721) und seiner staatsrechtlichen Abhandlung „De l'Esprit de lois“ (vom Geist der Gesetze, 1748) nicht nur ausgeführt, daß die Sklaverei gegen das Naturrecht verstoße, demzufolge alle Menschen frei und unabhängig geboren würden, sondern auch, daß der Sklavenhandel eine unverantwortliche Verschwendung von menschlichem Leben sei, die letztlich niemandem nütze; daß die Sklaverei das Bevölkerungswachstum behindere sowie die einen erniedrige und die anderen mit Luxus und Macht korrumpiere.

Mit dem Erstarken des Industriekapitals sollten die Argumente gegen die Sklaverei viel schlagkräftiger werden, doch in der „Morgenröte der kapitalistischen Produktionsära“ sind noch die Interessen der Han-

delsherren, der Sklavenhändler und der Plantagenbesitzer entscheidend. Schließlich ist es (auch) ihre Revolution, die mit dem Sturm auf die Bastille beginnt.

So finden sich bei jenen Vordenkern der Sklavenbefreiung immer wieder Ausflüchte, die gegen eine sofortige Abschaffung der Sklaverei sprechen. So erklärte Jacques Pierre Brissot im Frühjahr 1790 vor der „Gesellschaft der Freunde der Schwarzen“, daß jene „die gleichen Rechte haben wie wir, die man ihnen zurückzugeben hat, wobei diese Rückgabe selbstverständlich mit dem Eigentumsrecht der Pflanze und der notwendigen Vorsicht angesichts der körperlichen und moralischen Schwäche der Schwarzen, die durch eine drei Jahrhunderte währende Tyrannei noch verschlimmert worden ist, vereinbar sein muß“ (5). Er spricht dabei von Maßnahmen der Nation, „um sie (die Pflanze; H. R.) einerseits nicht um ihr Eigentum zu bringen und andererseits den Schwarzen nach und nach ihre Rechte zurückzugeben“ (6).

Nicht von ungefähr meinte ja auch Hegel noch in den Jahren des vorigen Jahrhunderts im Rahmen seiner Vorlesungen zur „Philosophie der Geschichte“: „Etwas anderes Charakteristisches in der Betrachtung der Neger ist die Sklaverei. Die Neger werden von den Europäern in die Sklaverei geführt und nach Amerika hin verkauft.“

„DER REICHTUM, DER IN BORDEAUX UND NANTES MIT HILFE DES SKLAVENHANDELS AUFGEHÄUFT WURDE, VERLIEH DER BOURGEOISIE JENEN STOLZ, DER NACH FREIHEIT VERLANGTE UND ZUR MENSCHLICHEN EMANZIPATION DRÄNGTE“ (JEAN JAURÈS)

Trotzdem ist ihr Los im eigenen Land fast noch schlimmer, wo ebenso absolute Sklaverei vorhanden ist; denn es ist die Grundlage der Sklaverei überhaupt, daß der Mensch das Bewußtsein seiner Freiheit noch nicht hat und somit zu einer Sache, zu einem Wertlosen herabsinkt.

Bei den Negern sind aber die sittlichen Empfindungen vollkommen schwach oder, besser gesagt, gar nicht vorhanden. . . Die Sklaverei ist an und für sich Unrecht, denn das Wesen des Menschen ist die Freiheit, doch zu dieser muß er erst reif werden. Es ist also die allmähliche Abschaffung der Sklaverei etwas Angemesseneres und Richtigeres als ihre plötzliche Aufhebung.“ (7)

Zu diesem Zeitpunkt hatten aber etwa die Schwarzen in Saint-Domingue längst bewiesen, daß sie an körperlicher und moralischer Stärke den Weißen in nichts nachstan-

den. Als erstes hatten dort die freien Mulatten – zum Teil selbst Sklavenhalter – die Lösung der Revolution aus dem Mutterland aufgegriffen und gegen die Diskriminierung durch die Weißen opponiert.

Mit dem Anwachsen ihres Reichtums in den Jahren vor der Revolution waren die Demütigungen seitens der Weißen, die dabei ein Höchstmaß an Erfindungsreichtum und Bosheit bewiesen, proportional angewachsen. Nun forderten die Mulatten für sich und die freien Schwarzen die vollen Bürgerrechte. Die weiße Kolonialhierarchie antwortete mit blutigen Exzessen. Vincent Ogé, einer der Führer der Mulatten, wurde im Rahmen des Terrors aufs Rad geflochten, zu Tode gequält, enthauptet und öffentlich als „warnendes Exempel“ ausgestellt.

Ogé, ein Freund von Abbé Gregoire, Brissot, Condorcet, jenen „Freunden der Schwarzen“, hatte selbst in Paris am 22. Oktober 1789 vor der Konstituante für die Mulatten die Menschenrechte gefordert. Die Kolonisten drohten dagegen der Bourgeoisie, daß ein solcher Schritt zur Sklavenrevolte führen würde.

Und diese hatte einiges zu verlieren. Die Handelsbourgeois fürchteten um die Millionen, die sie investiert hatten (1789 investierten allein die Kaufleute von Nantes 50 Mio Livres in Westindien) und um ihre Marktbeziehungen.

Unter ihrem Druck nahm die Nationalversammlung am 8. März 1790 fast einstimmig ein Dekret an, worin sie erklärte, „daß sie die Kolonien zwar als Teil des französischen Reiches ansieht und dieselben an den Früchten der glücklichen Erneuerung teilnehmen zu lassen wünscht, die darin vor sich gegangen ist, daß sie jedoch zu keiner Zeit willens war, sie in die Verfassung einzubeziehen, die sie für das Königreich erlassen hat, und sie Gesetzen zu unterwerfen, die mit ihren besonderen örtlichen Erfordernissen unvereinbar sein könnten“. Und weiter: „Sie stellt die Kolonisten und ihren Besitz unter den besonderen Schutz der Nation und erklärt jeden zum Verbrecher an der Nation, der an der Erregung von Aufständen gegen sie mitwirkt.“ (8)

In dieser Ausgurt höchster Diplomatie wurde sowohl das Wort Mulatte wie auch das Wort Sklave geflissentlich vermieden, womit allerdings die Rechtlosigkeit der einen bestätigt und die anderen als Besitz der Kolonisten anerkannt wurden. Wenige Monate später brach der Aufstand der Mulatten aus. Als dann die Nachricht von Vincent Ogés Folter und Tod Paris erreichte, löste sie in weiten Kreisen Bestürzung aus, und sie machte die Bedeutung der kolonialen Frage voll bewußt. Im Mai 1791 bezog Robespierre, zu jener Zeit schon anerkannter Sprecher der Jakobiner, Position: „Ich wiederhole: Mögen die Kolonien untergehen, wenn uns die Kolonisten zu Verordnungen zwingen wollen, die ihren eigenen Interessen am besten passen! . . . Im Namen der Nation, die frei sein will, erkläre ich, daß wir den Abgeordneten der Kolonien, die ihre Auftraggeber nicht verteidigt haben. . .

weder die Nation noch die Kolonien noch die ganze Menschheit opfern wollen.“ (9)

Und er erklärte: „Man könnte euch dann sagen: Ihr bringt uns immer die Menschenrechte an, und selber habt ihr sowenig daran geglaubt, daß ihr die Sklaverei als Verfassungsartikel decretiert habt. . Ich erkenne

„FRAGT DEN HÄNDLER VON
MENSCHENFLEISCH, WAS
EIGENTUM IST! ER WIRD AUF
JENEN RIESIGEN SARG
ZEIGEN, DEN ER SCHIFF
NENNT UND WO ER
MENSCHEN EINGEPFERCHT
UND AN KETTEN GELEGT HAT,
DIE ZU LEBEN SCHEINEN, UND
ER WIRD SAGEN: „DAS IST
MEIN EIGENTUM, ICH HABE
SIE ALLE STÜCK FÜR STÜCK
GEKAUFT“ (ROBESPIERRE)

also die gleichen Rechte allen freien Menschen zu, welcher Vater sie auch erzeugt haben möge, und ich schließe daraus, daß man das Prinzip in seiner Ganzheit gelten lassen muß.“ (10)

Die Rede Robespierres war keineswegs eine Absage an die Kolonien selbst oder an deren ökonomische Basis. Und so ging es auch nicht um die Abschaffung der Sklaverei, sondern darum, zu verhindern, daß das Wort Sklaverei in die Verfassung aufgenommen wurde. Tatsächlich wurde erst 1794 – in der Regierungszeit der Jakobiner – jenes Dekret erlassen, in dem es heißt: „Der Nationalkonvent erklärt die Sklaverei der Neger in sämtlichen Kolonien für abgeschafft. Demzufolge dekretiert er, daß alle in den Kolonien ansässigen Menschen, ohne Unterschied der Hautfarbe, französische Bürger sind und alle durch die Verfassung verbürgten Rechte genießen“ (11).

Zu jenem Zeitpunkt führten aber die Schwarzen in Saint-Domingue bereits seit zweieinhalb Jahren einen aufopferungsvollen Kampf um Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit. Der anerkannte Führer des Kampfes war der ehemalige Sklave Francois Dominique Toussaint l'Ouverture. Kraft seiner außerordentlichen Persönlichkeit war dieser Kampf kein Rassenkrieg gegen die Weißen, sondern ein Kampf um die Befreiung der Schwarzen, und er wußte auch Weiße in diesen Kampf einzubinden.

Das Direktorium in Paris sah sich zwar 1797 gezwungen, Toussaint l'Ouverture als Oberkommandierenden über alle bewaffneten Streitkräfte in Saint-Domingue einzusetzen, erkannte auch seine Verfassung vom 1. Juli 1801 an, wonach auf Haiti alle Bürger vor dem Gesetz gleich waren, doch ging es der französischen Bourgeoisie nach wie vor darum, die „Perle der französischen

Antillen“ wieder in das Kolonialjoch zu zwingen. Napoleon, zu jener Zeit noch Erster Konsul der Französischen Republik, entsandte im Februar 1802 seinen Schwager General Leclerc mit einer 20 000-Mann-Armee nach Haiti, wobei dessen Auftrag auch die Wiedereinführung der Sklaverei beinhaltete.

In Verteidigung ihrer Rechte führten die Schwarzen letztlich einen Krieg der verbrannten Erde, mit dem zwar die französischen Truppen niedergezwungen wurden, der aber auch das blühende Land verwüstete. Wortbrüchig bemächtigte sich Leclerc des „schwarzen Robespierre“, der zum Symbol des Befreiungskampfes auf Haiti geworden war, darüber hinaus aber auch mit dem von ihm geführten Kampf wie auch dem von ihm geführten Gemeinwesen auf Saint-Domingue bewiesen hatte, daß alle Argumente für eine Nach-und-nach-Beendigung der Sklaverei nur die Ausflüchte realpolitischer Philanthropen waren und künftig sein würden. Toussaint wurde nach Frankreich verschleppt und starb dort 1803 infolge der unmenschlichen Haftbedingungen, denen man ihn unterwarf. (12)

Der Kampf um die Freiheit und Unabhängigkeit in Saint-Domingue war jedoch nicht mehr aufzuhalten. Die französischen Okkupationstruppen wurden von den Kampfgefährten Toussaint l'Ouverture zum Rückzug gezwungen, und am 1. Januar 1804 riefen sie die unabhängige Republik Haiti aus.

In anderen französischen Kolonien, wie etwa Martinique, Guadeloupe und Guayana, wurden die Schwarzen mit Brachialgewalt wieder in die Sklaverei gezwungen, sofern sie sich nicht vorher schon in unwegsame Gebiete zurückgezogen hatten. Der „Code noir“, das Schwarze Gesetzbuch, mit dem Ludwig XIV. schon 1685 das Los der Sklaven unter bestimmte Regeln gestellt hatte, trat wieder in Kraft und blieb dies auch bis zur Ausrufung der II. Französischen Republik im Februar 1848. Der Sklavenhandel wurde allerdings schon 1815 verboten, nachdem hier England 1807 den ersten Schritt gemacht hatte.

Um die „Abolition“, die Abschaffung des Sklavenhandels und der Sklaverei, haben sich gewiß viele aufgeklärte Denker und Politiker verdient gemacht, allerdings war sie zwangsläufig eine Folge veränderter ökonomischer Rahmenbedingungen. Schon 1776 hatte der bedeutende englische Ökonom Adam Smith in Verallgemeinerung von Erfahrungen der kapitalistischen Manufakturperiode und des beginnenden Fabriksystems erklärt, daß freie Lohnarbeit unter den Bedingungen des Freihandels effizienter sei als die erzwungene Arbeit von Sklaven, die nur in einem protektionistischen System bestehen könne.

Vom großen Dreieckshandel: billige Waren nach Afrika – Sklaven nach Amerika – Rohstoffe und Genußmittel ins Mutterland – hatten die Kaufleute, die Sklavenhändler und die Plantagenbesitzer profitiert. Die Stärke der Industriekapitalisten lag im Export von Fertigwaren aus mechanisierter

Produktion. Hierfür brauchten sie Absatzmärkte und in den Kolonien ein „eigenes“ System produktiver Zwangswirtschaft. Aus ihrer Sicht war der Plantagensklave unproduktiv, weil sich dessen Ausbeutung nicht mehr steigern ließ.

Anmerkungen

- 1) Karl Marx, Das Kapital, Bd. 1, Wien, S. 779
- 2) Annemarie Hafner/Jürgen Herzog, Sklave – Kuli – Lohnarbeiter, Berlin 1988, S. 24
- 3) Albert Wirz, Sklaverei und kapitalistisches Weltssystem, Frankfurt/M. 1984, S. 25
- 4) Zit. nach: K. Marx, Das Kapital, Bd. 1, a.a.O., S. 787
- 5) Zit. nach: U. F. Müller (Hg.), Lust an der Geschichte. Die Französische Revolution 1789-1799, München/Zürich 1988, S. 103
- 6) Ebenda, S. 105
- 7) G. W. F. Hegel, Philosophie der Geschichte, Stuttgart 1980, S. 158-163
- 8) Zit. nach: U. F. Müller, Lust . . . , a.a.O., S. 109
- 9) Maximilien Robespierre, Habt ihr eine Revolution ohne Revolution gewollt?, Leipzig 1958, S. 156
- 10) Ebenda, S. 162
- 11) Zit. nach: Walter Markow, Revolution im Zeugenstand, Leipzig 1986, S. 580
- 12) Geschichte des Unabhängigkeitskampfes auf Haiti, ausführlich in: C. L. R. James, Die schwarzen Jakobiner, Köln 1984. Nicht unerwähnt sollte hier auch der Roman „Explosion in der Kathedrale“ des kubanischen Schriftstellers Alejo Carpentier bleiben, der die Wechselwirkung der Französischen Revolution und der Sklaverei in den Kolonien zum Thema hat.

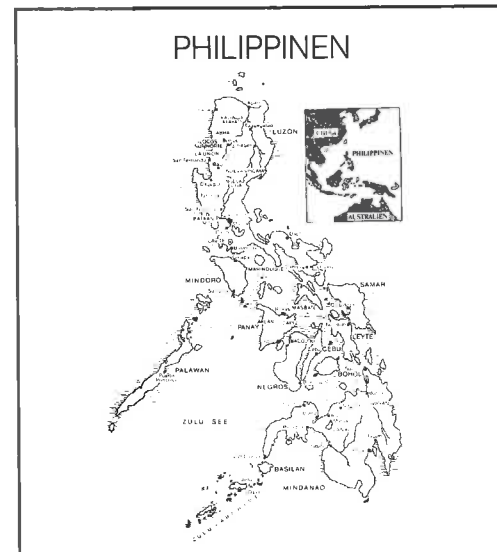


Fernando Morais
OLGA
Das Leben einer mutigen Frau
416 Seiten, Leineneinband mit
Schutzumschlag, 39,80 DM
Ein Kapitel der
deutsch-brasilianischen
Geschichte, die
Erzählung eines
außergewöhnlichen
Lebens, ein großer
dokumentarischer
Roman
Volksblatt Verlag
Postfach 250 405 5000 Köln 1

25. Februar 1986: Die US-Luftwaffe fliegt den langjährigen philippinischen Diktator Ferdinand Marcos ins Exil nach Hawaii. Seine Nachfolgerin wird Corazon Aquino. Überschwänglich sind der Jubel und die Erwartungen... in Manila, in Washington, im Vatikan und im deutschen Bundestag. Die besondere Faszination, so die Botschaft der internationalen Medien, besteht darin, daß sich die Filipinos in der „friedlichen Wunderrevolution“ der gehaßten Tyrannei entledigen. „People Power“ ist geboren.

„Tötet für People Power! Tötet für Demokratie!“ Mit diesen Kampfrufen machen bereits ein Jahr später staatlich geförderte Bürgerwehren Front gegen das Volk.

Dem Volk die Macht!



Bilanz des Aquino-Regimes

Angetreten als „Wächterin der Demokratie“, hat sie heute schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen zu verantworten. Diese haben nach Untersuchungen philippinischer und internationaler Bürgerrechtsorganisationen ein Ausmaß erreicht, das bereits dem der letzten Jahre der Marcos-Ära entspricht. Ein weiteres Wahlversprechen der Präsidentin war, die krassen wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten zu beseitigen. Nach Angaben der Weltbank 1988 lebten noch nie so viele Filipinos in absoluter Armut wie heute. Anstatt Armut zu bekämpfen, führt das Regime einen Vernichtungsfeldzug gegen alle, die für grundlegende Veränderungen eintreten: Bereits elf Monate nach dem Amtsantritt Aquinos wurden demonstrierende Bauern vor ihrem Palast zusammengeschossen. Ihre „Verbrechen“ hatten darin bestanden, die von der Präsidentin groß-

angekündigte, umfassende Landreform einzuklagen. Das Massaker forderte 18 „Bauernopfer“.

Außenpolitisch versprach Corazon Aquino die nationale Souveränität und Würde herzustellen. Anlässlich der letzten Verhand-

lungen über den Verbleib der US-amerikanischen Militärstützpunkte auf den Philippinen (1988) zeigte sich aufs neue das besondere Verhältnis Manilas zur einstigen Kolonialmacht: Die philippinische Innenpolitik endet dort, wo Washingtons Außenpolitik beginnt. Trotz massiver Proteste der Bevölkerung gegen die größten Militärbasen außerhalb des amerikanischen Konti-

nents bleiben sie „ein Dolch im Rücken des philippinischen Volkes“.

All das hat eine Situation entstehen lassen, die philippinische Selbsthilfegruppen und Partner westeuropäischer Nichtregierungsorganisationen präzise zusammenfaßten: „Wir leben in einem gewaltsamen Frieden, der dem Zustand eines permanenten Krieges gleichkommt“.

Aufbau der demokratischen Gegenmacht

Um sich gegen die gezielten Übergriffe staatlicher Gewalt zu wehren, bewaffnet zu verteidigen und überlebensfähige, selbstbestimmte Gegenstrukturen zu schaffen, beziehungsweise zu sichern, baut die **Nationale Demokratische Front (NDF)** die provisorische Revolutionsregierung auf. Seit ihrer Gründung 1973 entwickelte sich die **NDF** zum heute bedeutendsten Bündnis des Volkswiderstandes.

Eine ihrer wesentlichen Alternativen in der vorwiegend ländlich geprägten Gesellschaft besteht darin, das fruchtbare Agrarland zugunsten der Kleinbauern, Pächter und landlosen Landarbeiter umzuverteilen, es unter ihre Kontrolle zu bringen. In den von der **NDF** kontrollierten Gebieten konnten mittlerweile die ansonsten üblichen Wucherzinsen und überzogenen Pachtraten gesenkt werden. Auf diese Weise verloren die durch Aquino gestützten Großgrundbesitzer an Einfluß. Abhängig von der jeweiligen Stärke der **NDF** in bestimmten Regionen, sind eigenständige Produktions- und Handelskooperativen geschaffen worden. Da in weiten Landesteilen die Bevölkerung den Umgang mit staatlicher Gewalt einzig durch die Präsenz und Übergriffe des Militärs erfährt, ist sie zunehmend darauf angewiesen, ein eigenes Rechtswesen zu organisieren. Alltäglich vorkommende Praktiken wie beispielsweise Viehdiebstahl und Landraub werden so unterbunden. Da der staatliche Gesundheits- und Bildungsbereich in der Vergangenheit stark vernachlässigt wurde, ist die Bevölkerung hier selbst initiativ geworden. **NDF**-Mitgliedsorganisationen haben unter solchen Bedingungen mit bisher bescheidenen technischen Mitteln und traditionellen Methoden auf diesen Mangel reagiert.

Die **Nationale Demokratische Front** war und ist die einzige Organisation, die das Selbstbestimmungsrecht der ethnischen/nationalen Minderheiten der Inseln programatisch festgelegt und dementsprechend gehandelt hat. In all diesen Prozessen sind seit Jahren Frauen in herausragender Weise engagiert; eine der ersten Widerstandsgruppen innerhalb der nationalen und demokratischen Bewegung war eine Frauenorganisation.

Schotter für Aquino! Goldstaub für die NDF!

Mehr denn je verlangt dieses **Projekt Befreiung** unsere solidarische Unterstützung. Ist das Aquino-Regime darum bemüht, Geld zur Absicherung seiner Politik aufzutreiben, so ist unsere finanzielle Unterstützung für die **NDF** dringend notwendig!

Informationsmaterial erhalten Sie bei der: Aktionsgruppe Philippinen e.V. (agphi) Postfach 1141, 5444 Polch
Spenden an: agphi/ Postscheckkonto Nr. 3093 68-504/ Postscheckamt Köln/ Stichwort: „Gegenmacht“

Der NDF* die Mittel!

* Nationale Demokratische Front:

„Unser Engagement für die Veränderung ist weitgesteckt und tiefverwurzelt. Wir suchen Unterstützung und bieten Partnerschaft in einem Kampf, der sich in ständig wechselnder Form zuspitzt.“

EDITH LAUDOWICZ

13. Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen

Kultur und Widerstand

Vom 25.–28. Mai d.J. tagte in Hamburg der 13. Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen. Nicht die Planung bundesweiter Aktionen, wie beim letztjährigen BUKO zur IWF/Weltbank-Kampagne, sondern Informationen und Diskussionen über das bislang vernachlässigte Thema „Kultur und Widerstand“ bestimmten das Geschehen.

Das Thema des 13. BUKO erlangte angesichts der Auseinandersetzung um die Hafenstraße eine unerwartete Aktualität. So entschlossen sich denn auch viele der ca. 400 TeilnehmerInnen, nicht nur über Widerstandskultur zu reden, sondern sich den mehr als 2500 PolizistInnen entgegenzustellen. Diesen gelang es jedoch, die sich Solidarisierenden an den Rand zu drängen und so die Anzahl der ZuschauerInnen, die das Polizeispektakel mit ansehen wollten, zu erhöhen.

Die Ordnungsmacht ließ sich nicht beeindrucken und vollstreckte die Order: Räumung der Bauwagen, die seit mehreren Wochen zwischen und vor den Häusern standen. Das Abschlußplenum des Bundeskongresses verabschiedete eine Solidaritätserklärung mit den BewohnerInnen der Hafenstraße, in der es heißt: „Die BewohnerInnen der Hafenstraße verwirklichen durch ihr selbstbestimmtes Wohnen und Leben eine Kultur, die in offenem Widerspruch zur glitzernden Konsumwelt und den herrschenden Normen dieser Gesellschaft steht. Sie stehen mit ihrer Kultur den profitorientierten Spekulanten, Maklern und deren Repräsentanten im Senat, die die Lebenszusammenhänge eines Stadtviertels kaputtsanieren, ihren lebendigen Widerstand entgegen. Diese Gegenkultur stellt die herrschende Kultur radikal infrage.“

In den verschiedenen Referaten und Diskussionsrunden der Arbeitstagung sowie im kulturellen Begleitprogramm (Theater, Lesungen, Filme, Videos, Ausstellungen) ging es zentral um die Fragen, wie die fortschreitende Zerstörung der Kulturen der Länder und Völker Asiens, Afrikas, Lateinamerikas und des pazifischen Raumes durch wirtschaftliche und militärische Nutzung verhindert werden kann, was der imperialistischen, nivellierenden Einheitskultur („Dallas in jedes Dorf und jede Hütte“) wirksam entgegengesetzt werden kann. Die Diskussion um nationale Identität, den Erhalt autonomer Lebensräume und Formen und Inhalt von Widerstandskultur heute warf notwendigerweise auch die Frage nach der eigenen Identität und widerständiger Praxis in der BRD auf.

Daß die Frage der Wahrung einer eigenen, nationalen Identität von großer Bedeutung im Kampf gegen westliche Einflüsse – vorwiegend Normen der Warengesellschaft – ist, dürfte z.B. im Hinblick auf den Kampf der PalästinenserInnen gegen die israelische Herrschaft ebenso unbestritten sein wie im Fall des Kampfes der australischen UreinwohnerInnen – der Aborigines – gegen die Ausrottung ihrer Kultur und der indigenen Völker Lateinamerikas, die sich gegen die Zerstörung des Regenwaldes zur Wehr setzen.

Die von Jean Ziegler, Autor des Buches „Sieg der Besiegten“, aufgestellte These, daß nicht nur die Werte der kapitalistischen Warengesellschaft, sondern auch etwa marxistische Parteikonzeptionen und daraus abgeleitete Befreiungsstrategien eine ähnlich kulturzerstörerische Wirkung haben können, wird in der Solidaritätsbewegung sicherlich nicht nur Zustimmung finden. Ziegler belegte die These anhand des Vergleichs der revolutionären Entwicklung Äthiopiens und Burkina Fasos unter Sankara. Seiner Meinung nach sei der ursprünglich revolutionäre Prozeß in Äthiopien zum Stillstand gekommen. Der regierenden Partei nach marxistischem Muster ginge es einzig um die Machterhaltung; ethnische Besonderheiten fänden kaum Berücksichtigung und insgesamt sei eine gesellschaftliche Stagnation zu beobachten.

In Burkina Faso hingegen sei man/frau nicht vom gängigen marxistischen Partientyp ausgegangen, sondern habe auf ethnischen Grundsätzen beruhende Strukturen geschaffen. Zentrales Anliegen Sankaras, der sich auf Amilcar Cabral berief, sei es gewesen, das kollektive Volksgedächtnis wiederzubeleben und zu einer Reinterpretation von kulturellen Traditionen zu gelangen.

Eliminiert wurden z.B. in diesem Prozeß solche kulturellen Praktiken wie die Klitorisbeschneidung der Frau. Opferrituale erhielten andere symbolische Ausdrucksformen. Manche Traditionen wurden unverändert übernommen. Laut Ziegler habe dieser Prozeß wesentlich zur Entwicklung einer kollektiven Identität im revolutionären Um-



schwung beigetragen, die sich praktisch, z.B. auch in einer Erhöhung der Agrarproduktion gezeigt habe.

Auf die Probleme eines weitgehend undifferenzierten Kultur- und Identitätsbegriffs ging Nora Räthzel in ihrem Eingangsstatement ein. Sie grenzte sich von einem Kulturverständnis, welches nur Kunst meint, ebenso ab, wie von einem Verständnis, welches Kultur gleichsetze mit Lebensweise schlechthin, da diese Definition nicht geeignet sei, das Spezifische kultureller Prozesse zu erfassen. Ihrem Verständnis nach umfasse Kultur all jene Prozesse und Bestrebungen, die selbstzweckhaft seien und auf Gewinnung eines selbstbestimmten Lebens abzielten. Auch diese Definition enthalte schon einen Widerspruch in sich, da selbstzweckhaftes Handeln nicht per se schon auf Selbstbestimmung abzielte, sondern sich durchaus auf Zwecke richten könne, die genau den Anforderungen der herrschenden Kultur entsprechen.

Ähnlich problematisch sei für sie auch der Begriff der Identität, der nach gängigem

Verständnis das Zusammenfallen, die Einheit von Selbstentwurf und Ideal enthalte und somit Widersprüche weitgehend eliminiere, insbesondere aber Differenzierungen der Identität nach Klassen, Geschlechtern oder ethnischer Zugehörigkeit nicht automatisch enthalte.

In bezug auf die Problematik einer deutschen Identität verwies sie auf die Tatsache, daß nicht nur bei den konservativen Kräften die Auffassung vom Zusammenfallen der Volks- und Staatszugehörigkeit herrsche – ein Verständnis, das erstmals 1933 durch die Nazis etabliert worden sei und nach dem Kriege fortduerte. Sie plädierte für eine plurale Identität, die berücksichtige, daß die BRD schon seit langem eine multikulturelle Gesellschaft ist und die bedeuten könne, sich nur auf bestimmte Lebensweisen, Widerstandsformen und Traditionen zu beziehen.

In den einzelnen Arbeitsgruppen wurden die verschiedenen Aspekte der angeschnittenen Probleme ausführlich diskutiert. Das Niveau der Diskussion jedoch war recht unterschiedlich und erreichte nicht immer den Stand gegenwärtiger Diskurse. Neben länderspezifischen Arbeitsgruppen gab es einige übergreifendere Fragestellungen: Die Auswirkungen von Entwicklungspolitik, Solidaritätsarbeit und Tourismus in den Ländern der Dritten Welt, die Problematik der Gewinnung von Beurteilungskriterien für Kulturen und Bewegungen, Formen und Möglichkeiten von Widerstand in den verschiedenen Regionen und die Schaffung von Strukturen für den Erfahrungsaustausch.

In den verschiedenen Diskussionen offenbarte sich eine Tendenz, gegenüber den Kulturen der Dritten Welt eine recht unkritische Haltung einzunehmen, die nicht selten geprägt ist nur von der Ablehnung erfahrener Entfremdung von Natur und ursprünglich/urwüchsigen Lebensmöglichkeiten, von Konsumterror und Freizeitöde. Daß jedoch auch die Kulturen in den Ländern der Dritten Welt geprägt sind von Herrschaft und Unterordnung, daß nicht nur Spontanität und Emotionalität, nicht nur faszinierende Religiosität und geheimnisvoll-magischer Mystizismus anzutreffen sind, sondern in ebenso großem Ausmaß auch finsterner Aberglauben und daraus abgeleitete (vor allem die Frauen) einengende Praktiken sowie Gewalt und Unkenntnis über natürliche Zusammenhänge wurde zunehmend problematisiert.

Neben der inhaltlichen Diskussion in den Arbeitsgruppen spielte auch die Auswertung vergangener Aktivitäten und die Beschlußfassung für das nächste Jahr eine große Rolle.

Die Arbeit des BUKO war im letzten Jahr ungewöhnlich erfolgreich. Erstmals seit vielen Jahren gelang es mit der Kampagne gegen die IWF-Tagung in Berlin einen breiten Widerstand zu organisieren, der die Qualität der Vietnam-Bewegung erreichte und der von einem breiten Bündnis verschiedenster politischer Kräfte getragen

wurde. So gab es dann auch bei den Rechenschaftsberichten keine Kontroversen.

Längere Plenumsdiskussionen lösten zwei Punkte aus: Der Beschluß des BUKO, sich nicht an einer von ARD und NDR geplanten Kampagne „Eine Welt für alle“ zu beteiligen. In dem dazu verabschiedeten Antrag heißt es: „Auch wenn die Veranstalter betonen, eine Kampagne ohne Einblendung der Kontonummer der Hilfswerke zu planen, muß nach den bisher vorliegenden Strategiepapieren befürchtet werden, daß die Medienwoche „Eine Welt für alle“ – wie schon vorher der „Tag für Afrika“ – vor allem auf die Gefühle und die Spendenfreudigkeit der Zuschauer, Leser und Hörer abzielt.“

Mit den Widersprüchen zwischen Erster und Dritter Welt, mit der Verantwortlichkeit von Konzernen, Handelsgesellschaften

IN DEN DISKUSSIONEN
OFFENBARTE SICH OFT EINE
UNKRITISCHE HALTUNG ZU
DEN KULTUREN DER DRITTEN
WELT, DIE
UNBERÜCKSICHTIGT LIEß, DAß
AUCH DIESE VON HERRSCHAFT
UND UNTERORDNUNG
GEPRÄGT SIND

und Banken der Industrieländer für Elend und Kriege in der Dritten Welt werden sie nicht konfrontiert. In den Chefetagen der Unternehmen in Frankfurt, Chicago, Paris oder Tokio sitzen aber die Verursacher des Elends in der Dritten Welt. Nach den bisherigen Planungen wird es so sein, daß Journalisten und Fachleute der Ersten Welt hier über die Dritte Welt reden und urteilen. VertreterInnen von Basisinitiativen, Volksorganisationen oder WissenschaftlerInnen aus der Dritten Welt selbst kommen kaum zu Wort.“

Mit nur wenigen Gegenstimmen lehnten die im BUKO zusammengeschlossenen Gruppen deshalb eine Beteiligung ab; es wurde jedoch zugleich betont, daß die einzelnen Gruppen die Gelegenheit nutzen sollten, mit ihrer Sichtweise der Probleme im Sendezeitraum (12.–20.5.1990) an die Öffentlichkeit zu gehen.

Der zweite länger diskutierte Komplex war die Mitarbeit des BUKO in der GRÜNE-

nahen „Regenbogenstiftung“. Vor allem ging es um die Kompetenzen eines Stiftungsvorstands im Verhältnis zum Votum des BUKO. Es wurde nochmals betont, daß entscheidendes Kriterium für die Mitarbeit in der Stiftung sei, daß dort keinem Projekt zugestimmt würde, gegen das sich die Solidaritätsbewegung ausgesprochen hat.

Die anschließende Wahl zum neuen Koordinierungsausschuß (KA) ging ohne längere Debatten über die Bühne. Neu in den KA wurden der 3. Welt Laden Losheim und das Antiimperialistische Solidaritätskomitee (ASK) gewählt. Die Wahl des ASK, die sicherlich noch vor Jahren großen Widerspruch ausgelöst hätte, ist wohl vor allem auf die konstruktive Zusammenarbeit bei der IWF-Kampagne zurückzuführen, die bei den BUKO-Gruppen offenbar zum Abbau von Vorurteilen geführt hat.

Das abschließende Plenum wurde von einem Vortrag Abadio Greens (Kolumbien), Koordinator der Gegenaktivitäten zu der offiziellen 500-Jahr-Feier der „Entdeckung“ Amerikas eingeleitet. Für die indigenen Völker sei die beabsichtigte großangelegte Jubelfeier kein Grund zur Freude. Sie sei vielmehr Grund, der Millionen Toten zu gedenken, die das Opfer der Eroberung durch Schwert und Kreuz geworden seien. Diese Aktivitäten seien aber auch Anlaß für die indigenen Völker, die Frage zu stellen, wie es den Eroberern gelungen sei, ihre kulturelle Identität in diesem Ausmaß zu zerstören.

Deshalb auch sollen die Gegenaktivitäten dazu genutzt werden, die Selbstentdeckung einzuleiten. Bei der Wiedergewinnung kultureller Identität ginge es nicht nur um Folklore, es ginge vor allem um die Erreichung von individueller und kollektiver Autonomie.

Um sich ebenfalls auf die offiziellen Feierlichkeiten einzustellen und rechtzeitig auch hier zu Gegenaktivitäten zu kommen, beschloß der BUKO die Durchführung eines Seminars zu diesem Thema.

Der nächste BUKO wird sich mit den Auswirkungen des EG-Binnenmarktes auf die Dritte Welt befassen. Um der Entwicklung gerecht zu werden, wurde vorgeschlagen, diesen Kongreß in Straßburg durchzuführen. Das Ziel des nächsten Kongresses wird sein, eine angemessene Widerstandsform gegen die Strategie der Konzerne und Banken zu finden, die vor den Grenzen nicht haltmacht. Aus diesem Grunde sollen auch VertreterInnen verschiedener Gegenbewegungen aus anderen europäischen Ländern eingeladen werden.

Eine Uhr zum Geburtstag.

Der Solidaritätspreis 69 DM plus 3,50 DM Versandkosten. Nur gegen Voreinzahlung 72,50 DM per Eurocheck an Okeu Euro-Panorama 2, 8 München 80 oder Vorabüberweisung auf Stadtparkasse München. BLZ 70150000. Kto. 56-179658.

Damit Nicaragua eine eigene Stimme in der Welt behält. Der Erlös aus dem Verkauf geht an die Nicaraguanische Nachrichtenagentur ANN.

HELMUT GROSCHUP

Zwischen „Hochkultur“ und „Volkskultur“

Aufbruch ohne große Mittel

Einige „Visitenkarten“ des befreiten Nicaragua sind auch hierzulande längst zum Begriff geworden, vom Präsidenten des Nationalen Kulturrates, Ernesto Cardenal, über den Sänger Mejía-Godoy und die Dichterin Gioconda Belli bis hin zur Bauernmalerei. Dahinter verbirgt sich, wie unser Innsbrucker Mitarbeiter Helmut Groschup zeigt, ein kultureller Aufbruch, so begrenzt die Mittel und so heftig die Richtungsstreitigkeiten auch sein mögen.

Bei einem jährlichen Inlandsprodukt von 2 Mrd \$ belaufen sich die Kriegsverluste in acht Jahren Krieg in Nicaragua auf 12,5 Mrd \$. In dieser Zahl sind die Schäden durch den Handelsboykott und das Defizit durch die Verteidigungsausgaben nicht enthalten. Die Zahl der Kriegstote beträgt 54 000, darunter 28 000 Tote.

Der Hurrican „Joan“ richtete Schäden von über 800 Mio \$ an, die ökologische Zerstörung wird auf 1,4 Mrd \$ beziffert. 231 562 Menschen kamen zu Schaden, fast jeder 10. Nica wurde obdachlos. Bluefields wurde dem Erdboden gleichgemacht und Rama stand komplett unter Wasser. 116 Menschen sind gestorben, 178 wurden schwer verletzt und 110 vermisst (1).

Mit den Worten des peruanischen Schriftstellers César Vallejo gesprochen, was bedeutet es da, von Kultur zu sprechen? (2)

Mit dem Triumph der Sandinisten über die Somoza-Diktatur wurde in Nicaragua die Todesstrafe abgeschafft, gleichzeitig wurde das erste Kulturministerium in der ehemaligen Residenz des Diktators nahe der Plaza España eingerichtet. Diese Zuteilung des Hauses der Barbarei bedeutet für Salman Rushdie eine ausgesprochen elegante Form der Rache (3).

Als Kulturminister wurde der Dichter und Priester Ernesto Cardenal eingesetzt, der dieses Amt bis zum März des vergangenen Jahres ausübte. Im Zuge der „compactación“ (= Konzentration der Verwaltung) wurde das Kulturministerium in das Erziehungsministerium, geleitet von Ernestos Bruder Fernando, eingegliedert. Acht Jahre fungierte der Verfasser des „Nationallieds für Nicaragua“ (1972) und der „Stunde Null“ (1954–56) als Repräsentationsfigur der Regierung. Und seine Arbeit bewegte sich im Rahmen eines Konzepts der „nationalen Volkskultur“.

Seine Vizeministerin, die Dichterin Vidaluz Meneses, umriß bei der Tagung der nicaraguanischen Kulturschaffenden im letzten Sommer die Aktivitäten des Kulturministeriums wie folgt: „Die Betreuung des künstlerischen Schaffens, die Verbreitung der

Kultur und die Pflege des nicaraguanischen Kulturerbes.“ (4) Im Standardwerk sandinistischer Kulturpolitik „Hacia una política cultural“ wurde die grundlegende Orientierung formuliert: Eine volksnahe, demokratische, nationale und antiimperialistische Kultur zu schaffen (5).

Doch im Grunde wurde keine politische Linie vorgegeben, wie dies in Kuba geschehen ist (6). Dies hat aber auch dazu geführt, daß bei der Bestandsaufnahme acht Jahre nach dem ersten Treffen der nicaraguanischen Kulturschaffenden unter den Professionellen der Kunst jene nicht gefehlt hatten, die bekannten, daß „der Mangel an politischen Linien“ ihnen fruchtlose Erfahrungen eingebracht hat“ (7).

Schon in den ersten Jahren der Revolu-

tion kam es zu einem Richtungsstreit innerhalb des neuen Kulturlebens zwischen den AnhängerInnen der Politik des Ministeriums und den Mitgliedern der Künstlergewerkschaft Sandinistische Vereinigung der Kulturarbeiter (ASTC) (8), der auch in der Öffentlichkeit in der Kulturbeilage der „Barricada“ (Zentralorgan der FSLN), „Ventana“, ausgetragen wurde. Unter der Leitung der Dichterin Rosario Murillo, verheiratet mit dem Staatspräsidenten Daniel Ortega, war die ASTC eher europäischen Traditionen, d.h. der modernen westlichen Kultur, verpflichtet, eingebettet in das, was mit „Weltliteratur“ bzw. „Weltkultur“ bezeichnet wird, während sich Ernesto Cardenal eher auf nationale Wurzeln besann, in einem religiösen, solidarischen Sinn.

Wandmalerei in Managua



Ernesto wurde vorgehalten, provinziell zu arbeiten, einem Lokalismus anzuhängen, der von internationalen Tendenzen abgekoppelt ist. Rosario und ihrem Kreis, der in einem Künstlercafé im Stadtteil El Carmen nahe der Casa Fiedler verkehrte, das eher an die Treffpunkte der Intellektuellen in europäischen Metropolen erinnert, wurde Elitarismus vorgeworfen, der sich jenseits der nicaraguanischen Realität abspiele.

Die Tatsache, daß Ernestos Dichterlehrlinge, unter ihnen Julio Valle-Castillo und Juan Ramón Falcón, in der Kulturbeilage „Nuevo Amanecer“ der Tageszeitung „El Nuevo Diario“ schreiben, verleitet zur Annahme, daß der Streit zwischen Parteunabhängigen und FSLN-Dichtern ausgetragen wurde. Doch ging der Bruch zwischen Verfechtern der „Hochkultur“ und jenen der „Volkskultur“ mitten durch die Anhängerschaft der Sandinisten (9).

Was führte zur Auflösung des Kulturministeriums zur „compactación“? Unter der Bitterkeit der eingangs erwähnten Zahlen und aufgrund der fehlenden Dynamik des neuen Wirtschaftssystems der gemischten Wirtschaft mußten in der Bürokratie Einsparungen bis zu 50 % vorgenommen werden. Die 31 Kulturhäuser des Ministeriums CPC (Casa Popular de Cultura) und die 60 „talleres de poesía“ (Dichterwerkstätten) haben durch den Abzug von Personal an die Front mehr und mehr an Bedeutung verloren. Schließlich konnten nur jene Zentren überleben, in denen ehemals bezahlte Hauptamtliche durch engagierte Ehrenamtliche ersetzt wurden.

Heute sind noch 20 Literaturwerkstät-

ten, die der uruguayische Schriftsteller Eduardo Galeano neben der kubastämmigen Testimonio-Literatur zu den einzig originellen zeitgenössischen Beiträgen der lateinamerikanischen Literatur zählt (10), aktiv. Die Literaturwerkstätten gehen auf Cardenals erstes kulturelles Projekt im Widerstand in der Bauerngemeinde Solentiname am Großen Nicaragua-See (Lago Cocibolca) zurück, welches durch Cardenals US-Erfahrungen und durch eine Idee der costaricanischen Dichterin Mayra Jiménez angeregt wurde. Die Bauernpoeten von Solentiname wurden von allen namhaften nicaraguanischen Dichtern wie José Coronel Urtecho, Pablo Antonio Cuadra, Fernando Silva und Luis Rocha besucht, welche sich auch als Lehrer in der Werkstatt betätigten.

Neben den ökonomischen Problemen hat der Krieg aber auch organisatorische Deformationen verursacht. Durch die systematische Zentralisierung der Massenorganisationen, die auch die ASTC betroffen hat, ist ihr eigenständiger Beitrag verlorengegangen. Die KünstlerInnen und SchriftstellerInnen, vor allem die jüngeren unter ihnen, zogen sich zurück und beteiligten sich nicht mehr an Öffentlichkeitsarbeit, die dem einfachen Volk galt. So beklagte Rosario Murillo, daß sich jene nicht mehr an der Ausarbeitung der Kulturbeilagen der Tageszeitungen beteiligten (11). Am 7. Juli 1988 registrierte Comandante Bayardo Arce als Antwort auf den Bericht der verschiedenen Sektionen der ASTC die Stagnation in der künstlerischen Qualität. So meinte er, daß die MalerInnen noch nicht weiter als vor 25 Jahren seien. In seinem Rekurs hinterfragt er die Sinnhaftigkeit der Existenz von Kulturministerium und ASTC (12).

Am 25. Mai 1980 richtete Comandante Tomás Borge, heute Innenminister und selbst Dichter (13), an Bewohner von Bluefields während des Eröffnungsakts im Kulturhaus „Iván Dixon“ folgende Worte: „Compañeros von der Atlantikküste: ‚Kultur ist Revolution‘, sagte Mario Benedetti (uruguayischer Schriftsteller; H.G.), aber Kultur ist auch das Volk, das Volk, wenn es singt, das Volk, wenn es spricht und sogar, wenn es lacht. Das Volk, wenn es die Zukunft am Kopf eines Kindes streichelt. Das Volk, das vorwärts schaut und die Zukunft mit seinen Möglichkeiten besingt.“

Mit Demokratisierung der Kultur ist somit nicht nur die Befähigung zum Kulturkonsum gemeint. Die große Alphabetisierungskampagne hat den Menschen nicht nur lesen, sondern auch schreiben beigebracht. Sondern gemeint ist die Produktion von Kultur selbst. In diesem Spannungsfeld hat die nicaraguanische Revolution großartiges geleistet. Und dies nicht auf dem Rücken der ArbeiterInnen und Armen, denn Kultur wird großteils am Feierabend geschaffen: die primitive Bauernmalerei, Marionettentheater, „Nueva Canción“ (neues Lied), die Dichtung der Streitkräfte, das einzig dichtende Militär der Welt, die Literaturzeitschriften „Nicaraguac“ und „Poesía libre“, die Gedichte von Gioconda Belli, die

Lieder von Carlos Mejía Godoy, die Romane vom Vizepräsidenten der Republik Sergio Ramírez, vor allem sein Roman aus der Geschichte der Stadt Leon, „Castigo Divino“ (Göttliche Strafe, 1988) – Ausdruck von Volkskunst für das Volk, aus dem Volk, die vielen Straßentheater und Tanzgruppen . . .

Nicht zu vergessen ist die Pflege des Kunsthandwerks. Beim Treffen der Kunstschaffenden hielt Ernesto Cardenal ein Kunstwerk hoch und erklärte: „Schaut diesen Gürtel an. Das ist Kunst. Die Bauern von Los Chiles, die ihn angefertigt haben, sagten zu uns, daß man Kunst, Kultur sehr wohl ohne große Mittel machen kann.“

Nach neuen kulturpolitischen Konzepten sollen beide Richtungen des Ausdrucks Kulturschaffender erhalten bleiben. In erster Linie geht es im Moment um die Optimierung der Ressourcen und um die Steigerung der Beteiligung; aber ohne Förderung der Professionellen wird eine Basiskultur, wie auch immer sie definiert werden wird, nicht möglich sein. Denn „die früheren Ko-

ERNESTO CARDENAL
(NACHDICHUNG)

Die Papageien

Mein Freund Michel ist beim Militär in Somoto dort an der Grenze zu Honduras und er hat mir erzählt, daß sie einen Transport von Papageien stoppten, die man in die Vereinigten Staaten schmuggeln wollte, damit sie dort Englisch lernen.

Es waren 186 Papageien, aber schon 47 davon waren in den Käfigen gestorben.

Er brachte sie in die Gegend zurück, wo man sie eingefangen hatte und als der Lastwagen an einen Ort kam, den man Los Llanos nennt, in der Nähe der Berge, wo diese Papageien wohnen, da wurden sie unruhig und schlugen mit den Flügeln und drängten sich gegen die Gitterstäbe. Und als die Käfige geöffnet wurden flogen sie alle wie die Pfeile auf ihre Berge zu.

So hat es die Revolution auch mit uns gemacht, denke ich: sie hat uns aus den Käfigen gelassen, in denen wir Englisch lernen sollten; sie gab uns die Heimat zurück, die man uns entlassen hatte.

Die Gefährten, grün wie die Papageien, gaben den Papageien ihre grünen Berge zurück. Aber 47 von ihnen sind tot.

lonial- und heutigen Industrienationen sind nicht nur auf wirtschaftlichem, ökologischem und sozialem Gebiet als Unterentwickler tätig . . . Sie sind es auch auf kulturellem Gebiet“ (14).

So kommt es auch vor, daß die Literaturbeilagen der Tageszeitungen auf kulturelle Ereignisse in Europa Bezug nehmen. Anlässlich des Todes des österreichischen Schriftstellers Thomas Bernhard erschien ein

10 Jahre Revolution in Nicaragua



**Fiesta
am
1. Juli 1989**

Stadthalle
Bad Godesberg/Bonn

Programm

14.00-18.00 Uhr
Ausstellungen, Vorträge, Filme/Videos,
Dias, Referate, Diskussionsrunden, In-
formative zu den Themen:

- 10 Jahre FSLN-Politik
- 10 Jahre Solidaritätsarbeit
- Brigaden
- Städtepartnerschaften
- Ökologie
- Kunst in Nicaragua
- Friedensprozeß in Mittelamerika
- Aktion Phönix

ab 18.00 Uhr
Fiesta
mit
Udo Lindenberg
Dietmar Schönherr
Chor Kölner Gewerkschafter
Trio Atahulpa und vielen anderen
und
Dimension Costena

19.00 Uhr
Commandante Omar Cabezas
spricht

ab 24.00 Uhr-
Salsa- Disco

Vorbereitungskomitee 1. Juli
c/o BARRICADA internacional, Wiesenweg 19,
5300 Bonn 1, 0228-62 10 39

Eintritt: im Vorverkauf 10,- DM
Abendkasse 15,- DM

ganzseitiger Bericht in „Ventana“ mit dem Titel „Un adiós en soledad“ (Ein Tod in Einsamkeit) (15). Wer kennt denn schon Thomas Bernhard in Nicaragua? Natürlich drängt sich diese Frage auf. Vorbei an der Realität des Landes, denn „Kultur muß notwendigerweise mit der nationalen Realität zu tun haben“ (16).

Doch hat Kulturaustausch immer zwei Richtungen. Der Export der Bauernmalerei muß mehr Argumente haben als das der Notwendigkeit, an Devisen heranzukommen. In diesem Zusammenhang warnt Tomás Borge auch vor der Gefahr des Folklorismus. Der Standort aller Volkskultur ist also zwischen den Extremen Elitarismus und Folklorismus zu suchen, unter Ausschluss der Extreme selbst.

Die Kulturschaffenden und ihre Werke sind integraler Bestandteil der Revolution in Nicaragua. Dies festzustellen, baut auf eine lange Tradition. Diese reicht zurück bis zu Rubén Darío (17) „Azul“, Gedichtband des wohl berühmtesten Sohnes nicaraguanischer Eltern, dessen 100. Geburtstag im vorigen Jahr gefeiert wurde. Sie schließt die Gründung der „Frente Ventana“ im Jahre 1960 als Antwort auf das Studentenmassaker am 23. Juli 1959 (18) ein und reicht bis hin zu den Guerilla-Dichtern Leonel Rugama (19) und Omar Cabezas (20).

Über dem Schreibtisch von Ernesto Cardenal im ehemaligen Kulturministerium hing das Bildnis des Dichters und Tyrannenmörders Rigoberto López Pérez (21). Über ihn sagte der Begründer der FSLN, Carlos Fonseca, daß er die revolutionäre Tat mit der Poesie verschwisterte. Ein Volk voll von Dichtern entledigte sich einer Diktatur ohne Dichter.

Die Revolution kennt keinen Index, sondern nur Papierknappheit. Trotzdem sind die Dichter bekannt und trotzdem werden vom sandinistischen Fernsehen Telenovelas gesendet, die genauso beliebt sind wie die Spiele der Baseball-Meisterschaft. Tomás Borge nennt sie eine Herausforderung und Gabriel García Márquez fordert, sie in ein „wirkliches Instrument des Volkes zu verwandeln“ (22).

Im Gedicht „Las Loras“ (Die Papageien) gibt Ernesto Cardenal eine Vorstellung, was mit „kulturellem Nationalismus“ gemeint sein kann. Die Rede ist von 186 Papageien, die in die USA geschmuggelt werden sollten, um dort Englisch zu lernen (23).

In diesem Zusammenhang muß das Autonomiestatut der Karibikküste als kulturelles Ereignis erwähnt werden. Daß die Achtung der kulturellen und sprachlichen Traditionen keine Selbstverständlichkeit am Isthmus ist, davon zeugen die Überlegungen der Vereinigung Salvadorianischer Kunst- und Kulturarbeiter (ASTAC): „Die Kunst ist aus der Sicht der herrschenden Sektoren ein Instrument des Profits oder ein Instrument, um das Bewußtsein einzuschläfern, oder auch beides zusammen. Der größte Teil der Texte der Musik, die wir im Radio hören, ist auf Englisch.“ (24)

Der 10. Jahrestag der sandinistischen Re-

volution bietet Grund genug zur Hoffnung, daß die Konzentration aller Kräfte im kulturellen Bereich der Revolution innerhalb des neu geschaffenen Kulturinstituts unter der Leitung von Rosario Murillo (25) und der Präsidentschaft von Ernesto Cardenal mit dem „Imperialismus der Farben“ endgültig Schluß macht. Denn die wirtschaftliche Abhängigkeit hat eben Vorbilder, Werte und Geschmäcker kreiert, die noch größere politische und wirtschaftliche Abhängigkeit geschaffen haben. Die Unterstützung der nationalen Kultur in all ihren Ausdrucksformen, seien sie kollektiver oder individueller Art, ist in Nicaragua in der Verfassung verankert (26).

Anmerkungen

- 1) Nicaragua-Nachrichten, Informationsblatt des Hilfskomitees für Nicaragua, Wien 1989, Nr. 52/15.1.; Nicaragua libre, Wien 1988, Nr. 3-4
- 2) César Vallejo (1892-1938), Ein Mann geht vorbei, in: C.V., Gedichte, Frankfurt/M. 1963
- 3) Salman Rushdie, Das Lächeln des Jaguars. Eine Reise durch Nicaragua, München 1987
- 4) Zickzackbewegungen der Kultur – Prozeß der Selbstbewertung. Analyse in: Envio, Wuppertal, Nr. 87, September-Oktober 1988
- 5) Ebenda
- 6) Ich beziehe mich auf Fidel Castro, Palabras a los intelectuales, Havanna 1961, als F.C. den legendären Ausspruch tat: „dentro de la Revolución, todo, contra la Revolución nada“ (innerhalb der Revolution alles, gegen die Revolution nichts). Zur Rolle des kubanischen Intellektuellen siehe: Martin Franzbach, Die neue Literatur in der Karibik, Köln 1984 (Pahl-Rugenstein 336)
- 7) Zickzackbewegungen . . . , a.a.O.
- 8) ASTC beschränkte seine Tätigkeit darauf, Künstlerinnen zu fördern und bekannt zu machen.
- 9) Auskunft eines Mitarbeiters der Abteilung für internationale Beziehungen des neuen Kulturinstituts.
- 10) talleres de poesía, antología, Ministerio de Cultura, Managua 1983 (Introducción: Ernesto Cardenal): Aus dem Vorwort einer Antologie der Arbeiten aus Literaturwerkstätten. Testimonio-Literatur = Zeugnis-Literatur; wichtigster Vertreter ist Miguel Barret (Alle träumten von Cuba, Frankfurt/M. 1981).
- 11) Zickzackbewegungen . . . , a.a.O.
- 12) Ebenda
- 13) In: Hacia una Política Cultural de la Revolución Sandinista, Managua 1982
- 14) Kulturschock oder Interkulturelles Lernen von Gertrud Paukner in: Nicaragua libre, a.a.O.
- 15) Ventana, Sábado, 18.3.1989
- 16) Zickzackbewegungen . . . , a.a.O.
- 17) Rubén Darío (1867-1916), nicaraguanischer Modernist; Azul, Valparaíso (Chile), 1988
- 18) La Poesía Política Nicaragüense von Francisco de Asís (Hg.); Fernández, Managua 1986
- 19) Leonel Rugama (1950-70), am 15. Januar 1970 bei einem Gefecht der Guerilla gegen die Nationalgarde Somoza getötet.
- 20) Omar Cabezas, Guerilla-Kommandant, Schriftsteller; vgl. „Die Grenze ist da, wo die Kunst der Revolution zu schaden beginnt“, Interview, in: Machete, Innsbruck, Oktober 1988
- 21) Rigoberto López Pérez (1930-56), Arbeiterdichter aus Leon, erschießt am 21. September 1956 den Diktator Anastasio Somoza senior.
- 22) Zickzackbewegungen . . . , a.a.O.
- 23) Ernesto Cardenal, Die Papageien, in: Poesía Libre, Gedichte aus den Poesiewerkstätten Nicaraguas in deutschen Nachdichtungen und Übersetzungen, Tübingen 1983 (Hg. Urs M. Fiechter)
- 24) Micky Maus für Obdachlose, in: Correos de Centroamérica, Zürich, Nr. 48, 19.2.1987
- 25) Auch die ASTC wird aufgrund der „compacatación“ aufgelöst und in das nationale Kulturinstitut integriert, das dem Kulturrat („Consejo de Cultura“) untersteht.
- 26) Nicaraguanische Verfassung, die am 9.1.1987 verabschiedet wurde: Art. 126, 127 und 128

STICHWORT

Mit einem kräftigen Schluck Whisky assoziieren Konsumenten in aller Welt den „Geschmack von Freiheit und Abenteuer“. Die koloniale Vergangenheit dieses aus Malz und Korn gebrannten hochprozentigen Gesöffs ist dabei meist ebenso unbekannt wie seine neokoloniale Gegenwart.

1986 fand in Großbritannien der längste und gnadenloseste Übernahmekampf um eine Weltfirma statt. Dabei stritten sich der Brauereikonzern Guinness und die rasch expandierende Supermarktkette Argyll PLC um die Aktien des schottischen Whiskykonzerns Distillers (DLC). Für Guinness wäre es „eine britische Schmach“ gewesen, wenn das „kostbarste Getränk, das die Briten in alle Welt gebracht hatten“, bloß noch als Billigangebot in den Regalen eines Supermarktes gestanden und auf biedere Kunden gewartet hätte.

Da Guinness schon mit Bier (Stout und Ale) sowie Rekordbüchern (Guinness Book) in ca. 150 Ländern der Erde vertreten ist, wollte man/frau jetzt mit Whisky nachziehen. Jedermann sollte das Recht erhalten, direkten Zugang zu schottischem/britischem Whisky zu haben. Mit den USA und Frankreich hatten diesbezüglich bereits Vorgespräche stattgefunden, nur Japan sträubte sich noch. Da Guinness aber auf den asiatischen Markt angewiesen war, weil der Konkurrent Lonrho PLC bereits die Afrika-Verteilung kontrollierte, mußte das japanische Monopol gebrochen werden.

Da es zudem um postkoloniales Prestige und „Commonwealth-Ehre“ ging, half sogar die britische Premierministerin Margaret Thatcher kräftig mit. Auf einer Pressekonferenz anlässlich des Tokioter Wirtschaftsgipfels Anfang Mai 1986 brach sie in ein regelrechtes Whiskygespräch aus: „Wahrlich, es ist eine Schande, wenn unser Whisky in Japan nicht auf dem Markt ist. Er ist wirklich ein außerordentlich gutes Erzeugnis und es gibt nichts, das ihn auf Erden ersetzen könnte. Alle Menschen möchten ihn trinken und es ist deshalb ein Willkürakt, wenn Protektionismus es Menschen in Japan nicht ermöglicht, ihn zu kaufen.“

Derartig protegiert und unter Einsatz von etwa 1 Mio Pfund für Werbeseiten in der Presse ging Guinness schließlich aus dem Streit mit Argyll PLC als Sieger hervor und kaufte Distillers für 2,4 Mrd Pfund. Da Guinness bereits 1985 den viertgrößten Anbieter Arthur Bell & Sons für 370 Mio Pfund geschluckt hatte, war das Brauereunternehmen Mitte 1987 die unbestrittene Nr. 1 im Whiskygeschäft.

Das Management ging denn auch flugs an die Neuorganisation des europäischen und asiatischen Marktes. In Europa schlossen sich die Symbole der alten Kolonialmacht

Whisky



und der neuen Elite, Champagner und Whisky, zusammen: Guinness ging eine Liaison mit dem französischen Champagner- und Cognac-Konzern Moët-Hennessy ein. Und im Fernen Osten wurden zwei alte und prestigeträchtige Kolonialwarenhandels Häuser mit neuen Aufgaben betraut: Jardine Matheson hat Hongkong, die VR China, Taiwan, Korea und Japan zu versorgen: Inchcape, einst im Teegeschäft, übernahm die Whiskyvertretung in Malaysia, Indonesien, Thailand und in den Staaten Indochinas.

Der zweite Gigant im internationalen Whiskygeschäft, Allied-Lyons, entstammt ebenfalls dem einstigen britischen Kolonialreich. 1961 entstand während des Entkolonialisierungsprozesses die Firma Allied, die verschiedene dahinsiechende asiatische Teeplantagen, Teemischfirmen und Verkaufsorganisationen umschloß. Da mit Tee allein jedoch kein allzu großes Geschäft mehr zu machen war, diversifizierte sich Allied, kaufte zunächst das Nahrungsmittelunternehmen Lyons und später mehrere schottische Whiskybrennereien.

1985 wäre Allied-Lyons allerdings fast selbst geschluckt worden. Was Guinness in Großbritannien recht war, sollte dem australischen Brauerei- und Handelskonzern Elders nur billig sein. Da Elders nur schwer am EG-Markt teilhaben konnte, zeigte sich der Konzern zunehmend an Brauereien, Gasthausketten und dem Whiskygeschäft von Allied-Lyons interessiert. Um eine Übernahme durch das finanzstarke australische Unternehmen zu verhindern, kauften sich die Briten beim zweitgrößten nordamerikanischen Whiskykonzern, dem kanadischen Hiram Walker Spirits, ein.

Als dritte Größe steht im weltweiten Whiskybund der bereits erwähnte britische

Handelskonzern Lonrho PLC mit seinen Afrika-Connections. Lonrho-Chef Tiny Rowland: „Geschäft ist Geschäft, und es hat in Afrika noch nie einen Unterschied gemacht, ob das System kapitalistisch, marxistisch, sozialistisch oder humanistisch war.“ Er weiß und spekuliert darauf, daß sich gerade in Notzeiten alle, die es sich leisten können, Luxusgüter oder Prestigeobjekte anschaffen und genießen.

So fließt im frankophonen Afrika der Champagner und im anglophonen der Whisky. Dabei beherrscht Lonrho den Whiskymarkt des anglophonen Afrika völlig. Gemäß der von Tiny Rowland formulierten Geschäftsdevise hat sich Lonrho denn auch im wesentlichen auf zwei Konsumentengruppen eingestellt: Zum einen auf die Superreichen in Afrika und im Nahen Osten mit dem Luxus exquisiter Hotels, Casinos, Privatjets, Gold- und Schmuckhandel, alten Weinen, Whiskys und Hochqualitätsstees. Und zum anderen auf die völlig Verarmten in den Slums mit den riesigen Werbeflächen für Billigwhiskys und Brandys.

Ob in Lagos, Nairobi oder Soweto, Lonrho ist in den Schnapsläden immer mit dabei. Und das Geschäft läuft fast wie von selbst: Gerade in den Slums muß der Mann zeigen, daß er ein „ganzer Kerl“ ist. Whiskytrinken gilt dabei als Zeichen der Verwegenheit, als etwas, was sich eigentlich keiner leisten kann, aber dennoch tut. Und so verschwinden ohnehin karge Löhne und Haushaltsgelder im Alkoholdunst, um erst wieder als satte Profite in den Bilanzen der Whiskykonzerne aufzutauhen. Angesichts dieses durch den Whisky zusätzlich verursachten Elends, wirkt sein „Geschmack von Freiheit und Abenteuer“ nur noch fade.

Georg Diederichs

Angola und andere Frontstaaten im Visier Südafrikas

Unlängst einigten sich die Regierungen Angolas, Kubas und Südafrikas auf eine politische Verhandlungslösung zu Angola/Namibia. Die Streitkräfte des Apartheidregimes räumten Südafrika. Der Unabhängigkeitsprozeß im südafrikanisch besetzten Namibia wurde in Gang gesetzt, vollzieht sich allerdings höchst widersprüchlich (siehe **DRITTE WELT** 5 und 6/1989). Ein zum Jahre 1990 befreites Namibia wird auf ähnliche Weise unter dem Damoklesschwert der Intervention Pretorias stehen wie zuvor Angola und Mosambik. Insofern ist die eingehendere Untersuchung der seit Mitte der 70er Jahre betriebenen Destabilisierungspolitik gegen diese unliebsamsten Frontstaaten und das ihnen verbundene Simbabwe nicht nur eine Art Zwischenbilanz, sondern von einigem Erkenntniswert auch für die nähere Zukunft eines von der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO) regierten Namibia.

Den nichterklärten Krieg des südafrikanischen Apartheidregimes gegen seine von Befreiungskräften regierten Nachbarn stellt

Joachim Becker, Angola, Mosambik und Zimbabwe. Im Visier Südafrikas, Pahl-Rugenstein, Köln 1988, 329 S., 19,80 DM

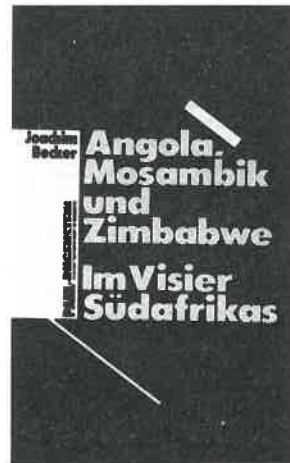
als Kehrseite des Krieges gegen das eigene Volk dar. Auf die Widerstandswellen der nichtweißen Mehrheit Mitte der 70er und 80er Jahre und die sie begleitende tiefe Krise des Apartheidsystems reagierten dessen herrschende Kreise mit der sog. „totalen Strategie“ nach innen (Minireformen und rigide Aufstandsbekämpfung) und einer noch aggressiveren Regionalpolitik.

Im einleitenden Kapitel skizziert der Autor, Redakteur der Anti-Apartheid-Nachrichten, diese Ausgangslage in und um Südafrika, Namibia unbegriffen. Der Wahlsieg der Befreiungsbewegung ZANU/PF in Simbabwe und die Gründung der Frontstaatenvereinigung SADCC im Jahr 1980 veranlaßten Pretoria, zu „einer selektiven, dafür aber intensivierten Destabilisierung über- (zugehen). Hauptangriffsziele waren Angola, Mosambik und Lesotho. Diplomatische Erfolge konnte Südafrikas Regierung Anfang 1984 mit dem Abschluß eines Nicht-Angriffsvertrages mit Mosambik und eines Truppenentflechtungsabkommens mit Angola verbuchen. . . Den nichterklärten Krieg gegen Mosambik und Angola stellte Südafrika allen Beteuerungen zum Trotz nicht ein, sondern führte ihn – zunächst in verdeckter Weise – weiter.“ (S. 22/23) Als sich 1986 der internationale Sanktionsdruck auf das Apartheidregime verstärkte, weitete Pretoria die militärische und wirtschaftliche Destabilisierung Mosambiks und Angolas sowie den Druck auf Simbabwe aus.

Als Kernziele der Regionalpolitik Pretorias arbeitet Becker heraus: Einmal wolle es den Widerstand in Südafrika und Namibia durch ein Abschneiden der Unterstützung von außen zurückdrängen. Zum zweiten suche es die Hegemonie im Südlichen Afrika zu behaupten, wobei sich die wirtschaftliche Abhängigkeit der Nachbarstaaten auch als Hebel gegen Sanktionen nutzen ließe. Und drittens zeige sich, „daß Südafrika über die völlige Zerrüttung wirtschaftlicher und sozialer Strukturen die Versuche einer soziali-

stisch orientierten Entwicklung (in Angola und Mosambik; d. Verf.) zum Scheitern zu bringen versucht.“ (S. 24) Im folgenden wird die Rolle der drei westlichen Schlüsselakteure im Südlichen Afrika, voran der USA und BRD, unter die Lupe genommen, die Destabilisierung und die Gegenmachtrolle der SADCC als wichtig, aber begrenzt gewertet (S. 74).

Damit sind die regionalen Rahmenbedingungen für Befreiungsprozesse im Südlichen Afrika auf eine geraffte und dennoch differenzierte Wei-



se abgesteckt, bevor Becker sich länderspezifischen Betrachtungen zuwendet. Es handelt sich dabei um Überblicksbeiträge zur politisch-wirtschaftlichen Entwicklung Angolas, Mosambiks und Simbawes seit ihrer Unabhängigkeit, wobei ein Hauptaugenmerk auf die Auswirkungen der südafrikanischen Destabilisierungspraktiken gelegt wird. Im längsten dieser Kapitel, dem zu Angola (S. 75–170), findet sich eine ausführliche Rückschau auf den antikolonialen Befreiungskampf und auf das Ringen von MPLA, FNLA und UNITA um die Macht im Jahr 1975. Bilanziert werden die Aufbaumassnahmen der MPLA-Regierung unter den Bedingungen extremer Unterentwicklung und einer permanenten Kriegswirtschaft.

Becker zeichnet die von Südafrika, Zaire und seit 1981 wieder verstärkt seitens der USA betriebene Destabilisierungspolitik nach, die 1985 in einen erweiterten Contra-Krieg von UNITA und südafrikanischen Invasoren mündete. Nachdem 1987/88 die angolanisch-kubanische Gegenoffensive das Blatt wenden konnte, rückte eine politische Verhandlungslösung ins Bild, welche die südafrikanische Räumung Südafrikas und den Unabhängigkeitsprozeß für Namibia anbahnte. „Die Einleitung der Entkolonisierung Namibias auf Grundlage der einschlägigen UN-Beschlüsse“, so das treffende Resümee, „ist für Angola eine ganz zentrale Voraussetzung für den schrittweisen Abzug der kubanischen Truppen aus Angola, weil ein freies Namibia für Angola das Ende der umfassenden südafrikanischen Aggressionen garantieren würde.“ (S. 168)

Im Kapitel zu Mosambik werden die Aufbaukonzeption der Frelimo, die Ursachen und Zwän-

ge der akuten Wirtschaftskrise und die Korrekturmaßnahmen 1983/84 bilanziert sowie der von Pretoria angeschobene Contra-Krieg der RNM nachgezeichnet. So überlebenswichtig für Maputo der Nkomati-Nichtangriffsvertrag mit Pretoria vom März 1984 war, er brachte nicht die erhoffte Lockerung der Destabilisierungsschraube seitens des Apartheidregimes. Das Zerstörungswerk der RNM wurde, gefördert von konservativen Kräften in Westeuropa und den USA, weiter ausgedehnt.

Im anschließenden Kapitel über das unabhängige Simbabwe arbeitet der Autor prägnant heraus, wie die ZANU/PF-Regierung die relativ große Wirtschaftspotenz des Landes durch eine behutsame, langfristig angelegte Entwicklungsstrategie zu dem neben Angola zweiten regionalen Gegenmachtfaktor gegenüber dem Apartheidstaat aufbaute. Simbabwe gelang dies trotz wirtschaftlicher Abhängigkeiten von Südafrika, trotz doppelgleisiger Destabilisierungsversuche Pretorias und Washingtons. Nebenbei leistete die Regierung Mugabe maßgebliche militärische und wirtschaftliche „Überlebenshilfe“ für das benachbarte Mosambik. Und: „Durch seine starke Unterstützung Mosambiks stört Zimbabwe Pretorias regionale Hegemoniebestrebungen empfindlich.“ (S. 294) Insgesamt empfiehlt sich Beckers prägnantes, faktenreiches Buch vorzüglich als Einstieg in die Frontstaatenzenarie des Südlichen Afrika und in den Lösungsprozeß zu Angola/Namibia.

Zur Vertiefung des Hintergrundwissens über Angola geeignet, ist

Michael Offermann, Angola zwischen den Fronten, Centaurus-Verlag, Pfaffenweiler 1988, 510 S., 58 DM,

wenngleich der Titel etwas irritieren mag. Angola liegt nicht dazwischen, sondern an der Front. Ausführlich zeichnet der Verfasser dieser Dissertation die wirtschaftlichen Voraussetzungen und Entwicklungslinien des unabhängigen Angola nach. Er bietet eine Fülle ergänzender Informationen zur Destabilisierungspolitik Südafrikas und der Westmächte (S. 214 ff.). Und er zeichnet ein recht objektives Bild von der Zusammenarbeit Angolas mit den sozialistischen Staaten (S. 299–325). Ausführlich werden die Wirtschafts- und Innenpolitik der MPLA-Regierung dargestellt, werden die inneren und äußeren Ursachen der Wirtschaftsmisere aufgespürt. Offermann bescheinigt der MPLA zu guter letzt „große Leistungen (. . .) im sozialen Bereich“ und ein „beachtliches Durchhaltevermögen“. Die „Chancen“ der MPLA stünden „immer noch gut, mittel- bis langfristig ein erfolgreiches Modell sozio-ökonomischer Entwicklung zu präsentieren. Die Frage der Demokratie bleibt offen. . .“ (S. 486)

Die Schwachpunkte des Buches liegen bei der Ausblendung des Verhältnisses von MPLA und Staat sowie bei der Abhandlung der MPLA-Geschichte ohne Heranziehung von Originaldokumenten der Regierungspartei. Dennoch bietet es einen unverzichtbaren Fundus an Hintergrundinformationen zu Befreiungskampf und Konfliktszenarie in Angola. **Wolfgang Breugel**

INFOS ZUR SOLIDARITÄT

Buchtip

Globale klimatische Veränderungen

Eine Bestandsaufnahme der klimatischen Zerstörungsprozesse und möglicher Auswege liefert

Paul J. Crutzen/Michael Müller (Hg.), Das Ende des blauen Planeten? Der Klimakollaps: Gefahren und Auswege, Verlag C.H. Beck, München 1989, 270 S., 16,80 DM.

Im Anfangsteil beschreiben anerkannte Experten aus Ost, West und Süd die menschlichen Einflüsse auf das Klima, seine Veränderung, den Treibhauseffekt und regionale Auswirkungen (Amazonas, Australien). In zwei weiteren Kapiteln werden Handlungsstrategien zur Verhinderung des Klimakollapses beschrieben und am Beispiel des Umbaus des Energiesystems konkretisiert.

Die restlichen Kapitel enthalten Stellungnahmen zu den o.g. Themen aus der Chemie- und Energiewirtschaft, von Politikern der im Bundestag vertretenen Parteien und schließlich von Verbraucher- und Umweltschutzverbänden. Hinweise für Verbraucher, wie sie zur Abwendung des drohenden Klimakollapses beitragen können, ein Glossar und Schaubilder zum Thema runden den Band ab.

Ein Mangel dieses Buches, das einen umfassenden Überblick über das Problem und die verschiedenen Positionen dazu gibt, ist allenfalls das Fehlen einer Bibliographie mit weiterführenden Werken.

Ausländer

Kongresse der IG Metall und der Einwanderer- und Flüchtlingsinitiativen

Für eine bessere Selbstorganisation der Minderheiten und den Aufbau einer antirassistischen Bürgerrechtsbewegung haben sich am 6./7. Mai d.J. in Frankfurt/M. rund 300 TeilnehmerInnen des 8. bundesweiten Kongresses der EinwanderInnen- und Flüchtlingsinitiativen ausgesprochen. Der Kongreß verband diese Absichtserklärung mit der Kritik an der „gutgemeinten Ausländerarbeit deutscher Organisationen, die uns als Problemfälle behandeln.“

Auf dem Treffen wurde zugleich die Besorgnis geäußert, daß die Vollendung des EG-Binnenmarktes die Situation von Flüchtlingen verschlechtern werde. Deshalb sei auch ein Netzwerk der Initiativen auf europäischer Ebene nötig. „Das Problem des offenen Europas ist, wie es geschlossen werden kann“, warnte der schwarze Brite Wayne Farah, Vertreter des britischen Flüchtlingsforums. Europa werde zu einer „Festung“, in der der Rassismus in den verschiedenen Ländern der EG zu einem einheitlichen „eurozentristischen Rassismus“ verschmelze. Als Reaktion auf die Harmonisierung des EG-Binnenmarktes müßten sich auch die Flüchtlings- und

EinwanderInneninitiativen in der EG „harmonisieren“, verlangte Farah, der den Entwurf eines „europäischen Manifestes der zehn Forderungen“ vorstellte. Darin wird für Flüchtlinge und EinwanderInnen u.a. ein uneingeschränktes Bleiberecht, das Recht auf Familienzusammenführung, auf freie Wahl des Aufenthaltsortes innerhalb der EG, volle politische und soziale Gleichberechtigung sowie eine Amnestie für alle AusländerInnen, die in der EG ohne Arbeitserlaubnis einer Beschäftigung nachgehen, gefordert.

Ebenfalls in Frankfurt führte die IG Metall vom 8.–11. Mai d.J. ihre 2. AusländerInnenkonferenz durch. Die 200 Delegierten der über 300 000 ausländischen IG-Metall-Mitglieder berieten ca. 170 Anträge, die sich mit ihrer Arbeits- und Lebenssituation hierzulande befaßten. Zu den Schwerpunkten gehörten dabei die Forderung nach einem kommunalen AusländerInnenwahlrecht, der grundsätzlichen Erweiterung politischer Rechte sowie nach der Erhöhung des AusländerInnenanteils in den Gremien der IG Metall.

An der Demonstration und Kundgebung, zu der die IG Metall anläßlich ihrer 2. AusländerInnenkonferenz aufgerufen hatte, beteiligten sich in Frankfurt zudem rund 15 000 GewerkschafterInnen aus allen Teilen der Bundesrepublik. Demonstration und Kundgebung standen unter dem Motto „Ja zum Miteinander – für Offenheit und kulturelle Vielfalt bei uns und in Europa“

Südafrika-Sportboykott

Proteste gegen Teilnahme an Schachturnier

Gegen die zugesagte Teilnahme des Großmeisters Ludek Pachmann und des internationalen Meisters Hans-Günther Kestler an den südafrikanischen Schachmeisterschaften, die vom 21. Juli bis 6. August d.J. in Secunda stattfinden, hat die Anti-Apartheid-Bewegung (AAB) protestiert. Während Kestler den Apartheidstaat schon mehrfach besucht hat, will Pachmann dort zum ersten Mal antreten.

In einer Presseerklärung vom 9. Mai mahnte die AAB: „Die Mitgliedschaft des rassistischen südafrikanischen Schachbundes im Internationalen Schachbund ist wegen der Apartheidpolitik suspendiert. Der geplante Start von Pachmann und Kestler verstößt daher nicht nur gegen die Boykottbeschlüsse der Vereinten Nationen und Internationaler Sportorganisationen, sondern auch gegen die Statuten des Internationalen Schachbundes. Im Falle Ludek Pachmann erhält dieser drohende Boykottbruch noch eine besondere politische Brisanz. Der internationale Großmeister war bis 1986 Bundesvorsitzender der ‚Konservativen Aktion‘, die der äußersten politischen Rechten in der Bundesrepublik zuzuordnen ist.“

Ein Start in Südafrika stellt eine besondere Gefährdung für das Ansehen des bundesdeutschen (Schach-)Sports im In- und Ausland dar. Das internationale Ansehen des bundesdeutschen Sports hat durch zahlreiche Boykottbrüche be-

reits gelitten. Jüngster spektakulärer Boykottbruch war der WM-Boxkampf zwischen Rocky Rocchigiani und Thulane Malinga im Januar 1989 in West-Berlin.“ (Siehe: **DRITTE WELT** 3/1989, S. 44/45).

Daran schloß sich die Aufforderung der AAB an den Deutschen Schachbund (DSB) an, den Start bundesdeutscher Spieler in Südafrika und Namibia zu unterbinden. Mitte Mai reagierte DSB-Präsident Egon Ditt mit der Androhung von Konsequenzen und „längeren Sperren“ gegenüber derartigen Boykottverstößen.

Südafrika-Sanktionen

Bankenaktionstag gegen Geschäfte mit dem Apartheidregime

Wie in den vergangenen Jahren war die Aktionärsversammlung der Dresdner Bank, die von den bundesdeutschen Banken im Geschäft mit der Apartheid eine herausragende Rolle spielt, wieder Anlaß für einen bundesweiten Aktionstag der ApartheidgegnerInnen am 26. Mai d.J. Wie in Frankfurt fanden in etwa 60 weiteren Orten Bankenaktionen statt, meist kleinere Umzüge, Mahnwachen, Konto-Kündigungsaktionen und Podiumsdiskussionen.

An der Aktionärsversammlung in Frankfurt nahm eine Gruppe von kritischen AktionärInnen teil. In Redebeiträgen von Reinhild Hugenroth (Pax Christi), Karl-Heinz Jungmann (DGB-Vorsitzender Hessen), Helmut Paschla (Arbeitskreis „Kein Geld für Apartheid“) u.a. wurden die Kolaboration mit Südafrika verurteilt und Anträge zu ihrer Beendigung gestellt. Schon zu Beginn der Versammlung versuchte der Vorstand der Dresdner Bank, ihre Fragen und Einwände zu den Geschäften mit Südafrika und Namibia durch einen Antrag auf Ausschluß politischer Themen zu verhindern; dies konnte nicht durchgesetzt werden. Auf die Fragen der Kritischen AktionärInnen äußerte sich der Vorstandssprecher der Dresdner Bank, Wolfgang Röller, u.a. erstmals zum vollen Umfang der Handelskredite, die 1988 nach Südafrika vergeben wurden, immerhin 23,6 Mio DM.

Die Kritik der Kritischen AktionärInnen wies er zurück. Die Dresdner Bank bediene Kunden in allen Ländern, so Röller, mit denen die BRD diplomatische Kontakte habe. Auch bezog sich Röller in seiner Entgegnung auf eine Falschmeldung der Presseagentur AP, die wenige Tage vor der Aktionärsversammlung in Umlauf gebracht worden war. Danach sollte sich der Vorsitzende des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC), Oliver Tambo, von Wirtschaftssanktionen distanzieren haben. Die Meldung war allerdings bereits am 25. Mai d.J. zurückgenommen worden.

Eine Dokumentation der Reden der kritischen AktionärInnen und der Antworten Röllers sowie Informationen und Aktionsmaterial usw. zu dem Thema „Banken und Apartheid“ können bezogen werden über: Arbeitskreis „Kein Geld für Apartheid“, Daisersstr. 9, 8000 München 70.

KURZINFORMATIONEN

Namibia

Unabhängigkeitsprozeß wird fortgesetzt

Nach mehreren Verhandlungsrunden einigten sich am 19. Mai d.J. Angola, Kuba und Südafrika auf den Fortgang des Unabhängigkeitsprozesses in Namibia. Dieser war durch die Kämpfe zwischen Einheiten der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO) und südafrikanischen Truppen im April d.J. unterbrochen worden (siehe: **DRITTE WELT** 6/1989, S. 11 f.). Die aus Vertretern der genannten Staaten bestehende Kontrollgruppe zur Überprüfung der Aktivitäten der SWAPO hatte bestätigt, daß sich alle Einheiten der Volksbefreiungsarmee (PLAN), des bewaffneten Flügels der SWAPO, nach Angola zurückgezogen hätten und sich nördlich des 16. Breitengrades befänden.

In den Verhandlungen wurde vereinbart, daß Südafrika seine Truppen auf die verabredeten 12 000 Mann reduzieren müsse. Zunächst wurden alle südafrikanischen Truppen zum 15. Mai lediglich in ihre Kasernen zurückgezogen.

Auch für die Durchführung anderer Maßnahmen des komplizierten Zeitplanes zu Erlangung der Unabhängigkeit Namibias wurden zum Teil neue Termine vereinbart. Der Beginn der Wiedereingliederung der Flüchtlinge wurde nun zum 22. Mai angesetzt. Alle in Namibia geltenden Gesetze rassistischer Diskriminierung wurden zum 15. Mai durch die UN-Behörden aufgehoben. Eine entsprechende Erklärung des südafrikanischen Generaladministrators Louis Pienaar steht noch aus. Auch mit der Registrierung der WählerInnen wurde Ende Mai begonnen.

Termine

1. Juli

Fest zu 10 Jahre Revolution in Nicaragua in der Stadthalle Bonn-Bad Godesberg ab 14 Uhr. Veranstalter: Botschaft Nicaraguas und ein Vorbereitungskomitee der Solidaritätshbewegung

2. Juli

Konzert mit der nicaraguanischen Gruppe „Dimension Costena“ in der „Life Station“ im Dortmunder Hauptbahnhof. Veranstalter: San-Isidoro-Verein

3.-7. Juli

Bildungsurlaub zum Thema „Verschuldungskrise und Weltwirtschaft am Beispiel BRD und Brasilien“ in Bonn. Information und Anmeldung: SJD – Die Falken, Fischerfeldstr. 7-11, 6000 Frankfurt, Tel.: 0 69 / 29 59 46

17.-21. Juli

Seminar „Kuba und Jamaica – Islands in the sun?“ in der Heimvolksschule Hustedt, Zur Jägerei 81, 3100 Celle, Tel.: 0 50 86 / 3 01

Die UNO hat ihre Truppen zur besseren Kontrolle der Verhältnisse in Namibia verstärkt. Außerdem kündigte UN-Generalsekretär Perez de Cuellar die Einsetzung eines afrikanischen Stellvertreters von Martti Ahtisaari (Finnland) an, der vor allem von seiten afrikanischer Staaten wegen seines Verhaltens Anfang April d.J. im Konflikt zwischen der SWAPO und Südafrika kritisiert worden war.

Äthiopien

Putschversuch gegen Mengistu gescheitert

Ein am 16. Mai d.J. von Teilen der Armee inszenierter Putschversuch gegen den gerade in der DDR gastierenden Staatspräsident Mengistu Haile Mariam wurde niedergeschlagen. Loyale Truppen brachten noch am gleichen Tag die Hauptstadt Addis Abeba und am nächsten Tag die eritreanische Hauptstadt Asmara wieder unter Kontrolle.

Bei den Kämpfen fielen mit Generalstabschef Merid Negussie, dem Luftwaffenkommandierenden Generalmajor Amha Desta und dem Oberkommandierenden der in Eritrea stationierten 2. Armee, General Demisie Bulto, die drei einflußreichsten Putschführer. Auf der Gegenseite wurde Verteidigungsminister Haile-Giorgis Habte Mariam getötet. Die Eritreanische Volksbefreiungsfront (EPLF) war den rebellierenden Militärs zur Seite gesprungen, indem sie eine zweiwöchige Waffenruhe ausgerufen hatte – ohne Erfolg.

Über etwaige politische Ziele der Putschisten, die über den Sturz des „Tyrannen“ Mengistu hinausreichten, wurde nichts bekannt. Klar liegen hingegen die Motive für die Rebellion zutage. Angesichts bitterer militärischer Rückschläge der Regierungstruppen in Eritrea und Tigre im ersten Quartal 1989 (siehe: **DRITTE WELT** 5/1989, S. 47) wächst die Kriegsmüdigkeit und damit die Stimmung zugunsten einer politischen Lösung mit der EPLF und der Volksbefreiungsfront Tigres (TPLF). Ende Mai d.J. signalisierte nun auch Mengistu Bereitschaft zu Verhandlungen. Am 5. Juni d.J. trat das äthiopische Parlament zu einer Debatte über eine politische Lösung des Eritrea-Konflikts zusammen.

Bolivien

Rechte Kandidaten siegen bei der Präsidentschaftswahl

Bei den Präsidentschaftswahlen vom 7. Mai d.J. hat kein Bewerber die absolute Mehrheit erreichen können. Mit 23,1 % schlug der bisherige Planungsminister Gonzalo Sanchez de Lozada von der regierenden konservativen Revolutionären Nationalistischen Bewegung (MNR; 1985: 26,4 %) knapp den früheren Diktator Hugo Banzer (1971-78) von der Nationalistischen

Demokratischen Aktion (ADN), der 22,7 % (1985: 28,6 %) erzielte. Auf dem dritten Platz rangiert mit 19,6 % die sozialdemokratische Bewegung der Revolutionären Linken (MIR, 1985: 8,9 %) des früheren Vizepräsidenten Paz Zamora.

Überraschend konnte Carlos Palenque von der neugegründeten populistischen Partei Vaterlandsbewußtsein (CONDEPA) etwa 9 % der Stimmen und die Mehrheit in der Hauptstadt La Paz erringen. Obwohl der Großteil der traditionell zersplitterten Linken sich diesmal im Bündnis Vereinigte Linke (IU) zusammengefunden hatte, erzielte ihr Kandidat Antonio Aranibar lediglich ca. 6 % der Stimmen.

Die Bestimmung des neuen Präsidenten obliegt jetzt dem ebenfalls neu gewählten Kongreß aus 27 Senatoren und 130 Abgeordneten. Als wahrscheinlich gilt die Wahl de Lozadas, da der bisherige „Pakt für die Demokratie“ zwischen MNR und ADN von ersterer nicht wieder erneuert wurde. Die Amtseinführung des neuen Präsidenten wird am 6. August d.J. stattfinden.

Die Wahl de Lozadas dürfte eine Fortsetzung der neoliberalen Wirtschaftspolitik bedeuten, als deren Architekt er gilt. Zwar waren wirtschaftliche Erfolge nicht ausgeblieben, sank die Inflation von 24 000 % im Jahr 1985 auf unter 20 % heute – doch aufgrund der Reduzierung staatlicher Subventionen, eines Lohnstopps und der Schließung unrentabler Betriebe liegt die Kaufkraft der Masse der Bevölkerung um 60 % niedriger als damals. 50 000 Menschen, darunter 30 000 Zinnminenarbeiter, verloren ihre Arbeit.

Neukaledonien

Führer der Befreiungsbewegung FLNKS ermordet

Am 4. Mai d.J. kamen in der französischen Kolonie Neukaledonien der Führer der melanesischen Unabhängigkeitsbewegung Sozialistische Kanakische Nationale Befreiungsbewegung (FLNKS), Jean-Marie Tjibaou, sowie sein Stellvertreter Yeïwéné Yeïwéné bei einem Attentat ums Leben. Der Attentäter, der zur radikalen Vereinigten Kanakischen Befreiungsfront (FULK) gehörende 44jährige ehemalige Pastor Djubelly Wéa, wurde beim anschließenden Schußwechsel mit Tjibaous Leibwächtern ebenfalls getötet.

Die FULK gehört zwar auch der Dachorganisation FLNKS an, hatte aber das 1988 von der französischen Kolonialmacht mit den weißen Siedlern und den gemäßigten Melanesiern um Tjibaou ausgehandelte Abkommen über die Zukunft des Südseearchipels stets abgelehnt. Dieses sieht zwar soziale und wirtschaftliche Maßnahmen zugunsten der Kanaken vor, die eine Minderheit der Bevölkerung darstellen. Aber erst für 1998 ist ein Referendum über die Unabhängigkeit der Kolonie geplant. Die FULK hat sich im April d.J. mit drei weiteren Organisationen in einem Antikolonialistischen Komitee zusammengeschlossen, um das Abkommen zu bekämpfen.



Ermordeter FLNKS-Führer Tjibaou

An der Beerdigung der beiden führenden Vertreter der melanesischen Unabhängigkeitsbewegung nahmen in der Hauptstadt Neukaledoniens, Nouméa, Tausende von Trauergästen teil, darunter auch der französische Premierminister Michel Rocard. Am Rande der Trauerfeierlichkeiten erklärte Rocard, daß die geplanten Regionalwahlen auf Neukaledonien – trotz des Anschlags und der damit verbundenen Unruhen – am 11. Juni d.J. abgehalten werden sollen.

Unterdessen hat die Kaledonische Union (UC), die wichtigste Gruppierung innerhalb der FLNKS, den 50jährigen ehemaligen katholischen Priester François Burck zum Nachfolger Tjibaous gewählt. Sein Stellvertreter wurde der 42jährige Léopold Jorédié.

Israel – Palästina

Israelischer „Friedensplan“ stößt auf Ablehnung

Der lange angekündigte 4-Punkte-„Friedensplan“ der israelischen Regierung hat kaum Chancen auf eine breite internationale Unterstützung. Dies wurde spätestens deutlich mit der zurückhaltenden Reaktion der westeuropäischen Staaten während Shamirs sechstägiger Europareise Ende Mai d.J. Zuvor hatte die US-Regierung während Shamirs Visite Anfang April d.J. den Plan zwar nicht rundweg abgelehnt, jedoch neue Impulse für eine realistische Lösung der Palästinafrage vermisst.

Der 4-Punkte-Plan lehnt einen israelischen Rückzug aus den besetzten Gebieten, die Errichtung eines Palästinaaates und Verhandlungen mit der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) absolut ab. Er fordert stattdessen Wahlen in den besetzten Gebieten mit dem Ziel einer palästinensischen Selbstverwaltung. Selbst dieses Minimalangebot wird jedoch an die Vorbedingung geknüpft, die Intifada zu beenden. Der Plan geht damit über die Autonomielösung von Camp David/Washington (1978/79) nicht hinaus.

Die PLO hatte bereits in einer offiziellen Erklärung vom 10. April d.J. den Shamir-Plan als un-

haltbar bezeichnet und einen völligen israelischen Rückzug aus den besetzten Gebieten als Vorbedingung möglicher Wahlen gefordert. Selbst zur Kooperation mit Israel bereite Persönlichkeiten der besetzten Gebiete sowie die prowestlichen arabischen Regimes Ägyptens und Jordaniens lehnen den Plan als unvereinbar mit der Errichtung eines palästinensischen Staates ab.

Die Regierung Shamir gerät damit immer mehr in die Isolation. Darauf deuten auch Veränderungen in der US-Palästinapolitik hin. Dazu zählen die Ankündigung Washingtons vom 12. April d.J., die israelische Siedlungspolitik vor der UNO künftig nicht mehr zu unterstützen sowie die deutliche Aufforderung des US-Außenministers Baker am 22. Mai, Israel möge seine Besatzungspolitik revidieren. Eine grundsätzliche Kehrtwende der US-Palästinapolitik ist jedoch bisher nicht in Sicht.

Ökologie

Klimakonferenz fordert schnelleren FCKW-Verzicht

Vom 3.-5. Mai d.J. trafen sich in der finnischen Hauptstadt Helsinki Delegierte aus den 80 Mitgliedsstaaten der UN-Umweltorganisation (UNEP) zu einer Klimakonferenz. Dabei ging es um die Überprüfung des Montrealer Protokolls, das im September 1987 verabschiedet wurde, und die Reduzierung der Fluorchlorkohlenwasserstoffe (FCKW) um 50 % bis Ende 1999 vorsah.

Die Delegierten beschlossen, den Signatarstaaten des Protokolls zu empfehlen, bis Ende 1999 völlig auf die Herstellung und den Verbrauch der FCKWs zu verzichten und so bald wie möglich dies auch bei anderen Gasen – wie Halogen – zu tun. Umstritten war die Passage, ob es den Entwicklungsländern gestattet werden sollte, über 1999 hinaus maximal 10 Jahre FCKWs in Höhe von 0,3 kg pro Kopf und Jahr verwenden zu dürfen. Dadurch dürfte sich jedoch der weltweite Verbrauch auf deutlich mehr als augenblicklich 1,1 Mio t/Jahr erhöhen.

Zwar sollen die Entwicklungsländer Zugang zu wissenschaftlichen Informationen, Forschungsergebnissen sowie Technologien und finanziellen Hilfen zur Umstellung auf FCKW-freie Produkte erhalten – einen gemeinsamen Klimafonds, wie von China und Indien gefordert, lehnten die westlichen Industrieländer jedoch ab. Diese Frage soll abschließend auf der nächsten weltweiten Ozonkonferenz Mitte 1990 in London geklärt werden.

USA – Dritte Welt

Urteil gegen Oliver North in der Iran-Contra-Affäre

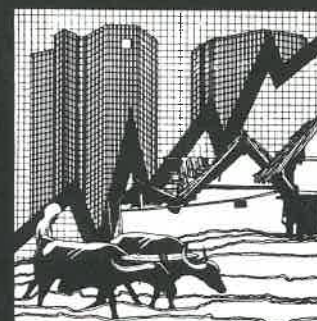
Am 4. Mai d.J. wurde der ehemalige Mitarbeiter im Nationalen Sicherheitsrat, Oberstleutnant Oliver North, in drei von 12 Anklagepunkten von einem Washingtoner Bundesgericht schuldig gesprochen. Wegen der Annahme von Schmiergeldern und der Vernichtung von amtlichen Schriftstücken soll am 23. Juni d.J. das Strafmaß bekanntgegeben werden.

In Verhandlungen zwischen den Verteidigern von North und dem Justizministerium waren die

Anklagepunkte, die seine Beteiligung an der illegalen Unterstützung der Contras betrafen, bereits vor dem Prozeß fallengelassen worden. Nachdem die Finanzierung der nicaraguanischen Contras im Oktober 1984 vom Kongreß verboten worden war, hatte die Reagan-Administration Gelder aus Waffenverkäufen an den Iran an sie weitergeleitet und Drittländer zu ihrer Unterstützung gedrängt. Diese Machenschaften waren im November 1986 aufgedeckt und anschließend vom Kongreß untersucht worden. Eine Beteiligung Reagans an diesen illegalen Maßnahmen konnte damals nicht eindeutig festgestellt werden.

Im jetzigen Prozeß legte North jedoch neue Beweismittel vor, die aufzeigen sollten, daß er nicht hinter dem Rücken des Weißen Hauses gehandelt habe. Die Reagan-Administration hatte demzufolge nicht nur erfolgreich bei anderen Staaten um Gelder für die Contras gebettelt (Saudi-Arabien spendete z.B. 30 Mio \$ und Israel schickte im Libanon erbeutete PLO-Waffen), sondern Finanzmittel an Drittländer umdirigiert oder diesen Gegenleistungen für die Unterstützung der Contras bewilligt. So wurde Militärhilfe, die für El Salvador bestimmt war, an die Contras weitergeleitet. Guatemala, Honduras und Costa Rica erhielten extra Rationen an Militär- oder Wirtschaftshilfe, um sie zur Unterstützung der Contras zu bewegen.

Neue Fakten, die im Kongreß-Prozeß zur Sprache kamen, deuten auf eine Beteiligung des damaligen Vizepräsidenten Bush sowohl an den Verhandlungen mit Honduras als auch an den Waffengeschäften mit dem Iran hin. Der Sonderankläger Lawrence Walsh erwägt jetzt, andere Beteiligte an der Iran-Contra-Affäre wegen offensichtlicher Falschaussage anzuklagen.



Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung

Die neue Fachinformation für Dritte-Welt-Bewegte und entwicklungspolitische Interessierte • Monatlich mit aktuellen Kurzanalysen, dokumentarischen Berichten und nützlichen Hinweisen zu Debatte und Aktion • Die notwendige Ergänzung zu den entwicklungspolitischen und Dritte-Welt-Zeitschriften • Herausgegeben von: D. Boris, R. Falk, Th. Fues, K. Milke, D. Peschke, F. Schmidt, H. Schui, B. Sommer, A. Sörgel, B. Unmüßig, L. Volmer und P. Wahl.

Kostenlose Probeexemplare bei:
ASK, Hamburger Allee 52,
6000 Frankfurt, Tel. 069/70 90 60

DRITTE WELT

WIR VERSCHENKEN BÜCHER

AN ALLE DIE UNS EIN DRITTE WELT JAHRESABO VERMITTELN

EINFACH DIE ABO-KARTE IN DER HEFTMITTE AUSFÜLLEN

z.B.

 <p>Frauen in Südafrika Bilder und Texte</p>	<p>FRAUEN IN SÜDAFRIKA Bilder und Texte</p> <p>Wie arbeiten, leben und überleben die schwarzen Frauen in Südafrika? In diesem reich bebilderten Buch kommen die Frauen selbst zu Wort.</p>
--	---

z.B.

<p>José Maria Sison ■ Rainer Werning</p>  <p>DAS PROJEKT BEFREIUNG</p> <p>Widerstand auf den Philippinen</p> <p>PAUL RUGENSTEIN</p>	<p>DAS PROJEKT BEFREIUNG</p> <p>José Maria Sison, Politiker, Wissenschaftler und Schriftsteller ist führender Kopf der politischen Linken auf den Philippinen. Im Gespräch mit Rainer Werning berichtet er über Volkskampf und Befreiungsbewegung und über die aktuelle Situation.</p>
<p>Herbert Schui</p>  <p>DIE SCHULDEN FALLE</p> <p>Schuldenkrise und Dritte-Welt-Politik der USA</p> <p>PAUL RUGENSTEIN</p>	<p>DIE SCHULDEN-FALLE</p> <p>Mit eindrucksvollen Zahlen und Hintergrundinformationen legt Herbert Schui seine These zur US-Zinspolitik und der Schuldenkrise in der Dritten Welt dar.</p>

PRÄMIENWUNSCH EINTRAGEN
ODER DIE VOLLSTÄNDIGE
PRÄMIENLISTE ANFORDERN

UND AB GEHT DIE LUZIE...